PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621/752015 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 32000 – Redaktion: Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621/752014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon: 0621/752012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnementsbestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129, 6800 Mannheim 1 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 17. August 1976, fertiggestellt.

19. August 1976 Jg. 4 Nr. 33 50 Pfennig

Die Kapitalistenklasse nimmt die Lohnabhängigen rundherum in die Zange

Man brauche das neue Polizeigesetz, um in einer „vorrevolutionären Situation" die Arbeiterklasse und die Volksmassen bewaffnet niederzuschlagen. Das hatte der Innenminister Schwarz aus Rheinland-Pfalz in einem „Spiegel"-Interview geäußert. Warum geht der Kerl so selbstverständlich von der Herausbildung einer „vorrevolutionären Situation" aus, mag sich mancher gefragt haben. Er geht davon aus, weil er weiß, was die Bourgeoisie gegenwärtig treibt.

Jetzt hat sich ein weiterer rheinland-pfälzischer Minister zu Wort gemeldet. Finanzminister Gaddum hat errechnet: „Von den Lohnerhöhungen bleibt nichts übrig." Der Heuchler stellt unter Krokodilstränen fest: „Der Staat nimmt den Arbeitnehmern zusätzlich mehr ab als die Lohnerhöhungen dieses Jahres nach Abzug der Preissteigerungen ausmachen." Er läßt heraus, was jeder Arbeiter und Angestellte sowieso weiß, weil er es am eigenen Leib verspürt: „Die Entlastungen durch die Steuerreform seien jetzt bereits wieder weitgehend rückgängig gemacht worden. Da außerdem die Sozialabgaben fühlbar heraufgesetzt worden sind, sei die Ausgabenbelastung der Arbeitnehmer beträchtlich gestiegen."

Obwohl aber die Ausgabenbelastung für die Arbeiter und Angestellten durch die Sozialversicherung beträchtlich gestiegen ist, sagen die bürgerlichen Politiker, daß die Renten- und Sozialversicherung in Gefahr ist. Auch das stimmt. Woran liegt es? Die Bourgeoisie greift die Lohnabhängigen nicht nur über den Staat an. Zugrunde liegt die Ausbeutung in der Fabrik und im Lohnverhältnis. Die haben die Kapitalisten so gesteigert, daß Krankheiten zunehmen, der Verschleiß steigt und viele Lohnabhängige früh in die Rente gezwungen werden. Natürlich steigen aufgrund der Verschärfung der Ausbeutung die Kosten für die Sozialversicherung. Es liegt daran, daß die Kapitalisten den Lohnabhängigen immer rücksichtsloser an Leben und Gesundheit gehen. Die Bourgeoisie setzt die Arbeiterklasse von allen Seiten unter Druck: Die Ausbeutung im Betrieb wird verschärft und das Leben frühzeitig kaputt gemacht. Die Kosten dafür haben die Arbeiter zu zahlen. Die Steuern werden erhöht, damit die Bourgeoisie ihren Unterdrückungsapparat ausbauen kann und sich über die Zinsen aus der Staatsschuld noch einmal aus den Löhnen der Arbeiter und Angestellten bereichern kann.

Innenminister Schwarz hat wie die anderen bürgerlichen Politiker auch einen guten Überblick über die Lage der Arbeiterklasse. Sie haben auch ausreichend Spitzel dafür, um zu wissen, wie die Arbeiterklasse über diese Lage denkt. Ist es erstaunlich, daß er ganz selbstverständlich mit einer „vorrevolutionären Situation" rechnet? Daß die Kapitalistenklasse die Polizei aufrüstet und sich Gesetz über Gesetz gegen die Arbeiterklasse verschafft?

Man muß sich unbedingt von dem sozialdemokratischen Gesäusel über Klassenversöhnung frei machen. Sonst ist die Bourgeoisie glänzend vorbereitet auf die unvermeidlichen Zusammenstöße. Die Arbeiterklasse aber nicht.



Der bürgerliche Staat reagiert äußerst empfindlich auf die Solidarität mit dem Kampf der unterdrückten Völker. Polizisten versuchen einen Stand zu rauben, auf dem zur Sammlung für den bewaffneten Befreiungskampf in Zimbabwe aufgerufen wird. Der Bourgeoisie klingen die Losungen „Proletarier aller Länder vereinigt euch!" und „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!" gräßlich in den Ohren. Unter diesen Losungen wird die Herrschaft der Bourgeoisie gestürzt werden. In einigen Ländern ist dies bereits geschehen.

Das Volk von Azania weitet den Kampf aus

Die Bewegung unter den afrikanischen Volksmassen gegen das rassistische südafrikanische Siedlerregime hat sich in den vergangenen Wochen zunächst auf die gesamte Provinz Transvaal mit den Zentren Johannesburg, Pretoria, Witbank, Hamanskraal aus-

gebreitet und inzwischen auf die Kap-Provinz übergegriffen.

Die Hoffnungen der Imperialisten und ihres südafrikanischen Statthalters Vorster haben sich nicht erfüllt: Weder konnte die Bewegung gespalten werden, noch konnte sie durch den Polizeiterror zerschlagen werden. Obwohl die

faßt – will das Vorster-Regime jetzt, wie es sich ausdrückt, „in die Unabhängigkeit entlassen". Es handelt sich da um ein Täuschungsmanöver. Unter dem Druck der kämpfenden afrikanischen Volksmassen und der Völker der Welt und unter der zunehmenden internationalen Isolierung sehen sich die

worden sind, sei die Ausgabenbelastung der Arbeitnehmer beträchtlich gestiegen."

Obwohl aber die Ausgabenbelastung für die Arbeiter und Angestellten durch die Sozialversicherung beträchtlich gestiegen ist, sagen die bürgerlichen Politiker, daß die Renten- und Sozialversicherung in Gefahr ist. Auch das stimmt. Woran liegt es? Die Bourgeoisie greift die Lohnabhängigen nicht nur über den Staat an. Zugrunde

ganz selbstverständlich mit einer „vorrevolutionären Situation" rechnet? Daß die Kapitalistenklasse die Polizei aufrüstet und sich Gesetz über Gesetz gegen die Arbeiterklasse verschafft?

Man muß sich unbedingt von dem sozialdemokratischen Gesäusel über Klassenversöhnung frei machen. Sonst ist die Bourgeoisie glänzend vorbereitet auf die unvermeidlichen Zusammenstöße. Die Arbeiterklasse aber nicht.

Das Volk von Azania weitet den Kampf aus

Die Bewegung unter den afrikanischen Volksmassen gegen das rassistische südafrikanische Siedlerregime hat sich in den vergangenen Wochen zunächst auf die gesamte Provinz Transvaal mit den Zentren Johannesburg, Pretoria, Witbank, Hamanskraal ausgebreitet und inzwischen auf die Kap-Provinz übergegriffen.

Die Hoffnungen der Imperialisten und ihres südafrikanischen Statthalters Vorster haben sich nicht erfüllt: Weder konnte die Bewegung gespalten werden, noch konnte sie durch den Polizeiterror zerschlagen werden. Obwohl die rassistische Polizei im Juni Hunderte von Afrikanern in Soweto erschossen hatte – das Vorster-Regime gibt 176 Tote an, während aus Soweto über 500 Tote gemeldet worden sind – verstärken die Volksmassen den Kampf. Getragen wird die Bewegung hauptsächlich von Schülern und Arbeitern in den Townships, den Wohngebieten der afrikanischen Bevölkerung rund um die Industriestädte. Die Townships, das sind Ghettos und Konzentrationslager, in denen die schwarzen Arbeiter, die in den industriellen Zentren von den imperialistischen Konzernen ausgebeutet werden, mit ihren Familien zu wohnen gezwungen sind. Viele dieser Arbeiter sind arbeitslos. Die Arbeitslosigkeit unter der afrikanischen Bevölkerung sei diesen Winter so hoch, daß sie bald jeden Dritten treffe, berichtet die „Neue Zürcher Zeitung".

Um die Townships sind hohe Stacheldrahtverhaue errichtet. Die Baracken sind kasernenmäßig angeordnet. In einer Höhe von 30 Metern über den Unterkünften sind in regelmäßigen Abständen starke Scheinwerfer aufgebaut, mit denen das Lager jederzeit bei Nacht taghell erleuchtet werden kann.

Etwa die Hälfte des Volkes von Azania – rund 8 Millionen – ist bereits gezwungen, in diesen Townships zu leben und sich den weißen Kolonialisten und Imperialisten zur Ausbeutung anzubieten, weil sie auf dem Land, in den Reservaten, keine ausreichende Ernährung mehr finden.

In den Reservaten, den sogenannten Bantustans, leben 8 Millionen Afrikaner auf einer Fläche, die 13,7 % des Bodens ausmacht, der dem Volk von Azania vor der Eroberung durch die weißen Europäer gehört hat. Über vier Fünftel des Bodens haben die Kolonialisten unter sich verteilt. Den Afrikanern haben sie den Teil des Landes belassen, der vollkommen unfruchtbar ist.

Das Täuschungsmanöver mit den Bantustans wird dem Regime keine Luft schaffen

Diese Bantustans – die verstreut liegenden 81 Reservate sind zu 9 solcher Verwaltungseinheiten zusammengefaßt – will das Vorster-Regime jetzt, wie es sich ausdrückt, „in die Unabhängigkeit entlassen". Es handelt sich da um ein Täuschungsmanöver. Unter dem Druck der kämpfenden afrikanischen Volksmassen und der Völker der Welt und unter der zunehmenden internationalen Isolierung sehen sich die Imperialisten und ihr Degen im südlichen Afrika, das Vorster-Regime, gezwungen, scheinbar eine Veränderung vorzunehmen, die den Forderungen der afrikanischen Volksmassen und der Völker der Welt entgegenkommt. Tatsächlich aber soll dieses Manöver dazu dienen, den Fortbestand des Siedlerregimes und die imperialistische Ausplünderung der Naturreichtümer des Landes und der Ausbeutung seiner Arbeitskraft zu sichern. „Unabhängig" werden diese Bantustans keineswegs, denn das Siedlerregime behält sich das Interventionsrecht zum Beispiel vor, es will die außenpolitische Vertretung wahrnehmen, es will den Haushalt unter seiner Kontrolle behalten usw. Und die Regierungsbildung bleibt selbstverständlich an seine Zustimmung gebunden, so daß diese Regierungen die Lakaien des Siedlerregimes und der Imperialisten sind. Das hat sich zum Beispiel bei der Transkei, einem Bantustan, mit dem das Manöver am 26. Oktober begonnen werden soll, gezeigt. Auf Befehl des Vorster-Regimes ist der eingesetzte Chefminister dabei, alle politischen Kräfte, die dieses Manöver entlarven und bekämpfen, zu verfolgen und ins Gefängnis zu werfen.

Fortsetzung Seite 2

Werftindustrie Bremen:

Alltägliche Ereignisse aus der kapitalistischen Produktion

Bremer Vulkan: Lohnrückstufungen und Sonntagsarbeit abgewehrt

Von allen Seiten her entwickeln die Werftherren die Angriffe auf die Belegschaft.

In den ersten drei Monaten 1976 sind über 100 Arbeiter weniger beschäftigt durch direkte Entlassungen oder auch Verrentung. Die Entlassungen gehen weiter. Die Investitionen, die überhaupt gemacht werden, zielen auf die Freisetzung von Arbeitern, keineswegs auf Erweiterung der Werft, die sowieso nicht ausgelastet ist. Zum Beispiel durch die Einrichtung einer neuen Maschinenstraße zum Schweißen von Schiffssektionen werden zahlreiche Arbeiter überflüssig.

Die neue Maschinenstraße wollten die Vulkan-Herren auch gleich nutzen, die dort jetzt beschäftigten Arbeiter alle eine Lohngruppe tiefer einzustufen. Die Arbeiter haben erklärt, daß dann die Arbeit an der Maschinenstraße erst gar nicht angerührt wird und daß die Anlage ohne sie nutzlos ist. Bislang hat die Geschäftsleitung die Runterstufung nicht gewagt. Während sie gegen ganze Abteilungen mit ihren Plänen der Runterstufung nicht durchkommt, betreibt sie es um so schlimmer gegen einzelne Arbeiter. So wurde jetzt eine spanische Arbeiterin, die aufgrund der Zerstörung ihrer Gesundheit durch das Kapital nicht mehr als Schweißerin arbeiten kann, um drei Lohngruppen runtergestuft, was über 3 Mark weniger die Stunde bedeutet.

Auch an den Akkorden versuchen die Werftherren zu drehen: Einer Kolonne von 200 Schiffbauern sollten auf den Akkordscheinen insgesamt 3 000 Arbeitsstunden gestrichen werden, die sie aufgeschrieben hatten, die sie aber unter den Akkordbemessungszeiten geblieben waren. Das hätte für jeden Arbeiter 200 DM weniger im Monat bedeutet. Die Kolonne ist zum Akkordbüro gezogen und hat durchgesetzt, daß das rückgängig gemacht wurde.

Der niedrige Lohn zwingt inzwischen ein Viertel aller Arbeiter zu eineinhalb Überstunden täglich und fünf Stunden an Samstagen. Jetzt ist die Geschäftsleitung daran gegangen, die Sonntagsarbeit zu erzwingen. Begründet wird das mit der schlechten Lage der Werften, die dazu zwinge, kurze Termine für Großtankerreparaturen anzusetzen. Hinzu kommt, daß die riesigen Investitionen für den Großtankerbau ja sonst ein bis zwei Tage in der Woche nutzlos rumstehen würden und die Profite weiter drücken würden. Auf diese Kapitalistenlogik haben sich die meisten Arbeiter bislang nicht eingelassen und die Sonntagsarbeit verweigert. – (Aus: Ortsbeilage Bremen der KVZ Nr. 32)

Tödlicher Unfall auf der Seebeck-Werft Bremerhaven

Zu Tode gekommen ist am Donnerstag, dem 5. August, ein 43-jähriger Arbeiter auf der AG Weser–Seebeckwerft in Bremerhaven.

Von dem Containerbau auf dem Helgen brach eine etwa 30 Tonnen schwere Sektion ab und riß den Arbeiter mit in die Tiefe. Der Arbeiter, ein Brenner, war damit beschäftigt, die Außenhaut der Sektion auf Maß zu brennen.

Die Sektion saß seit zwei Tagen am Neubau. Die „Nordsee-Zeitung" schreibt: „Die Sektion war nicht mehr mit Kränen gesichert, was nach Angaben der Werft jedoch bei solchen Arbeiten nicht üblich ist." Die Sektion war nur geheftet und mit Balken gestützt.

Warum es nicht üblich ist, die Sektion bei Brennerarbeiten mit Kränen zu sichern, ist klar. Der Kran steht für diese Zeit still, er kann nicht woanders eingesetzt werden. Deswegen müssen einige Heftstellen genügen.

Über die Heftstellen haben viele erfahrene Arbeiter ihre eigene Meinung: Es ist auf der Seebeck-Werft üblich, daß die Heftstellen von Schiffbauhelfern geschweißt werden, die nur kurze Zeit im Schweißen ausgebildet worden sind. Das ist billiger, als erfahrene Schweißer einzusetzen. Die Heftstellen werden die Spannung nicht ausgehalten haben, die durch die Hitze beim Brennen entsteht.

„Die Ursache des Unfalls ist noch ungeklärt", ließ die Firmenleitung in der „Nordsee-Zeitung" verlauten. Tatsächlich gab sie über die Ursache aber tiefen Aufschluß. „Der Schiffsneubau soll im September vom Stapel laufen. Dieser Termin kann nach Angaben der Werft auch nach dem Unfall eingehalten werden. Man rechnet nur mit einer Verzögerung von einem Tag."

Die Termine, die möglichst schnelle Fertigstellung der Schiffe, sind neben den Kosten ein wichtiger Faktor im internationalen Konkurrenzkampf. In etwa 120 Tagen ist ein Schiff auf der Seebeck-Werft fertiggestellt. Die kurze Bauzeit bringt den Kapitalisten hohen Profit, die Arbeiter kostet er viel Schweiß und sogar das Leben. – (Aus: Ortsbeilage Bremen zur KVZ Nr. 32)

Programmlohn abgelehnt

Geplant ist von den Vulkan-Kapitalisten die Einführung des Programmlohns, mit dem sie den Arbeitstag verdichten, die Löhne senken und weitere Arbeitskraft überflüssig machen wollen. Im Unterschied zu dem Akkordlohn auf den Werften sind beim Programmlohn die Zeiten für die Fertigstellung ganzer Schiffsteile und des

Fortsetzung Seite 2

Wieder verschärfte Isolationshaft für die RAF-Gefangenen

Seit dem 3. August 1976 ist im Gefängnis Stammheim für die Gefangenen der RAF durch Beschluß des 2. Oberlandesgerichts wieder die Haftsituation hergestellt, die die vom Gericht bestellten ärztlichen Gutachter als Ursache der Verhandlungsunfähigkeit festgestellt hatten und die sie veranlaßt hatten, eine grundsätzliche Änderung der Haftbedingungen – Gruppen von mindestens 15 Gefangenen – zu fordern. Die Gefangenen in Stammheim sind jetzt wieder total isoliert.

Ministerpräsident Albrecht ist für die Einführung der Folter in der BRD

In einem Interview mit dem Norddeutschen Rundfunk erklärte CDU Ministerpräsident Albrecht von Niedersachsen, daß die „Einführung der Folter zur Erhaltung des Rechtsstaates" erforderlich sei. Man müsse die Möglichkeit haben, z.B. den Aufenthaltsort von „Rädelsführern" aus gefangenenommenen „Mitläufern" herauszufoltern. Dies vertritt er auch in seinem jüngst erschienenen Buch über den bürgerlichen Staat. Im Interview betonte Albrecht, er sage dies „als Wissenschaftler". Albrecht hat an der Universität Heidelberg bürgerliche Philosophie studiert.

Kriegsvorbereitung bis ins Detail

Die Bundesregierung hat eine Rechtsverordnung erlassen für die Einführung von „Versorgungskarten". Diese Versorgungskarten sollen an jeden Bundesbürger ausgegeben werden, wenn der Bundestag nach Artikel 80 a des Grundgesetzes den „Spannungsfall" erklärt, oder wenn der „Verteidigungsfall" eintritt. „Die Versorgungskarte dient der Kontrolle bei der Zuteilung von Gütern", steht in der Rechtsverordnung. Die außerdem ein Muster für den Druck der Karten enthält. Außerdem wurden zwei Verordnungen erlassen zur „Warenbewirtschaftung" und für „vordringliche Werksleistungen", um die Versorgung der Kriegsmaschine zu sichern. Die westdeutsche imperialistische Bourgeoisie und ihr Staatsapparat planen bis ins kleinste die Anwendung der 1968 beschlossenen Notstandsgesetze.

Ausplünderung durch Lohnsteuer gestiegen –

Die Auswirkungen der Steuerreform sind nun an den Zahlen der

Das Volk von Azania weitet den Kampf aus

Fortsetzung

Die afrikanischen Massen führen deshalb den Kampf gegen die europäischen Kolonialherren, das Siedlerregime, das die imperialistische Ausplünderung und Ausbeutung der Naturreichtümer und der Arbeitskraft des Landes sichert, wie auch gegen die Kollaborateure, die Lakaien des Siedlerregimes, die sich einsetzen lassen als Instrument der Kolonialherrschaft.

Der Schulboykott wird weiter geführt

In Soweto wurde daher nichts aus der vom Vorster-Regime mit sogenannten Gemäßigten, „zur Zusammenarbeit bereiten Führern" (Neue Zürcher Zeitung) der afrikanischen Massen vereinbarten Wiederaufnahme des Schulbetriebs. Die Schüler und Studenten der 256 Schulen von Soweto setzten am 29. Juli, an dem der Schulbetrieb wieder beginnen sollte, ihren Boykott fort. Als Ausdruck der „Bantuerziehung" wurden zahlreiche Schulgebäude dabei in Brand gesteckt. Demonstrationszüge der Jugendlichen richteten sich gegen die Verwaltungsgebäude der „Bantuverwaltung". Viele wurden angezündet. An den folgenden Tagen versammelten sich die Jugendlichen immer wieder früh am Morgen. Vorbereitet wurde ein „Marsch nach Johannesburg", zu dem ein neugebildeter „Studentenrat" aufgerufen hatte. Der Marsch sollte in der ersten Augustwoche stattfinden und vor das Polizeipräsidium führen, um die Freilassung der immer noch seit Juni inhaftierten Jugendlichen zu fordern. Die Jugendlichen versuchten für diese Aktion die täglich nach Johannesburg zur Arbeit fahrenden Afrikaner zu gewinnen. Das Imperialistenblatt „Neue Zürcher Zeitung" berichtet darüber unter der Überschrift: „Schwarze kämpfen gegen Schwarze". Die Zeitung behauptet triumphierend, die Arbeiter hätten sich gegen die Jugendlichen zur Wehr gesetzt. Tatsächlich aber ist folgendes geschehen: Am Tag der Aktion, dem 6. August, sind rund 100000 afrikanische Arbeiter nicht nach Johannesburg gefahren. Die restlichen 150000 haben sich zwar bei ihren Betrieben gemeldet, wurden aber von den Kapitalisten sofort wieder zurückgeschickt aus Angst, sie könnten in Johannesburg selber Aktionen durchführen. Berichtet wird, daß über 24 Stunden kein Zug habe verkehren können, weil die Gleise zerstört worden seien. In Soweto selber ist die Polizei brutal gegen den völlig unbewaffneten Demonstrationszug vorgegangen. Tränengas und Hunde wurden eingesetzt, um die mehrere Tausend zählende Demonstration aufzulösen und ihren Vormarsch über die Ausgänge von Soweto hinaus zu verhindern. Aber Tränengas und Hunde reichten nicht aus. Die einheitlich vorgehenden Massen waren stärker. So bekam die Polizei der weißen Unterdrücker wieder Feuerbefehl und schoß auf die afrikanischen Massen. Erneut gab es zahlreiche Tote. Über Soweto wurde der Belagerungszustand verhängt. Niemand durfte hinein und niemand wurde herausgelassen. Die Versorgungsfahrzeuge, die die Nahrungsmittel für die über eine Million Einwohner von Soweto täglich bringen, wurden zurückgeschickt. Erst zwei Tage später erhielten sie wieder die Erlaubnis, Soweto zu beliefern.

Die Aktionen breiten sich jetzt auch aufs Land aus

Die heldenhafte Aktion der afrikanischen Massen von Soweto war das Signal für andere Townships. In Alexandra, einem Nachbarort von Soweto, erhoben sich die Massen, in den Townships von Witbank, in Hammanskraal, überall erhoben sich die Volksmassen und führten Aktionen durch gegen die „Bantuerziehung" und gegen die „Bantuverwaltung".

In der vergangenen Woche schließlich griff die Bewegung über auf die Kap-Provinz, auf die Transkei und auf Bophu Tatswana. Am Morgen des 11. August versammelten sich die Schüler des Townships Langa von Kapstadt vor den Schulen. Sie betraten nicht die Gebäude, sondern zogen auf die Sport- und Spielplätze. Dort diskutierten sie über die „Bantuerziehung". Sie beschlossen schließlich einen Marsch nach Kapstadt, um dort gegen die „ungleiche Behandlung" (Neue Zürcher Zeitung) in der Ausbildung zu protestieren. Die Polizei hatte jedoch alle Ausgänge des Townships geschlossen. Die Jugendlichen zogen nun von Schule zu Schule, so daß sich der Demonstrationszug ständig vergrößerte. Schulen, ein Postgebäude und das Gebäude der Bantuverwaltung der Kolonialherren wurden in Brand gesteckt. Die Polizei konnte die Demonstration nicht auflösen. Nach jedem Angriff formierte sich der Zug in einem anderen Stadtteil neu. Nach Einbruch der Dunkelheit hat die Polizei dann das Feuer aus automatischen Waffen eröffnet. Über 50 Teilnehmer wurden nach Angaben aus Langa erschossen.

Panik auszulösen, um im Chaos ein Gemetzel durchzuführen, ist ihr nicht gelungen. Am nächsten Tag wurden die Demonstrationen weitergeführt, jetzt schlossen sich die Jugendlichen der beiden anderen Townships Guguletu und Nyanga an.

Unterstützung erhielten sie von der Mischlingsbevölkerung, der asiatischen Minderheit und von weißen Studenten. Die Mischlingsbevölkerung ist die stärkste Bevölkerungsgruppe in der Kap-Provinz. Das Vorster-Regime hat die Mischlingsbevölkerung gegenüber dem Volk von Azania zur Spaltung benutzt. Es hat sie besser gestellt, ohne jedoch ihnen politische Freiheiten zu gewähren. 500 Studenten der Mischlingsuniversität Western Cape führten nun eine Demonstration durch und forderten die Absetzung der weißen Leitung der Universität und die Freilassung von verhafteten Studentenführern. Die indischen Studenten der Universität in Durban führten aus Solidarität mit dem Kampf der afrikanischen Massen von Soweto einen achttägigen Universitätsstreik durch. Und selbst eine Gruppe von weißen Studenten in Kapstadt demonstrierte ihre Solidarität, was den Grad der Zersetzung des Siedlerregimes ausdrückt. Die Polizei zerschlug diese Demonstration und verhaftete 76 Teilnehmer.

In dem Bantustan Transkei richteten sich die Aktionen gegen die Bantustanpolitik und diejenigen, die mit dem Vorster-Regime kollaborieren und sich zu Instrumenten der imperialistischen Ausplünderung und Ausbeutung gemacht haben. Genauso in dem Bantustan Bophu Tatswana. Dort wurde das Parlamentsgebäude angezündet sowie andere Einrichtungen der Bantuverwaltung, Fahrzeuge der Verwaltung und Polizeifahrzeuge. In Mafeking versammelten sich Schüler und beschlossen Forderungen gegen die Bantuerziehung. Sie trugen ihrem Lehrer diese Forderungen vor. Die Schulleitung forderte die Schüler auf, zwei Delegierte zu schicken, die die Forderungen schriftlich vorlegen sollten. Die Schüler führten daraufhin eine Demonstration durch und brannten das Schulgebäude nieder.

Die Tatsache, daß die Bewegung auf die Bantustans Transkei und Bophu Tatswana übergreift, zeigt, daß sie Fuß faßt unter der ländlichen Bevölkerung. Das ist ein wichtiges Ereignis. Die Bauernschaft beginnt zu einer Kraft in der Bewegung der afrikanischen Volksmassen gegen die Kolonialherrschaft zu werden.

Das zweite Mal mußte die Polizei wieder abziehen

Die Sympathisantengruppe Mainz führt verstärkt die Unterschriftensammlung für die Kandidatur des KBW durch. Dabei wird sie von der Ortsgruppe Wiesbaden unterstützt. Am Samstag, dem 14. August, griff die Polizei unseren Agitationsstand in der Innenstadt an. Dabei hat sie den Stand zerschlagen. Wir bildeten Ketten und riefen: Weg mit dem KPD-Verbot! Drei Genossen wurden vorübergehend festgenommen. Anschließend führten wir an verschiedenen Stellen Kundgebungen durch und machten die Polizeiüberfälle überall bekannt. Am Montag, dem 16. August, hatten wir erneut einen Stand auf dem Bahnhofsplatz aufgebaut. Wieder versuchte die Polizei gegen den Stand vorzugehen. Wir bildeten sofort eine Kette um den Stand. Mit Megaphon erklärten wir, weshalb die Polizei die revolutionäre Propaganda für die Ziele der Arbeiterklasse von der Straße räumen soll. Viele waren empört über die Absichten der Polizei. Diese hat sich wieder zurückgezogen. Der Stand blieb stehen. 27 Unterschriften haben wir an diesem Nachmittag für die Kandidatur des KBW gesammelt. – (Sympathisantengruppe Mainz und Ortsgruppe Wiesbaden)

Unterschriftensammlung bei Merck und Röhm

Darmstadt. Für die Liste des KBW konnten bei Merck zwanzig Unterschriften gesammelt werden. Bei Röhm 15 Unterschriften. Festzustellen ist, daß bei den Hessenwahlen, wo bei Röhm die Landesliste von 8 Arbeitern und Angestellten unterstützt wurde, dies meist Kollegen waren, die der spontaneistisch-reformistischen Strömung zuzurechnen sind. Sie haben unsere Liste diesmal nicht unterstützt, weil sie der Meinung sind, daß man angesichts der Lage sich zum Wahlkampf nicht äußern sollte. Die Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge, die die Liste unterstützt haben, taten dies, weil sie der Meinung waren, daß man den Wahlkampf nutzen muß, um die Bourgeoisie anzugreifen. Die Durchführung der Unterschrift wurde genutzt, anhand des Wahlaufrufs des KBW die Ziele der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Bourgeoisie zu diskutieren. So konnte auch der Vertrieb revolutionärer Literatur verbessert werden.

Die CDU mußte die Veranstaltung vorzeitig abbre-

närer Literatur verbessert werden.

Ausplünderung durch Lohnsteuer gestiegen –

Die Auswirkungen der Steuerreform sind nun an den Zahlen der Bundesregierung abzulesen. Am stärksten stieg die Lohnsteuer, nämlich um 12,9 % im ersten Halbjahr 1976 im Vergleich zum ersten Halbjahr 1975. Die Einkommenssteuer stieg um 9,3 %, die Körperschaftssteuer, die nur die Kapitalisten zahlen, fiel um 5,4 %. Nur schwach gestiegen sind die Verbrauchssteuern: Tabaksteuer um 2,7 %, Kaffeesteuer um 1,9 %, Biersteuer um 2,3 %; die Staatseinnahmen aus der Zuckersteuer fielen sogar um 2,7 %. Diese Steuern sind im Preis der Verbrauchsgüter enthalten. Da die Preise aber um durchschnittlich 5 % gestiegen sind, kann man daran ablesen, daß der Verbrauch der Massen an Verbrauchsgütern zurückgegangen ist.

Sozialimperialistische Subversion in Südostasien

Der sowjetische Sozialimperialismus bedient sich aller Formen der imperialistischen Expansion. Auf dem „Bankenplatz" Singapur hat die „Moscow Narodny Bank" mit 14 % der Kapitalanlagen (fast 2 Milliarden DM) aller dort registrierten Finanzinstitute sich durch gewagte Spekulationsgeschäfte an die erste Stelle gebracht und die US-Banken überflügelt. Schon 1972 war bekannt geworden, daß diese Bank eine Gruppe von indonesischen Kapitalisten mit Krediten versorgte, die den Zuckermarkt des Landes monopolisieren wollten. Sie wird auch benutzt, um über Tarnwege in andere Länder einzudringen, in denen Ausländern das Geldgeschäft untersagt ist, wie z.B. in Malaysia. Hotels in Singapur, Gummiplantagen in Malaysia und Landkäufe in Hongkong, solcher Art sind ihre Geschäftsinteressen. In Hongkong hat sie dem Konzern Mosbert Holdings, der jetzt pleite gemacht hat, 150 Millionen Singapur-Dollars Kredit gegeben. Durch die Pleite wird die „Moscow Narodny Bank" in den Besitz von großen Ländereien in verschiedenen Ländern Südostasiens kommen, die diesem Konzern gehörten. – (Nach: Spiegel Nr. 29/76)

führen. Berichtet wird, daß über 24 Stunden kein Zug habe verkehren können, weil die Gleise zerstört worden seien. In Soweto selber ist die Polizei brutal gegen den völlig unbewaffne-

ten Stadteil neu. Nach Einbruch der Dunkelheit hat die Polizei dann das Feuer aus automatischen Waffen eröffnet. Über 50 Teilnehmer wurden nach Angaben aus Langa erschossen.

Das ist ein wichtiges Ereignis. Die Bauernschaft beginnt zu einer Kraft in der Bewegung der afrikanischen Volksmassen gegen die Kolonialherrschaft zu werden.



Parole am Amtsgericht Dortmund

Alltägliche Ereignisse aus der kapitalistischen Produktion

Fortsetzung

ganzen Schiffes bis ins einzelne festgelegt und die Arbeiten der Schweißer, Brenner, Schiffsbauer usw. zeitlich genau aufeinander abgestimmt. Während beim Akkordlohn jeweils die Zeiten für einzelne Arbeitsgänge festgelegt sind und darin auch noch Spielraum ist. Wird beim Programmlohn die Zeit erreicht oder unterschritten, gibt es vollen Lohn, werden die Zeiten überschritten, gibt es Abzüge. Verständlich, daß die Werftkapitalisten begierig darauf sind, diese neue Lohnform einzuführen, denn sie macht die äußerst hart kalkulierten Zeiten für den Bau ganzer Schiffe zur Sache für die Arbeiter und trägt die Spaltung in die Belegschaft, daß sie sich gegenseitig antreiben sollen, damit das Programm erreicht wird. Der Vulkan-Betriebsrat hat vor kurzem die Einführung des Programmlohns, der auf der AG Weser mit aktiver Unterstützung der IG-Metall-Führung eingeführt ist und jetzt auch Schritt für Schritt auf der Kieler Howaldt-Werft durchgesetzt werden soll, mit Mehrheit abgelehnt. Entscheidend waren dafür die Erfahrungen der Arbeiter der anderen Werften, daß die Arbeitshetze dadurch vergrößert wird und die Lohnrechnungen für die Belegschaft noch undurchsichtiger werden als bei den anderen Lohnformen. Das von der Geschäftsleitung hingeworfene und von der sozialdemokratischen Fraktion begierig aufgeschnappte Zuckerbrot, das mit der Einführung des Programmlohns die Löhne auf der Werft etwas ansteigen würden, wurde zurückgewiesen.

Die Mehrheit der Arbeiter war der Auffassung, daß man für vorübergehende geringfügige Lohnerhöhungen nicht den weiteren Verschleiß der Arbeitskraft dulden kann und daß die Frage höherer Löhne im kommenden Lohnkampf entschieden werden muß, wenn man sich nicht spalten lassen will. Alle Maßnahmen des Werft-Kapitals zielen entweder direkt auf die Senkung des Preises der Arbeitskraft, und sie zielen über den Stachel der in den letzten Jahren schon erreichten Senkung der Löhne auf die Ausdehnung des Arbeitstages und die Verdichtung der Arbeit. In den gegenwärtigen einzelnen Gefechten gegen Lohnrückstufungen, Akkordkürzungen, Überstundenarbeit usw. kommt es deshalb darauf an, klar die anstehenden Lohnauseinandersetzungen ins Auge zu fassen und vorzubereiten, um einheitlich der wachsenden Verelendung entgegenzutreten und die vielen zersplitterten Kämpfe gegen die kapitalistische Rationalisierung zu stärken. – (Betriebszelle Vulkan)

Die CDU mußte die Veranstaltung vorzeitig abbrechen

Darmstadt. Veranstaltung im „Vogel Uhl" mit dem CDU-Landesvorsitzenden Dregger, eine Veranstaltung, die dazu dienen sollte, die Pläne des Finanzkapitals zu bejubeln. Geplant wurde eine Diskussionsveranstaltung. Der Redner wurde von etwa 300 der 800 Anwesenden mit gellenden Pfiffen empfangen. Die Forderung: „Weg mit dem KPD-Verbot!" erschien im Saal. Immer wieder wurde die Rede Dreggers durch Sprechchöre unterbrochen: „Weg mit dem KPD-Verbot! Nieder mit dem Lohnsystem! Es lebe der Sozialismus!" Die angesetzte Diskussion wurde vom Veranstalter daraufhin abgesetzt. Vor der Halle bildeten sich Diskussionsgruppen und es wurde die Kommunistische Volkszeitung und andere revolutionäre Literatur verkauft.

„Weg mit dem KPD-Verbot!" in leuchtend roter Farbe

Göttingen. Mit sieben Mann und einem Hund überfiel die Polizei am vergangenen Freitag einen Stand des KBW am Bahnhof. Unterschriften wurden gesammelt und ein Flugblatt gegen das KPD-Verbot verteilt. Auch mit rüden Sprüchen wie „Raus aus der Schußlinie" gelang es den Polizisten nicht, die stehenbleibenden Menschen zu vertreiben. Stattdessen ernteten sie dafür Empörung. Die Flugblätter wurden mit großem Interesse genommen und sofort gelesen. Ein junger Arbeiter ließ sich durch die anrückende Polizei nicht davon abhalten, mit seiner Unterschrift die Kandidatur des KBW bei den Bundestagswahlen zu unterstützen. Nach heftigen Auseinandersetzungen gelang es der Polizei, mehrere Genossen in ihre Wagen und dann auf die Polizeireviere zu schleifen.

Doch der Triumph der Polizei, den Stand vertrieben zu haben, währte kurz. Eineinhalb Stunden später prangte von der Bahnhofsfront in roter Farbe: „Weg mit dem KPD-Verbot!"

Die Sozialimperialisten auf dem Weltmarkt

Expansion durch Außenhandel

Das einzige wesentliche Plandatum, das die russischen Sozialimperialisten in ihrem Fünfjahresplan 1971 bis 1975 deutlich überschritten haben, ist der Außenhandelsumsatz. Mit einer gewaltigen Kreditverschuldung gegenüber ihren imperialistischen Konkurrenten versuchen sie auf diese Weise, die Krise im Land durch Expansion nach außen zu überwinden. Geplant war eine Außenhandelssteigerung um 33–35 %. Tatsächlich ist er – gemessen in jeweiligen Preisen – um 128 % gestiegen. In seinem Rechenschaftsbericht an den Parteitag der revisionistischen KPdSU im Februar hat Breschnew betont, daß „unter den wirtschaftlichen Schwerpunktproblemen die Entwicklung der Außenwirtschaftsbeziehungen" immer größere Bedeutung erlangt.

Die rasante Verstärkung der ökonomischen Expansion ist eines der wichtigsten Ergebnisse des Parteitags der Sowjetrevisionisten. In der Juliausgabe der Zeitschrift „Außenhandel" („Wneschnaja torgowlja") hat ihr Stellvertreter des Ministers für Außenhandel, W. Alchimow, dies erläutert. „Charakteristikum des zehnten Fünfjahresplans ist die tiefere Einbeziehung unserer Volkswirtschaft in die internationale Arbeitsteilung, die weitere Umstellung der außenwirtschaftlichen Zusammenarbeit auf Langfristigkeit."

„Internationale Arbeitsteilung" haben die Kapitalisten schon früh mit ihren Kolonien geschaffen, und die imperialistischen Monopole haben sie zum Glanz gebracht, indem sie ganze Länder zu ihrem Monopolbesitz zu machen und ihnen ihre „Arbeitsteilung" vorzuschreiben suchten, indem sie an ihrem jeweiligen Ausgangsort ganze Industriezweige monopolisieren und selbst in den imperialistischen Ländern nur einseitige Entwicklung zulassen. Das Gerede von der „internationalen Arbeitsteilung" soll diese Gesetzmäßigkeiten des Monopolkapitalismus, die eine gleichmäßige wirtschaftliche Entwicklung ausschließen, mit einem höheren theoretischen Schein umgeben.

In der Sowjetunion ist mit dem Revisionismus eine neue bürokratische Monopolbourgeoisie zur Macht gelangt. Die Wirtschaft ist hochgradig monopolisiert und konzentriert, und das Monopol im Innern bildet die Grundlage des Strebens um Vorherrschaft über den ganzen Erdkreis. Die Bourgeoisie der UdSSR unternimmt dazu neue Vorstöße auf dem Weltmarkt, der das Feld für die Entfaltung der imperialistischen Konkurrenz bildet.

Nicht vom Handel zum gegenseitigen Nutzen und zur Förderung des Aufbaus aus eigener Kraft reden die neuen Sowjetbourgeois wie Alchimow, sondern von der „Hebung der Qualität und der Konkurrenzfähigkeit der Exporterzeugnisse sowie ... Verbesserung der Export- und Importstruktur". Und er führt aus, was er damit meint: „So nahm z.B. im verflossenen Jahr die Effektivität unseres ganzen Exports um etwa 17 Prozent zu." Der Mensch ist ehrlich, um Höchstprofit für seine Klasse geht es ihm.

Die Sowjetunion hat ihre Ausfuhrpreise in den letzten fünf Jahren um runde 50 % erhöht. Nachdem die Sowjetunion zu Jahresbeginn die Festlegung ihrer Preise im RGW geändert hat, war das erst der Vorbote von dem, was kommt. Im ersten Vierteljahr 1976 haben die sowjetischen Exporte in Entwicklungsländer der Preissumme nach um 16,1 % zugenommen, die Importe um 25,4 % abgenommen. Der Exportüberschuß in diese Länder betrug demnach 163 Millionen Rubel, rund 565 Millionen DM. „Der Außenhandel sichert dem Staatshaushalt immer größere Einkünfte", nennt sich das in der Sprache der sowjetischen Bourgeoisie.

Verschärfte Ausbeutung und mangelnde Versorgung der Bevölkerung

Für die Monopolbourgeoisie der UdSSR, die die Produktivkräfte des Landes einschnürt, ist die Ausbeutung im eigenen Land Basis ihrer ökonomischen Expansion. Nach den Worten ihres stellvertretenden Außenhandelsministers „werden günstige Voraussetzungen für den sowjetischen Außenhandel durch das intensive Wachstum des Wirtschaftspotentials unseres Landes geschaffen". Die ganze Wirtschaft wird ausgerichtet auf den imperialistischen Konkurrenzkampf um Weltmarktanteile. „Der Außenhandel, der zu einem wichtigen Zweig der Volkswirtschaft wurde, durchdringt immer mehr alle Lebensbereiche unseres Landes." Es ist ein offenherziges Eingeständnis, daß die Arbeiterklasse der Sowjetunion in „allen Lebensbereichen" dafür herhalten muß, die imperialistischen Pläne der neuen Zaren zu bezahlen. In ihrer Nummer 7 hat die sowjetische Zeitschrift „Stern" über Kalinin in der Russischen Sozialistischen Sowjetrepublik – einem Hauptanbaugebiet für Getreide – enthüllt, daß dort akuter Brotmangel herrsche. „Viele ländliche Gebiete haben nur ein- oder zweimal die Woche Brot zur Versorgung." (nach Hsinhua, 11.8.)

Die Sowjetrevisionisten haben die Landwirtschaft ruiniert und können die Ernährung der Bevölkerung nicht mehr gewährleisten. „Die Bedeutung des Imports für die Versorgung der Bevölkerung kann man auch daraus ersehen, daß im Einzelhandel Waren aus dem Ausland durchschnittlich über 10 % ausmachen. Besonders groß ist der Anteil des Imports bei Zucker, Gemüse und Obst, Stoffen, Konfektion und Wäsche, Schuhen, Möbeln, Geschirr und Tabakerzeugnissen. 1975 wurde die Einfuhr von Brot- und Futtergetreide, Fleisch- und Fleischerzeugnisse sowie Butter stark erhöht ..."

Andererseits: „Partei und Regierung messen der Entwicklung unserer Exportbasis große Bedeutung bei und setzen jetzt die Errichtung besonderer auf den Export orientierter Produktionsstätten, die die spezifischen Anforderungen der Außenmärkte befriedigen können, auf die Tagesordnung." Dringlich sei es, den Export von Maschinenbauerzeugnissen auszubauen, denn sie seien, „was die Deviseneinnahmen angeht, sehr effektiv". Leider habe ihr Exportanteil 1975 erst 18,7 % betragen. „Zweckmäßig sind auch neue kleine spezialisierte Betriebe, die relativ geringe Investitionen erfordern und in kurzer Zeit Gewinn abwerfen." Um Erfindungsgeist und Leistungswillen in dieser Richtung noch besser anzustacheln, solle den Betrieben und entsprechenden Ministerien „ein größerer Teil der Devisen, die ihre Exporterzeugnisse bringen, überlassen" werden.

Gesteigert werden soll auch der Export von Rohstoffen, denn dies bringe „den größten Gewinn".

Die Sowjetunion ist gegenüber ihren Rivalen im Streben nach der Welthegemonie, den USA, sowie gegenüber den westlichen imperialistischen Staaten, ja selbst gegenüber einigen Staaten ihres eigenen Einflußbereichs im RGW ökonomisch und in der technischen Entwicklung in vielen Bereichen rückständig. Im letzten Jahr sind die Importe der UdSSR aus den westlichen imperialistischen Ländern nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung um 71 % gestiegen (Blick durch die Wirtschaft, 16.8.). Die Exporte in der umgekehrten Richtung sollen bloß um 3 % zugenommen haben. Allein gegenüber der BRD ist das Handelsdefizit der Sowjetunion von 331 Millionen DM im Jahre 1971 auf 3708 Millionen im letzten Jahr gestiegen.

Expansion auf Pump

Die imperialistischen und hegemonistischen Ambitionen bei gleichzeitiger ökonomischer Rückständigkeit zwingen die Sowjetunion in den ökonomischen Beziehungen zu besonderen Wegen.

Die hohen Handelsdefizite konnte sie nur machen, weil sie hohe Bankkredite gegen hohe Zinsen bei den westlichen Imperialisten aufgenommen hat. Zitierter Minister Alchimow hat den letzten Kredit über 400 Millionen Dollar am 28.7. aus Japan heimgebracht. Dreimal war er im letzten Jahr in Japan, und jedesmal hat er um Kredite verhandelt. Die japanische Presse gab ihm daher jetzt die Bezeichnung „Kredit-Botschafter" (nach Hsinhua, 31.7.). Runde 18 Milliarden Dollar oder über 45 Milliarden DM sollen derzeit die Schulden der UdSSR betragen (siehe letzte KVZ). Das werden rund 4 Milliarden DM Zinsen sein, die die Sozialimperialisten für ihre Machenschaften jedes Jahr das sowjetische Volk an die westlichen Imperialisten zahlen lassen. Diese ihrerseits diskutieren bereits öffentlich, wie die Kredite als politisches Druckmittel einzusetzen seien.

Rund 2000 komplette Ausrüstungen verschiedener Industriezweige hat sich die Sowjetunion im letzten Jahrfünft liefern lassen, wertmäßig soll der Import von Maschinen etwa 15 % der gesamten Technik ausmachen, die der Volkswirtschaft geliefert wird.

Ende Mai hat die UdSSR mit Mannesmann und AEG erst eines der größten Geschäfte über 1,5 Milliarden DM abgeschlossen. Die westdeutschen Monopole mußten sich dabei gegen harte japanische und amerikanische Konkurrenz durchsetzen. Die „Frankfurter Allgemeine" vom 31.5. schreibt: „Der Abschluß ist auf dem Hintergrund einer Finanzoperation zustandegekommen, über die schon seit einem Jahr die Dresdner Bank AG im Namen eines Konsortiums mit der Moskauer Internationalen Investitionsbank verhandelt." Mit der Lieferung soll ein Kredit über 600 Millionen Dollar verbunden sein.

Mehr als 50 solcher Projekte wurden bisher vereinbart. Allesamt sind sie von vornherein darauf angelegt, daß 20 bis 30 % für den Export produziert wird.

Alchimow rühmt sich, zusammen mit japanischen Firmen und Banken ein Kohleprojekt durchgeführt zu haben, für das die UdSSR bereits den Kredit über 300 Millionen Rubel und zusätzliche 3 Milliarden Rubel Devisen einnehmen konnte. Die Sowjetrevisionisten rechnen sich damit aus, daß sie hinternher die Produktionsanlagen und die Technik haben, die die Arbeiter durch ihre Arbeit abbezahlen. Die gigantischen Anlagen, die selbst zu bauen die Sozialimperialisten nicht in der Lage sind, setzen sie ein als wirksame Waffen im Kampf um Extraprofite und Weltmarktanteile.

Kriegsvorbereitung auf dem Hintergrund des Entspannungsgeräusches

All das findet statt vor dem Hintergrund des Entspannungsschwindels. „Alle diese Fortschritte bei der Entspannung waren und sind für die weitere Entwicklung der Außenwirtschaftsbeziehungen der UdSSR von außerordentlicher Bedeutung", schreibt Alchimow. Die Tatsachen zeigen, daß die Imperialisten und vor allem die beiden Supermächte in heftiger Rivalität liegen, die sie vorerst noch als Handelskrieg und mit begrenzten militärischen Aktionen austragen. Dabei kämpfen sie um jeden Zentimeter Bodengewinn, versuchen sich gegen seitig als größerer Schlaumeier und Betrüger zu übervorteilen, um gleichzeitig die Basis zu erweitern und zu stärken, um die imperialistische Konkurrenz und das Streben nach Vorherrschaft noch zu intensivieren und schließlich im Krieg auszutragen. 103,8 Milliarden Dollar hat die Sowjetunion im letzten Jahr für ihre Rüstung ausgegeben, 92,8 Milliarden Dollar die USA. (Nach Angaben des „Spiegel" 34/76) – (fb)

Faschistenmassaker gegen Palästinenser in Tel-Al-Zaatar / Neue Kämpfe des palästinensischen Volkes in den besetzten Gebieten

Donnerstag, den 12. August, ist das Lager Tel-Al-Zaatar gefallen. Es hat nahezu acht Wochen den wütenden Angriffen der christlichen reaktionären Truppen standgehalten, 66 konzentrierte Angriffe in diesem Zeitraum zurückgeschlagen. Auch die Einnahme des Lagers ist durch Heimtücke und Betrug erreicht worden. Dienstag begannen die reaktionären Truppen erneut einen schweren Angriff. Am Mittwoch soll ein Abkommen zwischen der PLO und dem Oberkommando der Reaktionäre über die Evakuierung des Lagers ausgehandelt, aber noch nicht von beiden Seiten unterzeichnet worden sein. (Le Monde,) Dies haben die Reaktionäre benutzt, um Verwirrung zu stiften. Zweitens haben sie sich durch Betrug den Zugang zum Lager verschafft: „Ein palästinensischer Sprecher sagte, den Milizen der Phalange und der Nationalliberalen Partei sei es gelungen, mit Hilfe eines Tricks in das Lager einzubrechen. Sie hätten es unter dem Vorwand betreten, die Evakuierung von Zivilpersonen fortzusetzen, wie es unter dem Unterhändler der Arabischen Liga, Kholi, vereinbart gewesen sei. Dann hätten sie plötzlich Maschinengewehrfeuer eröffnet und seien in die Verteidigungsstellen eingebrochen. Im Lager sei es daraufhin zu Nahkämpfen gekommen." (Süddeutsche Zeitung, 13.8.76)

Im Lager selbst haben die reaktionären Truppen wie die Bestien gewütet. ZDF-Reporter Medlitzky: „Gleich nach der Übergabe ist unsere Kamera im Lager. Wir sehen Leichen, aber keine Leichenberge. Es gibt keine Spuren schrecklicher Massaker, wie sie befürchtet worden waren. Mutwillig zerstört: bis jetzt noch nichts." („Heute", 14.8.) Über das Fernsehen will dieser Lump den Volksmassen weismachen, daß die humanitäre Lösung, mit der Vatikan und Internationales Rotes Kreuz seit Wochen den Sturm des Lagers vorbereitet haben, eingetreten sei. Gleichzeitig zeigte er ein Bild, wo ein Phalangist die Leiche eines Palästinensers mit dem Auto durch die Stadt schleift. Medlitzky: „Auf dem Hintergrund der Ereignisse im Libanon ist es verständlich, daß sie jetzt versuchen, sich dafür schadlos zu halten."

Unter sich ist die Bourgeoisie freudetrunken: „Nach Berichten von Augenzeugen richteten die Eroberer ein Massaker unter den Lagerinsassen an. Junge Männer wurden in Gruppen zusammengetrieben und mit Maschinengewehren niedergemäht." (Welt, 13.8.) „Nach der Erstürmung Tel-Al-Zaatars ist es, wie Augenzeugen berichten, zu einem unbeschreiblichen Gemetzel gekommen. So sollen die christlichen Falangisten die Männer aus dem Lager zusammengetrieben und die jüngeren von ihnen erschossen haben. Das Rote Kreuz berichtet von ‚fürchterlichen Szenen'. Das Lager bot am Freitagmorgen ein Bild des Grauens: zwei große Planierraupen schaufelten unzählige Leichen aus den Trümmern. Der nördliche Teil Tel-Al-Zaatars kann nur mit einer Maske betreten werden. Dutzende von toten Kindern, Frauen und Männern liegen zwischen den Trümmern in der sengenden Sonne. Der Verwesungsgeruch ist unerträglich." (Die Welt, 14./15.8.) Die französische Nachrichtenagentur A.F.P.: „Die Mehrzahl der Leichen lag ausgestreckt mit dem Gesicht zu Boden und hatte eine Wunde im Nacken." (Le Monde, 14.8.)

12000 Palästinenser konnten aus dem Lager evakuiert werden, so die Angaben des Vertreters der Arabischen Liga, Al-Kholi. Auch bei der Evakuierung haben die Phalangisten weiter gewütet: „Nichts war vorgeplant. Außerdem wurde bombardiert. Es mußte alles hastig vor sich gehen und wir hatten mindestens hundert Opfer zu beklagen." (Al-Kholi, Neue Zürcher Zeitung, 14.8.)

Der Rundfunksender der PLO „Stimme Palästinas" hat erklärt: „Der blutige Einmarsch nach Tel-Al-Zaatar hat uns getroffen, beeinträchtigt jedoch in keiner Weise unsere Entschlossenheit. Tel-Al-Zaatar ist in unseren Augen nicht gefallen, es wird ein Symbol unserer Entschlossenheit bleiben, die Kämpfe zur Verteidigung der Revolution und zur Verwirklichung der Ziele, für die die Lagerverteidiger gekämpft haben, fortzusetzen ... Dieses Verbrechen wird nicht ungestraft bleiben. Die Verantwortlichen sind bekannt: es sind die Regierung in Damaskus und ihre Alliierten, die libanesischen Faschisten." (Neue Zürcher Zeitung, 14.8.) Zur Rolle Syriens erklärte ein PLO-Sprecher: „Sie halfen bei der Planung und sie ermöglichten das Ganze, indem sie unsere Streitkräfte im ganzen Land gebunden haben, so daß wir nicht in der Lage waren, Männer zur Entlastung nach Tel-Al-Zaatar zu schicken." (Süddeutsche Zeitung, 13.8.)

Die reaktionären Christen wollen jede Erinnerung an das Lager Tel-Al-Zaatar auslöschen. ZDF-Reporter Medlitzky beifällig: „Es scheint schon jetzt klar, was an Ruinen übriggeblieben ist, wird eingeebnet werden, vielleicht auch vorher verbrannt. Die Christen wollen die Industrie am Rand des Thymianhügels wiederaufbauen, ihre Häuser rund um das Lager wieder errichten, und neue Häuser da errichten, wo ihnen das bisher unmöglich war."

Mit dem Sieg der Reaktionäre über das Lager Tel-Al-Zaatar ist eine wichtige Entscheidung gefallen: Der Osten Beiruts, der direkt an das von den Christen beherrschte Territorium des Libanon anschließt, ist jetzt vollständig in der Hand der Christen. Damit ist die faktische Teilung des Libanon perfekt: Der Zentrallibanon mit dem Osten Beiruts wird von den reaktionären Christen gehalten, der Osten und Norden ist von den syrischen Truppen besetzt; der Südlibanon sowie der Westen Beiruts verbleiben den libanesischen Volksmassen; dort liegen auch zahlreiche Lager des palästinensischen Volkes.

Die Phalangisten gehen jetzt daran über, letzte Bastionen der Volksmassen in dem von ihnen beherrschten Gebiet anzugreifen. Der Phalangistenführer Bemir Gemayel hat den Vorschlag gemacht, einen föderativen Libanon zu bilden. (Mannheimer Morgen, 16.8.) Neben Israel soll so ein weiterer Brückenkopf des USA-Imperialismus entstehen. Der Sprecher der libanesischen Nationalen Bewegung, Dschumblatt, erklärte: „Wir müssen der Teilung Widerstand entgegensetzen, weil ein maronitisch-christlicher Staat in unserer Mitte sich als ein zweites Israel im Herzen des arabischen Gebietes erweisen würde." (Frankfurter Rundschau, 14.8.)

Die Pläne der reaktionären Bourgeoisieclique und des Imperialismus liegen auf der Hand: Teilung des Libanon, um von da aus den Kampf gegen die libanesischen Volksmassen fortzusetzen. Die Palästinenser sollen in die Zange genommen werden: im Süden liegt der Zionistenstaat, im Norden das Gebiet der reaktionären Christen, im Westen das Meer, im Osten Syrien. So soll ein Teil des palästinensischen Volkes eingekreist, unter beständiger Bedrohung gehalten werden und politisch erpreßbar gemacht werden.

Haltbar ist diese Konstruktion der Imperialisten nicht. Die libanesischen Arbeiter, Bauern, Fischer und Soldaten finden sich nicht damit ab, daß der Libanon zerstückelt wird. Trotz Zusammenarbeit zwischen Phalangisten und dem syrischen Regime im Kampf gegen die libanesischen und palästinensischen Volksmassen wird auf Dauer kein Auskommen beider miteinander sein. Die reaktionären Christen sind ein Brückenkopf des US-Imperialismus, ihr Territorium ein Brückenkopf des USA-Imperialismus. Sie sind geschworene Feinde der Unabhängigkeit und Befreiung der arabischen Nation von Imperialismus, Hegemonismus und Zionismus. Der syrische Expansionismus mag jetzt ein Drittel des Libanon besetzt halten, eine Schwächung des palästinensischen Befreiungskampfes erreicht haben – aber bloß um den Preis, daß die Solidarität der Volksmassen in Syrien mit dem palästinensischen Brudervolk gestiegen ist, daß in der Armee nur mit zahlreichen Verhaftungen die Disziplin aufrechterhalten, die Zersetzung aber nicht aufgehalten werden konnte.

Die Imperialisten sind begeistert, daß das Lager Tel-Al-Zaatar gefallen ist. Darüber berichten sie in großer Aufmachung. Aber: Während im Libanon ein Teil des palästinensischen Volkes gegen die Reaktion um sein Recht kämpft, vom Boden des arabischen Libanon aus den Kampf gegen den israelischen Besatzerstaat zu führen, haben in derselben Zeit in den Westbanks, den vom Israel besetzten Westufer des Jordan, erneut Kämpfe gegen die zionistische Macht stattgefunden. Sie hatte den arabischen Geschäftsleuten zusätzliche Steuern auferlegt. Daraufhin wurden die Geschäfte geschlossen, am fünften Tag des Kampfes wurden Demonstrationen gegen die zionistischen Besatzer durchgeführt. Teilweise waren sie ausdrücklich Solidaritätsdemonstrationen mit dem Kampf des Lagers Tel-Al-Zaatar, gegen Imperialismus, Zionismus und Reaktion und für die PLO. In Nablus, Hebron, Jericho, Ramallah, Jerusalem und anderen Städten führten die palästinensischen Massen Demonstrationen durch. In vielen Städten wurde das gesamte öffentliche Leben durch diese Kämpfe lahmgelegt. In Nablus haben palästinensische Jugendliche viele israelische Fahrzeuge angegriffen, mit Steinen und Flaschen beschädigt. In Hebron kämpften die Demonstranten gegen die israelischen Streitkräfte. In Tilkarem wurde ein palästinensischer Arbeitsamt angezündet. – (hjh)

Die kommunistische Partei wird im Kampf gegen die Reaktion aufgebaut

Erklärung von sieben Antifaschisten und Mitgliedern der verbotenen KPD in Gießen

Weg mit dem KPD-Verbot!

„Wir, ehemalige Widerstandskämpfer gegen das Hitlerregime, Antifaschisten und Sympathisanten und Mitglieder der 1956 verbotenen KPD, kennen die brutale Verfolgung und Unterdrückung aller aufrechten Demokraten und Kommunisten durch den Hitlerfaschismus. Jahrelang haben wir gegen den Faschismus, imperialistische Kriegszüge und gegen das hinter Hitler stehende Monopolkapital gekämpft. Jahrelang haben wir uns, auch nach der Niederschlagung des Faschismus, und der 1949 vollzogenen Wiedererlangung der Herrschaft der westdeutschen Kapitalistenklasse für breiteste Demokratie, für die Herrschaft der Arbeiterklasse und des Volkes, für die Enteignung der Kapitalistenklasse und für den Sozialismus eingesetzt, in dem die Arbeiter nicht als Lohnsklaven für den Profit der Kapitalisten schuften müssen, sondern frei von Ausbeutung produziert wird für die Bedürfnisse der Gesellschaft. Auch unter Adenauer, der damals an der Spitze der Diktatur der Kapitalisten über die Arbeiterklasse und das Volk stand, wurden wir wie andere, die sich konsequent für die Interessen der Arbeiterklasse eingesetzt haben, verfolgt, bestraft und viele von uns in die Gefängnisse geschmissen. Der vorläufige Abschluß dieser Verfolgungswelle war 1956 die Zerschlagung der Partei der Arbeiterklasse, der KPD, durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts sowie der Versuch des kapitalistischen Staates, den Gebrauch der Wissenschaft der Arbeiterklasse, die Anwendung des Marxismus-Leninismus, zu verbieten.

Weil die Arbeiterklasse die KPD als Führerin ihrer Kämpfe braucht, weil sie ohne den Marxismus-Leninismus sich nicht von Ausbeutung und Unterdrückung befreien kann, weil das KPD-Verbot von 1956 direkt gegen die Interessen der gesamten Arbeiterklasse und des Volkes gerichtet war und ist, erklären wir heute:

Das KPD-Verbot muß fallen! Die Partei der Arbeiterklasse, die KPD, muß wieder aufgebaut werden! Am 18.8. dieses Jahres jährt sich die Verkündung des KPD-Verbotsurteils zum 20. Male. Anläßlich dieses Datums, anläßlich der Versuche der heutigen Bundesregierung, im Interesse der westdeutschen Imperialisten das KPD-Verbot wieder umfassend anzuwenden, anläßlich der verschärften politischen Reaktion des Staates gegen die Arbeiterklasse und das Volk, gegen alle Demokraten und Revolutionäre, begrüßen wir die vom KBW initiierte Demonstration unter den Forderungen:

„Weg mit dem KPD-Verbot! Für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes! Uneingeschränktes Streikrecht! Politische und gewerkschaftliche Freiheiten im öffentlichen Dienst!", die hier in Gießen am 18.6.76 durchgeführt wird.

Wir kritisieren das Verhalten von DKP, KPD/ML, Sozialistisches Büro und Liga gegen den Imperialismus, die sich zwar gegen das KPD-Verbot ausgesprochen haben, aber nicht bereit sind, diese Demonstration mitzutragen und so eine breite Einheit herzustellen. Wir fordern sie auf, diese Demonstration ebenfalls zu unterstützen! Wir rufen alle Gießener Arbeiter und Werktätigen und gerade auch alle, die schon vor 20 und 40 Jahren auf unserer Seite gekämpft haben, dazu auf, an dieser Demonstration teilzunehmen und hierdurch einen wichtigen Schritt im Kampf gegen das KPD-Verbot und für den Wiederaufbau der KPD zu machen."

(Diese Erklärung ist unterschrieben von sieben alten KPDlern und Antifaschisten. Namen und Adressen liegen uns vor.)



„Weg mit dem KPD-Verbot!" ist an vielen öffentlichen Gebäuden zu lesen. Hier wird die Parole gerade am Rathaus Neukölln in Westberlin angemalt.



Mit Polizei versucht die Bourgeoisie die revolutionäre Propaganda von der Straße zu vertreiben. Immer erfolgreicher wird der Widerstand gegen die Polizeiangriffe geführt. Auseinandersetzung in Heidelberg.

Die Polizei stand am Rand mit dem Haftbefehl in der Hand

Am 12. August sollte J. Detjen, Mitglied des Zentralen Komitee des KBW, Sekretär der Ortsgruppe Osnabrück und Bundestagskandidat des KBW, vor Gericht erscheinen. Angeklagt ist er wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt, weil er sich einem Polizeiangriff gegen einen Agitationsstand widersetzte, sowie wegen Beleidigung und Verbreitung unwahrer Behauptungen, weil in der Ortsbeilage enthüllt worden war, wie die Polizei einer Wohngemeinschaft Material untergeschoben hatte, um diese zu belasten. Genosse Detjen ist zu dem Gerichtstermin nicht erschienen, weil er wegen eines Arbeitsunfalls krankgeschrieben war. Das Gericht erließ Haftbefehl und schickte die Polizei, konnte ihn aber nicht fassen. Am letzten Samstag sprach er auf einer Kundgebung gegen das KPD-Verbot. Die Polizei am Rande, mit dem Haftbefehl in der Hand, wagten keinen Einsatz. Wir sammelten über 10 Unterschriften für die Kandidatur des KBW zu den Bundestagswahlen und verkauften über 30 KVZ.

Gegen Reaktionäre und Polizei die Freiheit der Agitation behauptet

Dortmund. Am letzten Samstag wurde bemerkt, daß die NPD auf dem Alten Markt mit ei- bewegung muß sie bekämpfen – das war unser Standpunkt in den Diskussionen und für diesen keit entgegentreten und die Politik der Bourgeoispolitiker angreifen? Das kann nicht gehen

das KPD-Verbot. Die Polizei am Rande, mit dem Haftbefehl in der Hand, wagten keinen Einsatz. Wir sammelten über 10 Unterschriften für die Kandidatur des KBW zu den Bundestagswahlen und verkauften über 30 KVZ.

Gegen Reaktionäre und Polizei die Freiheit der Agitation behauptet

Dortmund. Am letzten Samstag wurde bemerkt, daß die NPD auf dem Alten Markt mit einer Kundgebung ihr Wahlkampfmotto „Vereinigt gegen den Kommunismus und gegen die Unterwanderung durch fremde Völker" an den Mann bringen wollte.

Zum Schutz dieser Kundgebung hat die Staatsmacht gleich Polizeikräfte in einer Stärke von 80 Mann mitgeschickt. Etwa 100 Passanten blieben während der Kundgebung der NPD stehen. Als der Kommunistische Bund Westdeutschland eine Gegenkundgebung auf dem Alten Markt durchführte, griff die Polizei sofort ein und wollte unsere Versammlung auflösen; dabei ist es ihnen gelungen, drei Mitglieder des KBW festzunehmen. Die Versammlung aufzulösen ist ihnen nicht gelungen, die Teilnehmer organisierten sich erneut, Sprechchöre gegen den Imperialismus, gegen die Reaktion und für die proletarische Weltrevolution wurden gerufen. Große Diskussionstrauben haben sich sehr schnell gebildet, wo über die Ziele der imperialistischen Bourgeoisie, der NPD einerseits und der Arbeiterklasse andererseits diskutiert wurde. Von nun an kümmert sich keiner mehr außer den NPD-Ordnern um das, was aus den Lautsprechern der NPD gebrüllt wurde. Heftig wurde in den Diskussionstrauben gestritten, warum eine sozialdemokratisch geführte Polizei die Kundgebung der Faschisten schützt und ob es richtig ist, die Kundgebung anzugreifen, oder ob man der NPD zugestehen muß, daß sie ungestört ihre Kundgebung durchführen darf. An der Hetze der NPD-Redner gegen die Arbeiterklasse und die Arbeiterbewegung, an ihrer Hetze gegen die vom Imperialismus unterdrückten und um ihre Unabhängigkeit kämpfenden Völker haben wir angesetzt und die Ziele der NPD und der Finanzbourgeoisie angegriffen. Die Faschisten sind gefährliche Feinde der Arbeiterbewegung, und die Arbeiterbewegung muß sie bekämpfen – das war unser Standpunkt in den Diskussionen, und für diesen Standpunkt konnten wir viele Arbeiter gewinnen. Warum die Staatsmacht mit starken Polizeikräften diese Kundgebung der Faschisten schützt und gegen die Revolutionäre vorgeht, das konnte leicht erklärt werden: weil die Interessen der Faschisten und des imperialistischen Staatsapparates vollständig gleich sind und die revolutionären Interessen der Arbeiterklasse ihnen feindlich gegenüberstehen. Die Bourgeoisie hat die KPD verboten, um der Arbeiterklasse die Führung zu rauben und so das Ende ihrer Herrschaft einige Jahre hinauszuzögern. Heute will die Bourgeoisie die erneute Herausbildung einer revolutionären Führung der Arbeiterklasse erneut mit dem KPD-Verbot bekämpfen; die Polizeiangriffe sind Bestandteil des Kampfes der Bourgeoisie mit dem KPD-Verbot. Darüber gab es harte Auseinandersetzungen, weil die Reaktionäre sich unter dem Schutz der Polizeikräfte offen an das Licht des Tages trauten. Unter den Arbeitern hatten sie aber keinen Stand.

Den Angriff auf unsere Kundgebung haben wir nicht unbeantwortet gelassen. Nach den Diskussionen auf dem Alten Markt zogen wir in einem Demonstrationszug in die Fußgängerzone, dem Westenshellweg. Die Parole „Weg mit dem KPD-Verbot!" wurde auf die Straße gemalt. In der Fußgängerzone rückten sofort wieder starke Polizeikräfte an. Sie wollten uns auseinandertreiben und die revolutionäre Propaganda von der Straße bekommen. Die NPD-Kundgebung war der erste Versuch für die bürgerlichen Parteien, die Innenstadt für die letzte Phase des Wahlkampfes freizubekommen. Wie sollen die bürgerlichen Parteien ihrer Aufgabe gerecht werden, ihre Lügen, Verdrehungen und falschen Versprechungen unters Volk zu bringen, wenn die proletarischen Revolutionäre ihnen mit der Wirklichkeit entgegentreten und die Politik der Bourgeoispolitiker angreifen? Das kann nicht gehen, und deshalb muß die Innenstadt für die Bürgerlichen freigeschlagen werden. Das sollte an diesem Samstag geschehen. Mit Knüppeln und ihren Sprechfunkgeräten schlugen uniformierte und als normale Menschen verkleidete Polizisten auf uns ein. Es entwickelte sich ein harter Kampf. Mehrere Polizisten waren in kürzester Zeit mit weißer Farbe gekennzeichnet, Polizeimützen flogen durch die Luft und Sprechfunkgeräte gingen zu Bruch. Immer mehr Polizeikräfte wurden auf der Fußgängerzone zusammengezogen. Letztlich waren genausoviel Polizisten im Einsatz wie unser Agitationszug groß war, auf jeder Seite ungefähr 30. Sieben Genossen konnten nach längeren Auseinandersetzungen zwar vorübergehend festgenommen werden, aber auf der Fußgängerzone haben wir uns behauptet. Das Programm der Arbeiterklasse konnte die Polizei nicht von der Straße räumen. Die Bevölkerung war dabei, diesen Lumpen eine gehörige Abfuhr zu erteilen, nicht wenig Dresche hat die Polizei auch von Passanten bezogen, die nach ihrem Einkauf noch auf der Straße waren. Die Reaktionäre, die als Handlanger der Staatsmacht auftraten, konnten isoliert werden. Während dieser Auseinandersetzungen konnten 60 Kommunistische Volkszeitungen verkauft werden und 20 Unterschriften für die Kandidatur zu den Bundestagswahlen gesammelt werden.

Am nächsten Morgen waren fast alle Stützpunkte der staatlichen Unterdrückungsmaschinerie gekennzeichnet: das Amtsgericht, das Landgericht, das Stadthaus, das Polizeipräsidium, die berüchtigte große Polizeiwache in der Nordstadt und einige andere öffentliche Gebäude trugen die Parole „Weg mit dem KPD-Verbot!". Diese Parole gibt die Richtung des weiteren Kampfes gegen die Reaktion an. (C.,

Resolution

der Abteilungsversammlung der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen im Vertragsbereich der Deutschen Krankenversicherung. Köln, 12.8.1976.

„Durch das KPD-Verbot ist es jederzeit möglich, Maßnahmen gegen demokratische und sozialistische Kräfte durchzuführen. (. . .) Auf das KPD-Verbot gründet sich das besondere Dienstrecht im öffentlichen Dienst. Dieses öffentliche Dienstrecht verpflichtet die Beamten auf der einen Seite zur jederzeitigen aktiven Verteidigung des Staates und seiner Organe. Damit sie dazu gezwungen werden können, sind sie selbst völlig rechtlos und haben z.B. noch nicht einmal das Streikrecht. Das muß so sein, weil dieser Staatsapparat sich reinhalten will von allen denjenigen Kräften, die die Interessen des Volkes vertreten, denn er verteidigt die herrschende Ordnung. Ebenso ist das Urteil ein elementarer Angriff auf die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, denn es ist ihm untersagt, nur die Interessen einer Klasse zu vertreten. Und was machen die Gewerkschaften anderes, als die Interessen der in ihnen organisierten Arbeiter und Angestellten zu vertreten? Deswegen fordern wir: Weg mit dem KPD-Verbot! Für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes. Uneingeschränktes Streikrecht. Für politische und gewerkschaftliche Freiheiten im öffentlichen Dienst! Wir rufen alle Arbeiter und Angestellten und ihre Organisationen auf, alle Bestrebungen zu unterstützen, die sich gegen das KPD-Verbot wenden und sich an der Demonstration am 18.8. in Köln zu beteiligen."

Man darf den Massen nicht hinterherhinken!

Seitdem wir so unsere Unterschriftensammlung für die Kandidatur des KBW bei den Bundestagswahlen beginnen, haben wir im Stadtteil Neuhausen nach großen Anfangsschwierigkeiten einen guten Schritt nach vorn getan. Äußerlich kann man das daran ablesen, daß wir bisher in eineinhalb Monaten 9 Unterschriften gesammelt haben, vor kurzem in eineinhalb Stunden 7, am letzten Samstag gar 16 in derselben Zeit.

Dieser Unterschied beruht auf der Korrektur eines völlig falschen Herangehens an die Unterschriftensammlung. An unserem Agitationszentrum am Rot-Kreuz-Platz oder beim Hausverkauf der KVZ haben wir bisher berichtet, daß sich der KBW an den Bundestagswahlen beteiligt. Wir haben die Forderungen aus dem Wahlaufruf erläutert oder aus der KVZ berichtet. Die Unterschriftensammlung haben wir so angegangen: Erst wenn wir mit einem Menschen ein gutes Gespräch geführt haben und weitgehende Einigkeit in vielen Fragen hergestellt war, dann sprachen wir ihn auf seine Unterschrift an. Auf diese Weise sind wir nicht viel weitergekommen. Manche fanden es richtig, daß sich der KBW an den Wahlen beteiligt, oder auch ganz interessant, was wir sagten. Meistens war aber zu spüren, daß sie sich davon nicht viel versprachen, vor allem wenn sie den KBW noch nicht kannten, so richtig es auch sein mochte, was wir sagten. Deshalb verliefen die Diskussionen oft unverbindlich und unbefriedigend.

Das hat sich in dem Augenblick entscheidend geändert, wo wir die Diskussion damit begannen: „Der KBW beteiligt sich an den Bundestagswahlen, um die Partei der Arbeiterklasse wieder aufzubauen. Dazu brauchen wir Ihre Unterschrift."

Die Partei der Arbeiterklasse aufbauen, die Kommunistische Partei – das ist eine klare Zielsetzung. Daran gibt es ein großes Interesse unter den Arbeitern, Angestellten und Teilen der werktätigen Intelligenz. Das gibt zugleich klare Auseinandersetzungen mit rückschrittlichen Menschen und mit Reaktionären und Volksbetrügern aller Schattierungen.

Das trifft die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" in ihrem Kern: daß die Arbeiterklasse ihre eigene Partei nicht hat, daß sie verboten ist, daß es Kräfte gibt, die offen für den Wiederaufbau der KPD eintreten. Denn was ist das für eine Demokratie, die die Partei der Arbeiterklasse verbietet? Das ist offensichtlich die Demokratie der Geldsäcke! Diese einfachen Wahrheiten stehen mit einem Mal offen in der Diskussion, wenn man offen die Notwendigkeit des Parteiaufbaus propagiert und das KPD-Verbot angreift.

Mit dieser Erfahrung hat sich auch unser Auftreten verbessert: In der Volkartstraße, wo die Zelle Neuhausen bisher noch nie in Erscheinung getreten ist, haben wir uns mit Stelltafeln nach Feierabend aufgebaut, das Einheitsfrontlied und das Solidaritätslied gesungen und dann über Megaphon eine Rede gehalten, in der die Wahlbeteiligung des KBW zum Zwecke der Verbreitung des Marxismus-Leninismus und des Parteiaufbaus erläutert wurde und die Forderungen aus dem Wahlaufruf als Forderungen auf dem Weg zu dieser Partei und zur Erkämpfung des Sozialismus erklärt wurden. Bei der anschließenden Hausagitation kam, als wir ein Gespräch mit einem Mann führten, aus der Nachbartür ein anderer, bei dem wir noch gar nicht geklingelt hatten und sagte, er wolle unbedingt unterschreiben, er habe die Rede gehört, das sei richtig. Ein anderer fragte, wieso denn Westdeutschland aus der NATO raus solle, wie wir das in der Ansprache gefordert hätten. Als wir ihm dies erklärten, hat auch er unterschrieben. Ein dritter meinte, so wie wir da aufgetreten seien, das sei klar und einleuchtend gewesen. Auch er hat unterschrieben. Insgesamt haben wir an dem einen Abend neun Menschen für die Unterschrift gewonnen.

Aufgefallen ist uns, daß sehr viele, wenn wir über den Parteiaufbau sprechen, genau den Unterschied zwischen uns, dem Roten Morgen z.B. und der DKP wissen wollen. Dabei ist uns erst aufgegangen, daß die Arbeiter und übrigen Werktätigen sehr wohl beobachten, wie es um die revolutionäre Bewegung steht.

Die Unterschriftensammlung als Mittel benutzen, um die Frage des Parteiaufbaus aufzuwerfen, ist das richtige Vorgehen. Die Kommunisten hinken hoffnungslos hinter den Massen her, wenn sie das nicht erkennen. – (Stadtteilzelle Neuhausen, München)

Stahltarifauseinandersetzung:

Wie muß die Forderung aussehen?

In der Eisen- und Stahlindustrie ist das gültige Lohnabkommen für Nordrhein-Westfalen, die Klöckner-Werke AG, Hütte Bremen sowie die Werke Dillenburg und Niederschelden der Stahlwerke Südwestfalen AG auf den 31. Oktober kündbar. Das gleiche gilt für die Stahlwerke Peine Salzgitter und die Klöckner-Werke AG Osnabrück. Im Tarifbezirk Saarland ist das Lohnabkommen auf den 15. November 1976 kündbar.

Die Eisen- und Stahlindustrie ist der erste große Industriezweig, in dem die neue Tarifauseinandersetzung zwischen den Arbeitern und Kapitalisten ausgetragen wird. Rund 250000 Arbeiter, im ganzen über 300000 Lohnabhängige, sind direkt in diese Tarifauseinandersetzung verwickelt. Sie hat eine große Bedeutung für die Stahlarbeiter selber, aber auch für die ganze Arbeiterklasse. In der letzten Tarifauseinandersetzung der Eisen- und Stahlindustrie ist es den Kapitalisten gelungen, die Voraussetzungen für ihren großangelegten Lohnraub gegen die Stahlarbeiter zu verbessern. Der Ecklohn wurde gerade um 5 % erhöht. Das hat nicht verhindern können, daß die durchschnittlichen Bruttostundenlöhne im letzten Vierteljahr von 1975 gegenüber dem Jahresbeginn gedrückt wurden und im ersten Vierteljahr 1976 gerade um 3,9 % über dem Stand des gleichen Zeitraums vom Vorjahr lagen. Der Bruttowochenverdienst der Stahlarbeiter ist im ersten Vierteljahr 1976 gegenüber dem Vorjahr direkt um 3,8 % gedrückt worden.

Die Stahlkapitalisten haben die Krise genutzt, um einen Angriff auf die Existenzbedingungen der Stahlarbeiter zu starten. Eine der Ursachen war die geringe Erhöhung der Tariflöhne, die für den Abbau der Effektivlöhne durch die Kapitalisten großen Raum ließ. Eine andere Ursache war, daß die „stahltypischen Zulagen" nicht Bestandteil des Lohnabkommens sind, so daß sie auch bei der Berechnung der Kurzarbeitgelder nicht in Anschlag kommen. So konnte es den Kapitalisten gelingen, die materiellen Existenzbedingungen der Stahlarbeiter bedeutend zu verschlechtern.

Gleichzeitig haben sie die Kurzarbeit und den Druck der Arbeitslosigkeit genutzt, um den Arbeitstag der Stahlarbeiter bedeutend zu verdichten und die Ausbeutung zu erhöhen. Das zeigt sich in einer Steigerung der Produktion je Arbeiterstunde. Die untenstehende Korrespondenz aus den Stahlwerken P & S gibt dafür ein Beispiel. Obwohl es unbestritten ist, daß die Arbeitsbedingungen der Stahlarbeiter zu den schwersten der ganzen Arbeiterklasse gehören, und auch die Kapitalisten daraus kein Hehl machen, ist es den Stahlkapitalisten gelungen, die Löhne so zu drücken, daß sie nur an der sechsten Stelle der Löhne aller Industriezweige liegen.

In allen Stahlbetrieben haben die Arbeiter auf den Druck der Kapitalisten mit Kämpfen und Forderungen in einzelnen Rotten und Abteilungen geantwortet. Hier geht es um die Einstufung in die Lohngruppen, dort um die Zulagen, hier um die Ablehnung weiterer Intensivierung der Arbeit, dort gegen die Verschlechterung der Schichtbedingungen. Diese Kämpfe sind entscheidend für die Entwicklung der Kampfkraft der Stahlarbeiter. Zusammengefaßt werden können und müssen diese Kämpfe in der gewerkschaftlichen Tarifauseinandersetzung. Hier schließen sich die Arbeiter des ganzen Industriezweiges gegen die Kapitalisten des ganzen Industriezweiges zusammen. Hier kommt es darauf an, die Angriffe der Stahlkapitalisten zurückzuschlagen.

Grundlage für die tatsächlich bezahlten Löhne in der Stahlindustrie sind die tariflichen Stundenlöhne, die durch das Lohnabkommen festgelegt sind; die Zulagen für bestimmte Anforderungen, die durch den Lohnrahmentarifvertrag geregelt sind, die Zulagen für Überstunden und die stahltypischen Zulagen, die durch den Manteltarifvertrag geregelt sind. Es gibt 9 Lohngruppen. Ecklohn ist der Tariflohn der ersten Facharbeitergruppe, der Lohngruppe 6. Er beträgt im Tarifbezirk Nordrhein-Westfalen gegenwärtig 7,44 DM. Den Ecklohn gleich 100 % gesetzt, beträgt der Lohn der Lohngruppe 1 mit 6,07 DM rund 82 %, der Lohn der Lohngruppe 9 mit 9,17 DM rund 124 %. Die Zulagen für besondere Anforderungen sind durch den Lohnrahmentarifvertrag von 1973 geregelt. Sie werden nach bestimmten Faktoren berechnet, entsprechend 4 Anforderungsarten und 5 Stufen für jede Anforderungsart. Theoretisch können diese Faktoren zwischen 0 und 46,5 liegen. Die Zulagen werden so berechnet, daß Faktor 1 (Basisfaktor) 0,41 % des Ecklohns beträgt. Der Basisfaktor beträgt gegenwärtig also 3 Pfennig in Nordrhein-Westfalen. Für die Klöckner-Werke AG, wo der Basisfaktor in einem Prozentsatz von 0,245 % des Ecklohns berechnet wird, entsprechend weniger. Insofern die Zulagen für besondere Anforderungen in allen Lohngruppen auf den Ecklohn berechnet werden, enthalten sie ein Moment der Vereinheitlichung der Löhne. Insofern diese Zulagen entsprechend der Höhe des Faktors sich sehr unterscheiden und zu einem großen Teil in der Willkür der Kapitlaisten liegen, sind sie für die Kapitalisten ein großartiges Instrument der Spaltung.

Für Überstunden wird gemäß Manteltarifvertrag 25 % Zuschlag für die beiden ersten täglichen Überstunden bezahlt. Von der dritten täglichen Überstunde an werden 50 % bezahlt.

Die „stahltypischen Zulagen" sind die Zulagen für die Schichtarbeit, die für einen großen Teil der Stahlarbeiter regelmäßig ist. Die Kapitalisten und die Gewerkschaftsführung hat dies veranlaßt, diese Zulagen niedriger anzusetzen als in den anderen Bereichen der Metallindustrie. Der größte Teil dieser stahltypischen Zulagen wird auf den Ecklohn berechnet, Spätarbeit mit 12,5 %, Nachtarbeit mit 20 %, regelmäßige Schichtarbeit an Samstagen zwischen 6 und 14 Uhr mit 15 % und regelmäßige Schichtarbeit an Samstagen von 14 bis 22 Uhr mit 25 % des Ecklohns.

Welche dieser Bestandteile des Lohns müssen die Stahlarbeiter berücksichtigen, wenn sie sich über die Höhe der Lohnforderung einigen wollen?

Von vornherein müssen die Zuschläge für die Überstunden ausgeschieden werden. Die Arbeiterklasse hat stets für einen achtstündigen Normalarbeitstag gekämpft. Sie kämpft für einen Lohn, mit dem man bei 8 Stunden täglicher Arbeit leben kann. Gerade weil in der Stahlindustrie viele Überstunden ausgepreßt werden, dürfen die Überstundenzuschläge überhaupt nicht berücksichtigt werden. Der Zwang zu Überstunden folgt aus einem zu geringen Lohn für den Normalarbeitstag. Um diesen Lohn aber geht es in der Tarifauseinandersetzung.

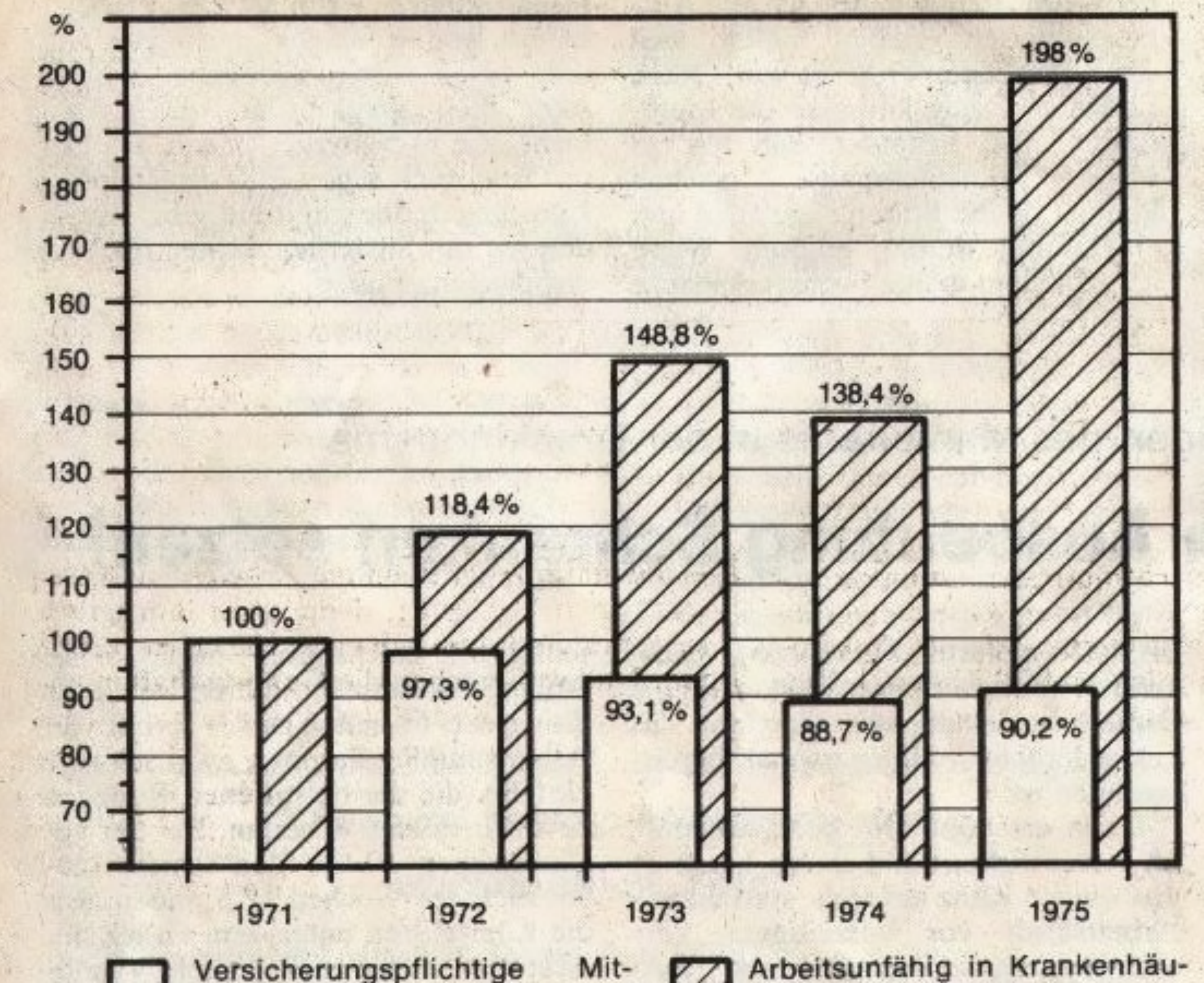
Müssen die stahltypischen Zulagen bei der Aufstellung der Lohnforderung in Rechnung gestellt werden? Die Stahlarbeiter können diese Zulagen nicht in Rechnung stellen. Es ist schlecht, wenn die Stahlarbeiter bloß durch die Zulagen für die regelmäßige Schichtarbeit zu einem Lohn kommen, der zum Leben reicht. Hier geht es darum, diese Zulagen zum Bestandteil des Lohnabkommens zu machen und sie an die Zulagen in der übrigen Metallindustrie anzugleichen. Darauf müssen die Tarifkommissionen verpflichtet werden. Diese Forderung ergibt sich aus den Erfahrungen der Krise und der Kurzarbeit. Ihre Erfüllung ist notwendig. Sie kann aber nicht in Rechnung gestellt werden bei der Aufstellung der Lohnforderung. Die Stahlarbeiter wollen die Schichtarbeit nicht. Sie werden dazu gezwungen. Warum sollte sie der Zwang zur Schichtarbeit dazu veranlassen, in den Lohnforderungen zurückzustecken?

Was ist nun mit den Zulagen für die besonderen Anforderungen? Sollen sie in Rechnung gestellt werden? Auch das wäre nicht richtig. Diese Zulagen sind weitgehend von der Willkür der Kapitalisten abhängig. Sie sind schwer zu erkämpfen und schwer zu verteidigen, weil sie die Arbeiter im einzelnen oder höchstens in einzelnen Gruppen betreffen. Man kann sie bei der Lohnforderung nicht in Rechnung stellen.

Das bedeutet, daß die Stahlarbeiter sich in der gegenwärtigen Tarifauseinandersetzung auf eine ausreichende Erhöhung des Stundenlohnes konzentrieren müssen, wenn sie sich erfolgreich gegen die Kapitalisten zusammenschließen wollen. Die Kapitalisten wie auch die Sozialdemokraten und Revisionisten in den Gewerkschaften werden dagegen sagen, man müsse bei der Erhöhung des Tariflohnes immer berücksichtigen, daß er automatisch eine Erhöhung der Zulagen nach sich ziehe. Deshalb müsse man sich mit einer niederen Erhöhung des Tariflohnes zufrieden geben.

Die Erfahrung lehrt, daß dieses Argument auf den Ausverkauf der Interessen der Stahlarbeiter hinausläuft. So wird den Kapitalisten Spielraum für alle möglichen Manöver geschaffen, um den Effektivlohn der Stahlarbeiter zu drücken. Das haben sie im letzten Jahr und in den letzten Monaten reichlich genutzt. Durch die Tarifauseinandersetzung muß dem ein Riegel vorgeschoben werden. Dazu ist eine Erhöhung des Tariflohnes für alle gleich in der Höhe von DM 1,– notwendig. Für die Angestellten bedeutet dies eine Lohnforderung von DM 173,–. Natürlich müssen die Zulagen verteidigt werden, solange die Arbeitsbedingungen solche Zulagen notwendig machen. Daß die Arbeitsbedingungen in den Stahlwerken schlecht sind und Schichtarbeit vorherrscht, dafür müssen die Kapitalisten aufkommen. Die Stahlarbeiter können sich auf keinen Fall darauf einlassen, daß ihnen diese Zulagen gegen die Erhöhung des Tariflohnes aufgerechnet werden. Bei der Tarifauseinandersetzung geht es darum, einen ausreichenden Lohn für den Normalarbeitstag unter normalen Arbeitsbedingungen durchzusetzen.

In den nächsten Wochen müssen sich die Stahlarbeiter auf die richtige Lohnforderung gegenüber den Kapitalisten vereinheitlichen und sie in der Gewerkschaft durchsetzen. Die Kraft, um diese Forderung durchzusetzen, sammeln die Stahlarbeiter in dem täglichen Kleinkrieg gegen die Kapitalisten. Über die weitere Lage wird jedoch die Tarifauseinandersetzung selber entscheiden. – (gs)



Versicherungspflichtige Mitglieder Betriebskrankenkasse Klöckner Osnabrück — Arbeitsunfähig in Krankenhäusern

	Versicherungspflichtige Mitglieder		Arbeitsunfähig in Krankenhäusern	
	Monatsdurchschnitt	in % von 1971	Monatsdurchschnitt	in % von 1971
1971	3943	100,0	12,88	100,0
1972	3835	97,3	15,25	118,4
1973	3672	93,1	19,17	148,8
1974	3497	88,7	17,83	138,4
1975	3555	90,2	25,50	198,0

Das Schaubild vergleicht die Entwicklung der Mitgliederzahl der Betriebskrankenkasse des Klöckner-Werks Osnabrück mit den Zahlen der Arbeiter, die im Krankenhaus stationär behandelt werden mußten, in den Jahren 1971 – 1975. Dabei wurden die Zahlen für 1971 mit 100 Prozent angenommen und die Entwicklung von 1971 bis 1975 in Prozentzahlen von 1971 ausgedrückt. In der gleichen Zeit, in der die Zahl der Arbeiter auf 90,2 Prozent sank, stieg die Zahl der im Krankenhaus stationär behandelten Arbeiter auf 198 Prozent. Die Produktion wurde ständig gesteigert: Die Produktion von Schmiedestücken, Stahlguß und anderen Stahlerzeugnissen, die wesentlich im Werk Osnabrück hergestellt werden, stieg auf Konzernebene von 171 814 Tonnen im Geschäftsjahr 1971/72 auf 204 000 Tonnen 1974/75. Aus der lebendigen Arbeit saugen die Kapitalisten den Mehrwert. Sie steigern beständig die Ausbeutung und ruinieren die Arbeitskraft immer stärker. Was für Klöckner gilt, gilt für die ganze Stahlindustrie. Die Kapitalisten ruinieren die Arbeitskraft und lassen die Arbeiter dafür zahlen. Bei Klöckner Osnabrück wurde beschlossen, daß ab 1. Januar 1977 der Krankenkassenbeitrag von 11,5 Prozent auf 12,5 Prozent erhöht wird. 1973 lag der Beitrag bei 8,5 Prozent.

Stahlwerke Peine und Salzgitter

Den Kleinkrieg für die Einheit in der Tarifauseinandersetzung nutzen

Peine. Wie in der KVZ berichtet, wurde auf drei der vier Schichten im Blasstahlwerk des Werkes Peine von P & S im 1-Konverterbetrieb gearbeitet. Allerdings nur auf dem Papier, tatsächlich wird regelmäßig für einige Chargen ein zweiter Konverter hinzugenommen, der dann von der einen Mannschaft mitbedient werden muß.

Allein von Mai bis April haben die P & S Herren die Produktionsleistung, die Tonnenzahl pro Arbeiterstunde um 10,5 % gesteigert: von 3,87 t/Arbeiterstunde auf 4,28 t. Von manchen Arbeitern oder Meistern wird gesagt, es käme doch auch den Arbeiter zugute, wenn für einige Chargen 2 Konverter gleichzeitig laufen, da man dann vielleicht eher zum Waschen gehen kann. Die Tatsachen zeigen, daß das nicht stimmt. Kam es vor einem Jahr noch öfter vor, daß man 20 oder 30 Minuten vor Schichtschluß schon mal waschen gehen konnte, so hat man in der letzten Zeit fast immer erst 5 Minuten vorher Schluß oder noch später. bis auf die letzte Minute wird die Schweisauspressung ausgedehnt.

Natürlich ist es so, daß Vorstand und Betriebsleitung wissen, daß regelmäßig mit 2 Konvertern gearbeitet wird auf den Schichten mit 1-Konverterbesetzung, auch wenn sie gegenüber dem Betriebsrat gern so tun, als wenn das gar nicht an ihnen läge. Meist heißt es, es soll voller Betrieb gemacht werden, und da ist es selbstverständlich, daß 12 Chargen pro Schicht herauskommen. In den seltensten Fällen sind 12 Chargen tatsächlich mit nur einem Konverter zu schaffen. Die Schichtmeister nehmen dann einen zweiten Konverter hinzu.

Ganz richtig ist es deshalb, wenn die Arbeiter sich dagegen wehren und den Betriebsrat auffordern, dagegen anzugehen. Der Betriebsrat hat daraufhin in der letzten Woche die Betriebsleitung angerufen. Noch vor kurzem taten manche der Betriebsräte es einfach ab, wenn man sagte, sie müssen etwas gegen die Steigerung der Arbeitshetze tun. Heute können sie das nicht mehr so einfach, weil der Unmut gestiegen ist. (w., Peine)

Meldungen

Stahltarifrunde: Beschluß der Vertrauensleute des Werks Union der Hoesch-Hüttenwerke Dortmund

Dortmund. In einem Beschluß der Vertrauensleutevollversammlung des Werks Union, der an die Große Tarifkommission gerichtet ist, werden zu den auslaufenden Stahltarifverträgen Empfehlungen gegeben. Wir drucken Teile aus dem Beschluß ab (Zitate nach der Veröffentlichung in der DKP-Betriebszeitung „Heißes Eisen"). Richtig sind die Empfehlungen zum Tarifvertrag über die „stahltypischen Zuschläge", und man kann sie als Richtschnur nehmen:

„a. Absicherung der stahltypischen Zuschläge sowie Weiterzahlung der Zuschläge bei Umbesetzung oder Kurzarbeit;

b. um zusätzliche Einkommensverluste bei Konjunkturschwankungen zu verhindern, ist die tarifliche Einkommenssicherung anzustreben;

c. die sozialversicherungsrechtlichen Nachteile der nicht sozialversicherungsrechtlichen Zuschläge müssen beseitigt werden."

Widersprüchlich und verwaschen sind die Aussagen zum Lohntarif. Auf ihrer Grundlage kann keine richtige Forderung aufgestellt werden.

„Schwerpunkt der diesjährigen Lohn- und Gehaltsrunde sollte eine effektive Lohnerhöhung sein, die

a. den Kaufkraftverlust voll ausgleicht;

b. den Reallohnverlust des letzten Jahres voll deckt;

c. den produktiven Zuwachs der höheren Belastungen pro Beschäftigten in der Eisen- und Stahlindustrie voll realisiert.

Der Tariflohn muß gleich Effektivlohn durch die Ausschöpfung der Dynamisierung werden."

Klöckner kauft die Maxhütte

Für 269 Millionen DM kaufen die Klöcknerwerke die Maximilianshütte in Sulzbach-Rosenberg von den Flick-Kapitalisten. Mit diesem Kauf versuchen die Klöckner-Kapitalisten ihre Stellung in dem Konkurrenzkampf der Stahlkonzerne zu stärken. „Die drittgrößte deutsche Stahlgruppe im Entstehen", schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 17.8. Zum 1. 1.77 muß Klöckner die erste Rate von 137 Millionen bezahlen. Die Kapitalisten werden dazu die Ausbeutung in den Betrieben weiter erhöhen, um mehr Profit aus der Arbeit von weniger Arbeitern herauszuholen. Weitere Entlassungen sind schon geplant: „. . . wird sich in diesem und voraussichtlich auch im kommenden Jahr der Personalstand unseres Unternehmens weiterhin verringern", heißt es in einer Erklärung der Leitung der Maxhütte.

Keine weiteren Sonderschichten

Rüsselsheim. Seit März letzten Jahres fahren die Opel-Kapitalisten regelmäßig Sonderschichten. Als kurz vor den Werksferien drei weitere Sonderschichten gearbeitet werden sollten, haben die Vertrauensleute der Bereiche K 40 Gerippebau/Rohrmontage und K 82 eine Resolution verabschiedet, in der der Betriebsrat aufgefordert wurde, keinen weiteren Sonderschichten zuzustimmen. Diese Resolution wird inzwischen von weiteren Bereichen unterstützt. Darin heißt es: „Erstens brauchen die Kollegen das Wochenende, um sich von einer anstrengenden Woche zu erholen. (. . .) Zweitens . . . Der Großteil des zusätzlich verdienten Geldes (wird) gleich wieder von der Steuer weggefressen. Drittens . . . Die andauernden Sonderschichten (unterhöhlen) die Vierzigstundenwoche." Der Betriebsrat soll gestützt auf die Belegschaft „geeignete Maßnahmen ergreifen, um durch betriebliche Zulagen die Löhne . . . zu erhöhen, damit keiner es mehr nötig hat, auch noch samstags zu arbeiten."

Verhandlungen über Tarifvertrag „vermögenswirksame Leistungen"

Köln. Am 17.8. trafen sich die Vorstände der IG Metall und des Gesamtverbandes metallindustrieller Arbeitgeberverbände zu einem Spitzengespräch. Gesprochen wurde über den Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen, der am 30. Juni ausgelaufen ist und für die gesamte Metallindustrie gilt. Der Vertrag läuft bis zu einer Neuregelung weiter. Diese „Vermögensbildung" bedeutet nichts anderes als Zwangssparen für die Arbeiter. Das kann die Arbeiter nicht veranlassen, mit ihren Lohnforderungen zurückzustecken. Außerdem steht der Tarifvertrag über betriebliche Sonderzahlungen in den einzelnen Tarifbezirken zur Kündigung an. Er müßte bis zum 30. August auf den 30. September gekündigt werden. Der jetzige Vertrag sichert 40 % eines 13. Monatsgehaltes. – (Stuttgarter Zeitung, 13. August)

Berichtigung

In der KVZ Nr. 32, Seite 6, heißt es in dem Artikel „Lohnabbau in der Stahlindustrie": *„Angegebene Beträge sind jeweils Bruttobeträge."* Das ist nicht richtig. Die in der Tabelle angegebenen Monatslöhne sind **Nettolohnbeträge.** Die in den Klammern angegebenen Beträge, wie z.B. Urlaubsgeld, sind Bruttobeträge. Für Mai 1976 waren es nicht 1357 DM, sondern 1392 DM. Für Juli 1976 muß es heißen 171 Stunden, nicht 174,1 Stunden.

Meldungen

Der Streik für eine bezahlte Waschzeit war erfolgreich

Frankfurt. Etwa 150 Arbeiter einer Abteilung der Firma Roth (Autozulieferer) in Frankfurt haben am Dienstag vergangener Woche einen zweistündigen Warnstreik durchgeführt, um Druck hinter ihre Forderungen zu machen: 15 Minuten bezahlte Waschzeit! In der Abteilung – Eloxal genannt – werden Autoteile in Säurebädern bearbeitet. Die Arbeit ist extrem gesundheitsgefährdend. Säuredämpfe werden eingeatmet und legen sich auf der Haut ab. Die Arbeiter mußten bis zur letzten Minute arbeiten und bekamen nicht das Recht zugestanden, sich während der Arbeitszeit von der Giftbrühe zu reinigen. Schon vor 3 Monaten hatten die Arbeiter ihre Forderung vorgetragen. Die Kampfentschlossenheit der Arbeiter hat dem Kapitalisten Roth nun keinen Ausweg mehr gelassen: Eine Woche nach dem Streik mußte er die Forderung erfüllen. An den anderen Abteilungen hat die kämpferische Aktion Zustimmung gefunden. Das müssen wir genauso machen, bei der Drecksarbeit ist eine bezahlte Waschzeit eine richtige Forderung."

John Deere, Mannheim Unterschriftensammlung für 50 Pfennig innerbetriebliche Lohnerhöhung

Mannheim. Bei John Deere wurde in der Kesselschmiede im Bau 47 in einer Abteilung mit einer Unterschriftensammlung für 50 Pfennig mehr in der Stunde für alle begonnen. Die John-Deere-Kapitalisten hatten auf die Forderung der Vertrauensleute von John Deere nach innerbetrieblicher Lohnerhöhung mit einem offenen Spaltungsmanöver reagiert: Sie haben ab 1. August innerbetrieblich die Löhne für die Zeitlöhner um 4,3 %, für die Akkordarbeiter um 1 % erhöht (siehe letzte KVZ). Dazu die Akkordarbeiter in der Kesselschmiede: „Die holen dauernd mehr aus uns raus, und jetzt meinen sie, mit lumpigen 1 %, mit 8 Pfennig könnten sie uns abspeisen? Das brauchen die gar nicht glauben. Bei den Zeitlöhnern auch nicht, da stehen doch die meisten mit 30 Pfennig auch schlecht da. Die 50 Pfennig, die sie nur für die höchste Lohngruppe im Zeitlohn zahlen, die brauchen wir alle. Mindestens!"

Antrag zum IG Chemie-Gewerkschaftstag: Ersatzlose Streichung des § 218!

An den Gewerkschaftstag der IG Chemie vom 19. bis 25. September in Hamburg hat die Bezirksdelegiertenkonferenz Nordrhein den folgenden Antrag gestellt:

„Der 10. Ordentliche Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik möge beschließen:

Wir unterstreichen unseren Protest gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Frage der Schwangerschaftsabbrechung und stellen fest, daß auch das neue Gesetz zum § 218, das am 2.12.1975 im Bundestag angenommen wurde, unzureichend ist.

Wir fordern weiter die ersatzlose Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch.

Ursprung des Antrages: Frauenausschuß der Verwaltungsstelle Köln.

Ältere Arbeitslose: Nur 10 %

Ältere Arbeitslose: Nur 10 % werden wieder eingestellt

Maximale Ausbeutung der Arbeitskräfte ist das Ziel der Kapitalisten. Wenn die Kapitalisten ältere Arbeiter und Angestellte entlassen, bekommen diese kaum noch einen Arbeitsplatz, von den 57- bis 58-jährigen werden nur noch 10 Prozent wieder eingestellt. (Handelsblatt, 2. 8.)

Üble Zeitverträge – die Horten-Kapitalisten nutzen die Arbeitslosigkeit

Gießen. Wie die Kapitalisten die Arbeitslosigkeit nutzen, um Arbeitskräfte billiger einzukaufen, sie völliger Rechtlosigkeit unterwerfen, dabei zugleich die Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge einsparen, berichtet die KVZ-Regionalbeilage Mittelhessen:

Freitag vorletzter Woche waren die Flure des Gießener Arbeitsamtes gefüllt von Bewerbern für Aushilfsarbeiten bei Horten. Ein Vertreter von Horten teilte die Einstellungsbedingungen mit. Es werden bloß befristete Zeitverträge abgeschlossen für die ersten Monate nach Eröffnung des Horten-Kaufhauses und für den Weihnachtsverkehr. Für den Verkauf werden Ganztagskräfte eingestellt, Halbtagskräfte für die Warenauszeichnung und Lagerarbeiten. Den Halbtagskräften wird die Arbeitszeit nach dem Bedarf der Horten-Kapitalisten diktiert. Es gibt keine festgelegte Arbeitszeit. Halbtagskräfte, die nicht mehr als 20 Stunden die Woche arbeiten, gelten offiziell noch als Arbeitslose, erhalten also noch Arbeitslosenunterstützung. Wenn sie länger arbeiten müssen, was wohl im Weihnachtsgeschäft zumindest der Fall sein wird, so wird die Arbeitslosenunterstützung gestrichen, und zusätzlich müssen sie dann noch ihre Sozialversicherung selber bezahlen, die bei einer Halbtagsbeschäftigung das Arbeitsamt trägt. Nach Berechnungen erhält ein Ganztagsbeschäftigter mit befristetem Arbeitsvertrag ganze 502 DM auf die Hand, während ein Halbtagsbeschäftigter mehr bekommt, weil er keine Sozialversicherung zahlen muß. Von seinem Lohn – 520 DM – werden 230 DM auf das Arbeitslosengeld angerechnet.

Die Pleite der SB-Kette „mehr wert"

Die Schinderei war bei „mehr wert" besonders groß Auf schrankenlose Expansion spekuliert

Die „mehr wert"-Pleite macht Schlagzeilen: „Einzelhandel erschüttert, größte Pleite im Einzelhandel seit dem Krieg" usw.

Von heute auf morgen sind 3 500 Angestellte arbeitslos. Die Großbanken sollen überrascht gewesen sein. Die Bilanzen sollen gefälscht worden sein. In Wirklichkeit war nichts überraschend.

Die rasche Ausdehnung der „mehr wert"-Ladenkette basierte auf einem besonders hohem Grad der Schweißauspressung der Lohnabhängigen: enorm große Verkaufsflächen, bis zu 28 000 qm pro Laden bei möglichst geringer Zahl der Arbeitskräfte, die Leistungsschraube wurde immer weiter angezogen, um Lohn zu sparen. Das hat sich für die Kapitalisten ausgezahlt. Gegenüber Horten, der z.B. pro Beschäftigtem inklusive Verwaltung usw. etwa 17 Quadratmeter hat, kommt „mehr wert" auf 58,5 Quadratmeter. Dem entspricht der Umsatz pro Kopf: bei Horten etwa 88 000 DM im Jahr, bei „mehr wert" etwa 271 429 DM im Jahr. (Berechnet nach Angaben der „Süddeutschen Zeitung", „Die Welt" und „Frankfurter Allgemeine Zeitung")

So wurden bei „mehr wert" in Hamburg im letzten Sommer die Aushilfskassiererinnen, meistens Schülerinnen, eingespart. Ihre Arbeit mußten die Vollzeitkassiererinnen mitmachen. Zusätzlich und ohne Lohnerhöhung. Dazu hat „mehr wert" die unbezahlte Arbeitszeit noch eine halbe Stunde ausgedehnt, indem die Türen eine Viertelstunde nach der Arbeitszeit geschlossen wurden und die Kassiererinnen dann noch die Kasse abrechnen mußten. Und die Löhne für diese Schinderei waren die niedrigsten: „Auffälliger als andere knauserten die ‚mehr wert'-Manager mit Lohn und Gehalt", schreibt der „Spiegel". Was das bedeutet, weiß man nur, wenn man die Löhne im Einzelhandel kennt. Es sind die niedrigsten von allen Branchen. Eine der dreißig Kassiererinnen erhielt laut „Bild" für viereinhalb Stunden tägliche Schwerarbeit 766 DM brutto.

Schrankenlose Expansion eingeplant

Das Konzept der „mehr wert"-Läden war von vornherein auf dauernde Expansion angelegt. Es mußte bei der kleinsten Stockung zum Zusammenbruch führen. Diese Stockung ist durch die Krise verursacht worden, in der die Kapitalisten die Löhne abbauten und die sich jetzt im Einzelhandel auswirkt. „Für die Nachfrage der Verbraucher die sich jetzt im Einzelhandel auswirkt. „Für die Nachfrage der Verbraucher gelten neue Daten. Eine wachsende Last von Steuern, Sozialabgaben und Gesundheitslasten schränkt das frei verfügbare Einkommen ein. Die Arbeitslosen mit ihrem immer geringeren Einkommen und die abnehmende Zahl von Gastarbeitern werden auch in den Kassen des Einzelhandels spürbar, besonders bei den Großbetrieben." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.8.76)

Kometengleich war der Aufstieg von „mehr wert": bei der Gründung mit 10 Millionen DM, drei Jahre danach 90 Millionen, dann 200, 329, 650 und 950 Millionen DM Umsatz. Auf diese ständige explosionsartige Ausdehnung haben die „mehr wert"-Besitzer gesetzt. Mit wenig Eigenkapital haben sie die Sache angekurbelt, Räume gemietet, Waren liefern lassen, fast nichts gehörte ihnen. Das Kalkül beruhte darauf, möglichst schnell die Ware umzuschlagen und dadurch alles am Laufen zu halten. Möglich war das nur mit Billigpreisen, die „mehr wert" den Ruf eines „Piraten des Wettbewerbs" und aggressiven Außenseiters gebracht haben. „Die Billigpreise waren aber nur bei riesigen Verkaufsflächen und wenig Personal möglich und die hauchdünnen Spannen machten das Ganze zur unheimlichen Gratwanderung." (Lebensmittelzeitung) Gleichzeitig wurde das Sortiment ausgeweitet, über Lebensmittel und Grundbedarfsartikel hinaus. Das verlangsamte die Umschlagsentwicklung der Waren und führte zur Stockung.

Spekulation geplatzt

Die bürgerliche Presse klagt: Ein Fürst und ein Graf büßten bei „mehr wert" 2,5 Millionen DM ein. Ein Häuflein von Spekulanten hat das Risiko falsch eingeschätzt. Aristokratische Nichtsnutze, Philipp Ernst Fürst zu Schaumburg-Lippe, Jakob Graf zu Eltz, Christiane Freifrau von und zu Guttenberg, ein Bankdirektor a.D., Zahnärzte, Rechtsanwälte und Kaufleute, insgesamt 80 Spekulanten wollten ganz schnell ans große Geld. Selbst hatten sie nicht viel, das meiste war von den Banken. Die Spekulanten befanden sich von vornherein an der Leine der Banken und diese kannten wahrscheinlich besser als ihre Kunden den Stand der Geschäfte. Als das Loch zu groß wurde und den Banken ernstliche Verluste drohten, haben sie „mehr wert" fallen gelassen. Es handelt sich um die „Rheinisch-Pfälzische Landesbank", die „Norddeutsche Landesbank", die „Industrie- und Handelsbank" Frankfurt, die „Mainzer Landesbank", vor allem „Deutsche Bank" und „Commerzbank", die zusammen mit der „Dresdner Bank" die Kaufhäuser kontrollieren. Die Versuche, „mehr wert" insgesamt zu verscherbeln, klappten nicht. Keiner mochte diesen Brocken. Offensichtlich ist im SB-Geschäft zuviel Kapital vorhanden. Es muß vernichtet werden, damit auf kleineren Verkaufsflächen und mit weniger Personal jetzt höhere Umsätze gemacht werden können. Die Kapitalisten streiten sich jetzt wie die Geier um die einzelnen Reste von „mehr wert".

Die Gefahren dieser Spekulation waren allen Beteiligten aber klar. Die Kommanditisten haben sich daher abgesichert und haften nur für ihre eigene Einlage. Der persönlich haftende Kommanditist selbst ist wieder eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, wo die Teilhaber wiederum nur für ihr eigenes Geld haften.

Gestärkt geht aus der Pleite das Finanzkapital hervor, das SB-Märkte, Warenhäuser, den Grundstücksmarkt usw. kontrolliert und die Pleite von Mehrwert entschlossen durchgezogen hat. Sie haben zwar einen Kunden verloren, sich dafür eines Konkurrenten entledigt. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" kommentiert die ganze Affäre mit: „Die Revolution im Einzelhandel frißt ihre eigenen Kinder." Die Vorgänge im Einzelhandel sind zwar Umwälzungen, aber nicht revolutionär. Sie stellen keinen gesellschaftlichen Fortschritt dar, sondern gerade die Fesselung der Produktivkräfte durch das Klasseninteresse der völlig parasitären verfaulenden Finanzbourgeoisie. Die Revolution wird nicht ihre Kinder fressen, sondern die Finanzbourgeoisie beseitigen. Und die ganze Kapitalistenklasse, die immer wieder die ganze Gesellschaft in Krieg und Krisen stürzt. Das wird ein großer gesellschaftlicher Fortschritt sein. – (Nach KVZ-Ortsbeilage Hamburg)

(Nach KVZ-Ortsbeilage Hamburg)



Hamburg. Bis zuletzt wurde die Pleite von „mehr wert" der Belegschaft verschwiegen. Nach der Pleite wurden die Türen dicht gemacht. Bild: Die Angestellten mußten vor der Hauptverwaltung in Hamburg Schlange stehen, als sie in den Betrieb wollten.

Bericht eines Angestellten von „mehr wert" Osnabrück

Einer mußte die Arbeit von zweien machen

Osnabrück. Vor zwei Jahren, als ich bei „mehr wert" anfing, waren wir noch über 353 Beschäftigte. Anfang 1975 wurde der ganze Betrieb durchrationalisiert. Es folgten mehrere Entlassungswellen. Zum Schluß waren wir noch 217. Die Arbeit, die vorher von drei Angestellten gemacht wurde, wurde jetzt von zwei oder von einem gemacht.

In der Lebensmittelabteilung arbeiteten 1974 18 Ganztagsbeschäftigte, 15 Halbtagsbeschäftigte und 10 an zwei Tagen in der Woche. 1976 waren 11 Ganztagsbeschäftigte, 6 Halbtagsbeschäftigte und 5, die nur an zwei Tagen in der Woche arbeiteten. Die Verkaufsfläche wurde um 20 Prozent erweitert. Und so war das auch in den anderen Abteilungen.

In der Abteilung, in der ich gearbeitet habe, waren wir zwei Angestellte, früher vier. Um acht Uhr dreißig fängt meine Arbeitszeit an. Bis neun Uhr dreißig mußte ich alle Aufräumarbeiten erledigt haben, weil dann der Laden eröffnet wird. Nach Ladeneröffnung kommen die Lieferanten. Das bedeutet, daß ich oft keine Frühstückspause machen konnte, da die Waren abgeladen und eingeräumt werden mußten. Wenn ich trotzdem meine Frühstückspause machte, passierte es oft, daß ich mit der Rundsprechanlage ausgerufen wurde, die auch auf den Toiletten zu hören ist. Dann mußte ich sofort an meinen Arbeitsplatz zurückkehren.

Vor zwei Wochen war es zum Beispiel so, daß morgens viele Waren kamen. Ich konnte die Arbeit überhaupt nicht bewältigen. Meine Frühstückspause und sogar die Mittagspause hatte ich schon durchgearbeitet. Nachmittags rief ich den Abteilungsleiter an, damit ich eine Hilfe bekäme. Er sagte nur, daß das meine Sache wäre. Ich hätte gefälligst schneller arbeiten sollen.

Die Weihnachtsgeldregelung diente dazu, auch die Kranken an die Arbeit zu treiben. Es gab da folgende Regelung: Kein Fehltag – 75 Prozent vom Lohn. Bis 6 Fehltage – 60 Prozent vom Lohn. Über 6 Fehltage – 50 Prozent vom Lohn. Das hatte zur Folge, daß viele Angestellte auch zur Arbeit kamen, wenn sie z.B. Fieber hatten, weil sie auf das Geld angewiesen waren. Jetzt, nachdem „mehr wert" Pleite gemacht hat, wissen wir nicht, wie es weitergehen soll. Da es in Osnabrück schon 200 arbeitslose Einzelhandelsbeschäftigte gibt, werden wir mit Sicherheit keinen neuen Arbeitsplatz finden.

Forderungen zu den Anhängen des Manteltarifs in der Druckindustrie

Der steigenden Ausbeutung Schranken setzen!

Stuttgart. In der KVZ Nr. 31/76 wurde über die Kündigung der Anhänge zum Manteltarifvertrag in der Druckindustrie berichtet. Darüberhinaus wurde richtig aufgezeigt, wie dringend notwendig es ist, tarifvertraglich abgesicherte Vereinbarungen zu erkämpfen, die der Gier der Kapitalisten nach verstärkter Auspressung der Arbeitskraft Schranken setzen. Denn die gültigen Vereinbarungen über unsere Arbeitsbedingungen in den Druckbetrieben sind fast alle ungeeignet als Waffen gegen die von den Kapitalisten bis zur Kunstfertigkeit entwickelten Schweißauspressungsmethoden.

Das zeigt sich beispielsweise an der Vierfarb-Offsetrotation bei der Südwestdeutschen Rollenoffset GmbH, einem Teilbetrieb im Druckzentrum Stuttgart-Möhringen.

Im Anhang C des Manteltarifvertrages unter dem Stichwort „Rollenoffsetmaschinen" findet man dort die Vereinbarung:

„b) Rollenoffsetmaschinen mit 4 Doppeldruckwerken werden von zwei Druckern bedient. (...)

d) Bei Erschwernissen, die sich für die Maschinenbesetzung aus der besonderen Konstruktion, aus der Ausstattung der Maschine oder aus dem technischen Ablauf der Produktion ergeben, ist von den Richtlinien nach oben abzuweichen. Als Erschwernisse gelten zum Beispiel: Einsatz eines zweiten Falzapparates; Druckwerkkonstruktionen über mehr als zwei Ebenen; Kombinationen von Reihen- und Satellitendruckwerken."

Im Unterpunkt e) findet man abschließend die Bestimmung, daß „bei 1 bis 4 Doppeldruckwerken zwei Hilfskräfte" zu beschäftigen sind und für die Papierbeschickung der Maschine das „erforderliche" Hilfspersonal bereitzustellen ist.

Darin erschöpft sich der „Anhang" im wesentlichen, und damit hängt er uns wie ein Klotz am Hals, statt unsere Arbeitskraft vor vorzeitigem Verschleiß durch die Kapitalisten zu schützen. Denn nach den Bestimmungen dieses „Anhangs" können sich die Druckzentrumskapitalisten als Wächter über tarifvertragliche Vereinbarungen aufspielen, wenn sie die mit 4 Doppeldruckwerken ausgestattete Rotation mit 2 Druckern und 3 Hilfsarbeitern besetzen. Von den beispielhaft angeführten „Erschwernissen" kommt kein einziges zur Geltung.

Keine „Erschwernis" ist es nämlich demzufolge für den Drucker, wenn statt 8 Seiten pro Zylinder auf der alten Maschine jetzt 16 Seiten beim Einrichten und im Fortdruck zu kontrollieren sind; keine „Erschwernis" ist dann darin zu sehen, wenn die beiden Hilfsarbeiter am Ausfang statt zuvor 10 000 jetzt 20 000 Zeitschriften pro Stunde palettieren müssen, und von „Erschwernis" kann auch nicht die Rede sein, wenn die Papierrollen am Rollenstern jetzt in der halben Zeit ausgewechselt werden müssen.

Die Folgen solcher Vereinbarungen, die uns vor ungeheuer gesteigerter Ausbeutung nicht schützen, bekommen Drucker und Hilfsarbeiter an der Rotation mit aller Grausamkeit zu spüren. Seit ca. 3 Monaten läuft die Maschine auf Hochtouren, nachdem sie Anfang des Jahres installiert wurde. In diesen drei Monaten gab es bereits vier Arbeitsunfälle, darunter zwei schwere Unfälle, die die betroffenen Kollegen zu Teilinvaliden machten. Bei der gegenwärtigen 10-Stunden-Schicht (zuvor mehrere Wochen 12 Stunden, was die Kapitalisten unter dem Druck der Arbeiter wieder zurücknehmen mußten) hat jeder Arbeiter nach sechs bis sieben Arbeitsstunden den Zustand völliger geistiger und körperlicher Erschöpfung erreicht und die geringste Unachtsamkeit genügt, schon bist du zwischen den Walzen.

„Ja, die Arbeit an dieser Maschine ist eben gefährlich, man muß schon aufpassen," höhnt das Aufseherpack. Nein, nicht die Maschine ist gefährlich für den Arbeiter, sondern die Kapitalisten, die über die Maschinen verfügen und den Arbeitern die Bedingungen diktieren, unter denen sie an diesen Maschinen arbeiten müssen. Und bis wir in der Lage sind, diese „Gefahr" ein für alle mal zum Teufel zu jagen, müssen wir tariflich fixierte Arbeitsbedingungen erkämpfen, die ihrer unersättlichen Gier nach steigender Auspressung von Mehrarbeit Schranken setzt. Für die Offsetrotation muß das heißen: Koppelung der Belegschaftsgröße an die Tourenzahl der Rotation und an die Zylindergröße; 3 Drucker und 3 Hilfsarbeiter am Ausfang sowie 2 Hilfsarbeiter am Rollenstern bei 32 Nutzen und mehr als 15 000 Exemplaren pro Stunde. – (h., Ortsgruppe Stuttgart)

Während die Lohnarbeit im öffentlichen Dienst immer schärfer ausgepreßt wird, schaffen die Bourgeois immer sattere Beamtenpfründen für sich selber. Das Neueste:

„Politische Beamte", das heißt solche Bourgeois, die als Ministerialräte, Staatssekretäre usw. nicht auf Lebenszeit eingekauft werden, sondern, weil sie Parteifunktionen erfüllen, von einem Tag auf den anderen kündbar sind, werden in Zukunft **volle 75 Prozent ihrer Bezüge für volle fünf Jahre** in den „einstweiligen Ruhestand" nachgezahlt erhalten.

Dabei spielt die bisherige Dienstzeit keine Rolle, und die fünf Jahre werden auf die Pensionsberechtigung angerechnet.

Die Bourgeoisie läßt keinen der ihren fallen, es sei denn weich.

Der Vorsitzende der **kommunalen Arbeitgeberverbände**, der Wuppertaler Oberstadtdirektor Krummsiek, äußerte gegenüber dpa, daß er sich dem Kluncker-Wort, daß das **„Tarifklima rauher werden kann"**, anschließt. Außerdem behauptet Krummsiek, daß der offene Tarifvertrag über das Urlaubsgeld keinerlei Einfluß auf die Friedenspflicht der ÖTV habe.

Die ÖTV hat laut Presse den **Schlichtungsvertrag gekündigt**. Dazu waren die Sozialdemokraten aus formalen Gründen genötigt, da durch Beschluß des Gewerkschaftstages die Verhandlungsgemeinschaft mit der DAG aufgelöst wird, der Schlichtungsvertrag aber von dieser Verhandlungsgemeinschaft ausgeht.

Die Sozialdemokraten haben auf dem Gewerkschaftstag klarstellen lassen, daß sie **gegen eine ersatzlose Kündigung** dieses Schlichtungsabkommens, wie sie von der Mitgliedschaft gefordert wird, sind. Jetzt besteht die interessante Lage, daß die Sozialdemokraten in der ÖTV darauf angewiesen sind, daß ihre Parteigenossen in der Regierung nicht die Gelegenheit benutzen, um ein noch schamloseres Schlichtungsabkommen von der ÖTV zu erpressen.

Falls sich die Verhandlungen über das neue Schlichtungsabkommen festrennen, werden die Mitglieder wissen, was zu tun ist.

Eine Legitimation für ein schlechteres Schlichtungsabkommen kann auch der ÖTV-Hauptvorstand nicht aus dem Gewerkschaftstagsprotokollen herauslesen.

„In aller Stille" gehen die „Arbeiten" an den **Rationalisierungsplänen für die Bundesbahn** weiter. Diese „Stille" ist erforderlich, denn „*dabei will man zum Beispiel wissen, ob es möglich ist, auf bestimmten Strecken den Personenverkehr einzustellen, den Güterverkehr aber aufrechtzuerhalten. Wenn die Bundestagswahl lange herum ist, etwa im Frühjahr 1977, werden alle erforderlichen Ergebnisse für eine Entscheidungsfindung vorliegen.*" (Die Welt)

Erich Frister, Schulrat im einstweiligen Ruhestand und Vorsitzender der GEW, hat einen Artikel **„Bonzen und Basis"** veröffentlicht (Erziehung und Wissenschaft 8/76). Darin heißt es unter vielem

Alles in allem: Die Spannung zwischen

anderem:

„*Alles in allem: Die Spannung zwischen Basis und Zentrale ist unaufhebbar.*"

Der Hintergrund dieses Beamtengeschwätzes: Die Landesvertreterversammlung der GEW in Westberlin hat bisher nicht mit der erforderlichen Dreiviertelmehrheit die Bundessatzung der GEW anerkannt, die es dem Hauptvorstand erlaubt, unter Rückgriff auf die Unvereinbarkeitsbeschlüsse eine **umfassende politische Zensur** über die GEW zu verhängen.

Nächste Woche wird das wiederum versucht. Frister:

„*Das Hauptmotiv bei denjenigen Delegierten in Berlin, die nicht zustimmen wollen, liegt in den Unvereinbarkeitsbeschlüssen des DGB.*"

Jedoch:

„*... gilt dieses Motiv sicher nur für eine ganz kleine Gruppe in der Berliner Vertreterversammlung, die nicht in der Lage ist, die erfolgreiche Abstimmung zu verhindern. Gewichtiger und ernst zu nehmen sind die Sorgen anderer Delegierter, die mit der Anerkennung des Vorrangs der (Bundes-)Satzung der GEW eine demokratische, die Gewerkschaft lähmende Zentralisierung befürchten.*"

Daß Frister hier die Durchsetzung seiner General-Zensur- und Ausschlußklausel als eine demokratische Zentralisierung ausgibt, ist die eine Seite.

Die andere ist, daß dieser schmierige Karrieremacher versucht, die Spontaneisten einzufangen, indem er ihnen vorhält, was tatsächlich wahr ist, daß keine Satzung der Welt die „Spannung" zwischen einer bürgerlichen reaktionären Zentrale und einer politisch fortschrittlichen Basis aufheben kann.

Es stellt sich bei diesen Leuten als *mildeste* aller denkbaren Bonzen an.

ÖTV-Demonstration gegen Plünderungsprogramm gefordert

Westberlin. Der ÖTV-Vertrauensleutekörper im Bezirksamt Wilmersdorf hat in einer Resolution den ÖTV-Vorstand aufgefordert, eine Demonstration gegen das Plünderungsprogramm des Westberliner Senats durchzuführen. Geplant sind weitere drastische Tarif- und Gebührenerhöhungen für die nächste Zeit.

GEW Hessen

Die Lehrer bereiten Urabstimmung und Streik vor

Frankfurt. Gegen die Maßnahmen des staatlichen Dienstherrn, die Arbeitsbedingungen der Lehrer zu verschlechtern, bereiten die Lehrer in Hessen Kampfschritte vor: Streikvorbereitungen gegen die Arbeitszeitverlängerung und die Zweidrittelstellen, zu deren Annahme die neueingestellten Lehrer gezwungen werden. Zusätzlich zu der bisherigen Arbeitszeitverlängerung droht der Dienstherr jetzt mit Erhöhung der Pflichtstundenzahl. In einer Anordnung des Regierungspräsidiums Darmstadt vom 12. August, „Unterrichtsversorgung der Schulen im Schuljahr 76/77", heißt es: „Auf die Möglichkeit einer vorübergehenden Erhöhung der Pflichtstunden um bis zu 2 Wochenstunden ... weise ich hin." „Darüberhinaus kann erforderlichenfalls Mehrarbeit angeordnet werden."

Bereits im vergangenen Schuljahr ist durch die GEW Hessen eine Front zur Durchführung von Urabstimmung und Streik aufgebaut worden. Zahlreiche Mitgliederversammlungen, eine zentrale Demonstration von 5 000 Lehrern in der Landeshauptstadt Wiesbaden am 3. Juni haben die Kampfentschlossenheit dokumentiert. Dies ist nicht abgerissen. Am 11. August tagte der Hauptausschuß der GEW Hessen und ihm lagen Anträge aus verschiedenen Kreisverbänden zur sofortigen Einleitung von Urabstimmung und Streik vor.

Die sozialdemokratische Staatsfraktion im Hauptausschuß versuchte, den Kampf zu hintertreiben. Die Mitglieder seien noch nicht so weit, die Urabstimmung werde nicht die erforderlichen 75 Prozent finden, eine verlorene Urabstimmung sei sehr schädlich usw.

Frister: Ein Streik der Beamten schadet der SPD

Um sich für eine entsprechende Argumentation den Rücken zu stärken, war der sozialdemokratische Bundesvorsitzende der GEW Frister eingeladen. Dieser kam dann auch rundweg zur Sache: Man muß die gesamte gesellschaftliche Entwicklung betrachten und nicht nur die eigenen Interessen sehen, führte er aus. Es seien jetzt bald Bundestagswahlen; ein Beamtenstreik in einem sozialdemokratisch regierten Land schade der SPD. Er sagte dann, er werde im Hauptvorstand, der den Urabstimmungsantrag des Hauptausschusses genehmigen muß, erklären, die hessischen Lehrer seien nicht streikbereit.

Die Mehrheit des Hauptausschusses hat dann beschlossen, eine erneute außerordentliche Hauptausschußsitzung auf den 10. September zu legen. Bis dahin könne man wissen, was die Mitglieder wollen. Festgestellt werden soll dies mit einer „repräsentativen Umfrage" des Landesvorstandes. Gefragt werden die GEW-Mitglieder verschiedener Kreise, ob sie bereit wären, gegen die Maßnahmen des Dienstherrn zu streiken. Der Landesvorstand hofft auf eine geringe Beteiligung. Die Mitglieder in vielen Schulgruppen haben aber die Umfrage bisher schon kollektiv durchgeführt. Sie wissen zudem, daß dies allein die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer nicht drükken wird. Sie vertrauen auf die eigene Kraft. Sie führen selbständige Aktionen durch und legen ihre GEW-Körperschaften fest auf Urabstimmung und Streik fest.

„Wir sind streikbereit"

Am Montag, dem 16. August, führten 60 Lehrer aus zehn Frankfurter Schulen einen Autokorso durch die ganze Stadt durch. Sie befestigten an ihren Autos Streiklosungen und führten vor dem hessischen Rundfunk eine Abschlußkundgebung durch. Einstimmig wurde eine Presseerklärung verabschiedet, in der u.a. erklärt wird:

„Die Versammelten sind der Auffassung, daß ein Streik das richtige Mittel zur Durchsetzung unserer Interessen ist."



Frankfurt. Am 16. August demonstrierten 80 Lehrer mit einem Autokorso gegen die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen und erklärten ihre Streikbereitschaft.

Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) Westberlin

Jeden Monat 40 000 Rentenanträge zusätzlich zu bearbeiten

Westberlin. Seit Bestehen der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) gibt es hier einen Prozeß der ständigen Ersetzung von menschlicher Arbeit durch Maschinen und verstärkter Auspressung der Arbeitskraft. Voraussetzung dafür war die Schaffung einheitlicher Versicherungsnummern, die, 1964 durch ein Gesetz gefordert, von diesem Zeitpunkt an zügig eingerichtet wurden, was heute weitgehend abgeschlossen ist. Was noch nicht abgeschlossen ist, das ist die Umstellung aller Daten auf die Automation.

Im Mai letzten Jahres wurden in den Leistungsabteilungen (Rentenbewilligung und ihre Vorermittlung) über einen Zeitraum von 19 Tagen umfangreiche Auslastungsuntersuchungen durchgeführt.

Überprüft wurde die Anzahl der pro Tag erledigten Akten, wie lange bestimmte Arbeitsabläufe dauern, wieviele Pausen eingelegt werden und ihr zeitliches Ausmaß, ja sogar, wieviel private und dienstliche Telefonate geführt werden.

Das zu einem Zeitpunkt, in dem die Arbeitsbelastung in der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte beständig erhöht wurde: 40 000 Rentenneuanträge und 100 000 Kontenklärungsanträge kamen zu den bereits vorhandenen jeden Monat hinzu.

Am Jahresende 1975 wurde die Arbeitshetze durch das Auslaufen der Antragsfrist für die Nachentrichtung von freiwilligen Beträgen durch über eine Million Anträge enorm verschärft.

Um die weiteren Ziele der Verwaltung anschaulich zu machen, seien hier nur die neuen Projekte aufgeführt. Es sollen in Zukunft in den Leistungsdezernaten durch die Erweiterung des Computerprogramms Schreibkräfte eingespart werden. Man braucht kein großer Rechner zu sein, um zu sehen, daß dort die Arbeitshetze weiter gesteigert werden wird und die Verwaltung damit den Boden bereiten will für weitere Freisetzungen.

Die Verwaltung vertritt die Meinung, daß ein Computer rund um die Uhr ausgelastet werden muß, weil die Anschaffung und Wartung teuer ist. Für die Arbeiter und Angestellten bedeuten innerhalb des kapitalistischen Systems alle Mittel zur Entwicklung der Produktion auch im öffentlichen Dienst nur zusätzliche Mittel zu der verstärkten Auspressung der Arbeitskraft. "Dem Personalrat liegen Sammeleingaben zur Arbeitssituation in den Versicherungsräten, von Mitarbeitern aus insgesamt 12 Dezernaten vor." (Aus: Personalrats-Information Nr. 3/1976) Darin kommt zum Ausdruck, daß die Kollegen die Intensivierung der Arbeit nicht länger hinnehmen wollen und die Geschäftsführung auffordern, für Entlastung zu sorgen. – (w., Zelle Bundesversicherungsanstalt für Angestellte)

Hessen

Weitere Bespitzelungsverordnung

Das kürzlich verabschiedete Verfassungsschutzgesetz von Niedersachsen schreibt den Beschäftigten im öffentlichen Dienst vor, umfangreiche Spitzel- und Denunziantentätigkeiten durchzuführen und dem Verfassungsschutz beständig „Amtshilfe" zu leisten. Ähnliche Vorschriften werden, soweit sie noch nicht bestehen, in allen Bundesländern erlassen.

Frankfurt. Unter dem Titel „Berichtspflicht der Dienststellen" hat der hessische Innenminister im Juli eine Vorschrift erlassen. Es heißt da, „über alle besonderen Vorkommnisse, die voraussichtlich ein überregionales Interesse der Öffentlichkeit erregen ... ist dem zuständigen Minister unverzüglich zu berichten". Berichten müssen die Dienststellen, an denen die „besonderen Vorkommnisse" geschehen. Aber auch „unzuständige Dienststellen, die Kenntnis von solchen Vorkommnissen erhalten", müssen berichten. Berichtet werden soll, „was, wann, wo und wie geschehen oder zu erwarten ist". Der Bericht soll telefonisch oder mit Fernschreiber durchgegeben werden. „Es können die bei der nächstliegenden Dienststelle der Polizei vorhandenen Fernschreibeinrichtungen in Anspruch genommen werden. Weiter heißt es: „Außerhalb der üblichen Dienststunden ist der Bericht der nächstliegenden Dienststelle der Vollzugspolizei zur sofortigen Weitergabe an das polizeiliche Lagezentrum im Innenministerium zuzuleiten."

Mit der Verpflichtung jeder Dienststelle, „Besonderes" zu berichten, was geschehen ist und was voraussichtlich geschieht, wird der staatliche Kontroll- und Schnüffelapparat weiter ausgebaut. Jeder Leiter eines Jugendclubs soll jetzt die Debatten der Jugendlichen ausspähen, denn schon oft haben sie zu „besonderen Vorkommnissen" im Kampf um die Selbstverwaltung geführt. Jeder Abteilungsleiter in den Behörden soll jetzt eifrig die Gespräche der Kollegen in den Tarifrunden ablauschen, denn auch hier hat es Beschlüsse und Aktionen gegeben, die „überregionales Interesse" ausgelöst haben. – (k)

Meldungen

Hamburg: Arbeitslose Lehrer demonstrierten vor der Schulbehörde

Hamburg. Drei Tage lang demonstrierten in der vergangenen Woche arbeitslose Lehrer vor der Hamburger Schulbehörde. Das war auf einer Aktionsbesprechung beschlossen worden, zu der die GEW-Betriebsgruppe arbeitslose Lehrer aufgerufen hatte. Der GEW-Vorstand, Juso/DKP-Mehrheit, verbot, die Aktion als GEW-Aktion durchzuführen. Die Gründe für die Aktion waren: Bis Schuljahresbeginn gab es in Hamburg über 1 300 arbeitslose Lehrer mit 1. oder 2. Staatsexamen. Die Schulbehörde erzwang Einstellungsverträge, die auf ein halbes Jahr befristet waren bei völliger Rechtlosigkeit und niedrigerem Lohn. Jetzt sollten hundert Lehrer für Löhne arbeiten, die zum Teil unter der Arbeitslosenhilfe liegen. Bei Nichtannahme wurde mit Sperrung der Arbeitslosenhilfe gedroht. An der Aktion vor der Schulbehörde nahmen insgesamt hundert Lehrer teil. Vor ÖTV Flugblättern wurden verteilt. In Reden wurden die Versuche des Senats verurteilt, die Beschäftigten zu entrechten. Die Lehrer forderten die Einstellung aller Lehrer und griffen u.a. die Tutorenregelung durch das Notensystem an. Im Hintergrund standen Polizeiwagen. Die Polizei wagte es aber nicht, einzugreifen.

Viele Solidaritätsadressen und Resolutionen trafen ein, in denen sich die Kampfbereitschaft ausdrückte. Die Eltern von vier verschiedenen Tutorengruppen einer Gesamtschule, eine Schulklasse, acht GEW-Betriebsgruppen, drei Kreisvertrauensleutekörper der GEW, sieben Hauptseminare des Studienseminars und vier Versammlungen von Referendaren unterstützten die Aktion und spendeten etwa 500 DM für die Kosten des Kampfes.

Gewerkschaftsmitglieder fordern: Die Auflösung der HBV-Fachgruppe muß rückgängig gemacht werden!

Heidelberg. Ende Juli hat der Ortsvorstand der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen die Auflösung der Fachgruppe Buchhandel und Verlage beschlossen. Dagegen haben die Mitglieder protestiert und die Rücknahme des Beschlusses gefordert. Gegen die Vorwürfe in dem Auflösungsbeschluß, „berufs- und tarifpolitische Fragen treten bei der Fachgruppe in den Hintergrund", und „die Fachgruppe beschäftigt sich mit Themen, die kein Bestandteil der Fachgruppenarbeit sind", stellt der ehemalige Fachgruppenvorstand ist: „Flugblätteraktionen vor den Buchhandlungen und Verlagen, Resolutionen für die Festgeldforderung in Höhe von 160 DM aus den Betrieben haben zu einer Stärkung der Einheit der Fachgruppenmitglieder geführt und gleichzeitig der Fachgruppe neue aktive Mitglieder zugeführt. (...)

Die Mitglieder der Fachgruppe

Die Mitglieder der Fachgruppe haben die spanische Arbeiterbewegung auf die Tagesordnung gesetzt, weil sie es für richtig halten, daß der Kampf der spanischen Arbeiter ... von allen Arbeitnehmern in den Gewerkschaften unterstützt werden muß ... Die Mitglieder haben sich u.a. mit dem § 218 befaßt und dessen Abschaffung gefordert ... Gegen die Fahrpreiserhöhung bei der Heidelberger Straßenbahn wurde von der Fachgruppe im letzten Jahr eine Resolution einstimmig verabschiedet ... Wir fordern den Ortsvorstand auf, die Auflösung der Fachgruppe im Interesse ihrer Mitglieder sofort zurückzunehmen."

In Protesterklärungen haben die Gewerkschaftsmitglieder verschiedener Verlage und Buchhandlungen die Rücknahme des Auflösungsbeschlusses gefordert.

ÖTV-Betriebsgruppe führte Sammlung für die ZANU durch

Frankfurt. Die ÖTV-Betriebsgruppe des Gemeinschaftswerks der Evangelischen Publizistik hatte beschlossen, daß die Betriebsgruppe einen Aufruf an die Belegschaft verfaßt, den bewaffneten Kampf des Volkes von Zimbabwe zu unterstützen. Der Aufruf unterstützt den gerechten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe und die Losung, unter der er von der ZANU geführt wird: Wir sind unsere eigenen Befreier! Mit dem Aufruf der Betriebsgruppe war eine Sammlung für die ZANU verbunden. Er war ein Erfolg. Fast alle Angestellten haben gespendet, und es sind 119,72 DM gesammelt worden bei einer Belegschaft von 80 und während der Urlaubszeit. Auf Beschluß der ÖTV-Betriebsgruppe berichtete ein Vertreter auf der Frankfurter Veranstaltung der ZANU-Delegation unter Leitung des Genossen Tekere über die Tätigkeit der Betriebsgruppe.

Der ZANU-Lastwagen fuhr durch die Abteilungen als Spendenbüchse

Bremen. Zwei Wochen lang fuhr ein 50 Zentimeter hoher Lastwagen, in den Farben der ZANU und mit einem erklärenden Flugblatt, als übergroße Spendenbüchse für den Befreiungskampf in Zimbabwe durch die Abteilungen der Universitätsverwaltung in Bremen. Von der Zelle des KBW ausgeschmückt und in Gang gesetzt, wurde er von den Beschäftigten selbst von Abteilung zu Abteilung gefahren. Rund 70 Arbeiter und Angestellte spendeten 157 DM.

Registrierung für den Arbeitsdienst

„Eine gute Idee"

Der Bundesrat hat auf seiner letzten Sitzung einem Gesetz zur Änderung des Bundeskindergeldgesetzes und des Rechts zur gesetzlichen Krankenversicherung zugestimmt. Ab 1. September sollen Jugendliche, die nach dem Verlassen der Schule keine Lehrstelle, keinen Studienplatz oder keinen Arbeitsplatz bekommen, Anspruch auf Kindergeld haben, auch wenn sie das 18. Lebensjahr vollendet haben. Das gilt nur für diejenigen, die kein Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe bekommen. Die Jugendlichen müssen beim Arbeitsamt für „die Arbeitsvermittlung jederzeit zur Verfügung stehen".

Das Gesetz ist eine Reaktion der herrschenden Klasse und ihres Staates auf die wachsende Verelendung von Teilen der Arbeiterklasse und gleichzeitig ein Instrument, diese Verelendung weiter voranzutreiben. Wer als Arbeitsloser nicht anerkannt wird, sind diejenigen Jugendlichen, die nach der Schule keine Lehrstelle bekommen. Folglich tauchen sie auch nicht in den offiziellen Statistiken auf. Die bürgerliche Presse läßt manchmal raus, was mit diesen Jugendlichen geschieht. Sie werden in eine Form von Arbeitsdienst gepreßt: „Wie soll man die nur so schnell in den Arbeitsprozeß einreihen. Aber die Zahl der Jugendlichen wäre größer, würden nicht 500 von ihnen umgeschult oder auf dem Friedhof oder in unseren Anlagen mit Gartenarbeit oder ähnlichen Arbeiten beschäftigt. Übrigens eine gute Idee, ein nicht zu unterschätzender psychologischer Effekt." (Rheinische Post)

Das Arbeitsamt ist Bespitzelungs- und Disziplinierungsinstrument für die Jugendlichen. Als Bestandteil der industriellen Reservearmee sollen die Jugendlichen unter Kontrolle gehalten werden, zum anderen jederzeit verfügbar sein „für die Arbeitsvermittlung". Heißen kann das billige Arbeitskraft in den Fabriken der Kapitalisten oder Friedhofsarbeit und Unkrautrupfen für wenige Groschen. Nichts anderes ist auch mit der Auflage bei der Inanspruchnahme von Kindergeld für Arbeitslose über 18 gemeint, die nur dann erteilt wird, wenn gleichzeitig die Registrierung beim Arbeitsamt erfolgt. Das Gesetz hat noch eine andere Funktion als Verstärkung der Kontrolle und Schikane der Jugend der arbeitenden Klassen.

Unter dem Deckmantel, das Elend der Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen, schafft der Staat weitere Bedingungen zur Verschlechterung der Reproduktionsbedingungen der werktätigen Massen. Denn mit dem Kindergeld kann man keinen Jugendlichen ernähren, kleiden, Wohnung verschaffen und sonstige Bedürfnisse befriedigen. So muß das vom Lohn der Eltern erledigt werden, was die Reproduktionsbedingungen der ganzen Familie verschlechtert.

Der Situation: entweder Arbeitslosigkeit oder Arbeitsdienst wird die Arbeiterklasse und werden ihre Klassenorganisationen, die Gewerkschaften, die Forderung nach Anerkennung der Jugendlichen, die keine Arbeit finden, als Arbeitslose und nach Arbeitslosengeld für Jugendliche wenigstens in Höhe von 60 Prozent des durchschnittlichen Facharbeiterlohns entgegensetzen müssen. Auf dem Weg zur Zerschlagung der kapitalistischen Ausbeuterordnung muß der Kampf gegen die staatliche Bevormundung der Arbeiterklasse und des Volkes über die Arbeitsämter bekämpft werden durch die Umwandlung der Arbeitsämter aus staatlichen Einrichtungen in Einrichtungen, die von Lohnabhängigen allein verwaltet und aus dem Versicherungsfonds unterhalten werden, der ausschließlich von den Kapitalisten bestritten wird. – (j.k.)

Hausverbot für 3 Schulsprecher in der Berufsschule

Emmendingen. An der Gewerbeschule Emmendingen fand vor den Ferien eine Kundgebung gegen die Versetzung der Vertrauenslehrerin Blumentritt statt (Bericht in der KVZ). Dabei wurden der zweite Schulsprecher Thomas Kneer und der Klassensprecher Klaus Ludwig von der Polizei verhaftet. Bis Ende der Ferien wurde daraufhin von der Schulleitung ein Hausverbot gegen sie verhängt. Dieses Hausverbot ist nun auf unbefristete Zeit verlängert und auf den ersten Schulsprecher Dieter Franki ausgedehnt worden. Begründung: „Herr Dieter Franki und seine KBW-Gruppe" hätten erneute Anwendung von Gewalt angedroht. Unter Gewaltandrohung versteht der Direktor der Gewerbeschule die Ankündigung der Schüler, sich diese Disziplinierung nicht gefallen zu lassen.

Sonntagsarbeit für Jugendliche an städtischen Kliniken

Darmstadt. Ab sofort müssen in den Städtischen Kliniken Krankenpflegeschüler und -schülerinnen, die noch nicht 18 Jahre alt sind, an Sonntagen arbeiten. Grundlage für diese Regelung ist das neue Jugendarbeitsschutzgesetz, daß Ausnahmen vom Sonntagsarbeitsverbot für Jugendliche in „besonderen Fällen" möglich sind. Der „Sonderfall" in der Klinik: Personalmangel durch Stellenkürzungen und dadurch ein „Notfall", der Jugendarbeit erfordert.

Eine Elternsprecherin berichtet

Nach Meinung der Schulaufsicht: Für Eltern nichts zu entscheiden

Mannheim. In Baden-Württemberg ist bei Schuljahresbeginn ein neues Schulgesetz in Kraft. Sein Kern: die Aufweichung der Schulpflicht, um die jugendliche Arbeitskraft früher in den Fabriken verschleißen zu können. „Die oberste Schulaufsichtsbehörde kann feststellen, daß durch den Besuch bestimmter Bildungsgänge die Berufsschulpflicht ganz oder teilweise erfüllt oder damit vorzeitig beendet ist." (§ 81 Schulgesetz) Ausweitung der staatlichen Schulaufsicht verstärkt den Griff des Kapitals auf die Jugend der arbeitenden Klassen. Eltern wie Schüler werden entrechtet, die Sprecher der Eltern aus der Gesamtkonferenz ausgeschlossen. Wir geben im folgenden Auszüge aus einem Interview wieder, das in Mannheim eine Elternsprecherin der Ortsbeilage der KVZ gegeben hat.

„Ich will zunächst einmal von meinen Erfahrungen mit den Rechten der Eltern sprechen, die ich im letzten Jahr als Elternvertreterin einer 1. Klasse an der Uhland-Schule gemacht habe. Eine Elternvertretung soll doch die Interessen der Eltern vertreten, nicht wahr? Davon gingen wir aus, als wir uns zum ersten Mal als Eltern zu einem Elternabend zusammenfanden. Da hieß es gleich: Jetzt können Sie eine Elternvertretung wählen, das ist Ihr Recht. Wir empfanden das als demokratisches Geschwätz und sagten: Was bringt uns ein Elternvertreter, von dem wir nicht wissen, ob er unsere Interessen vertritt? Anstatt uns dem Beschluß zu fügen, von dem die Lehrerin sprach, formulierten wir einen Brief an das Oberschulamt und die Rektorin, in dem wir begründeten, warum wir erst nach zwei weiteren Elternabenden eine Elternvertretung wählen wollten. Die Lehrerin stand auf unserer Seite. Alle Eltern haben unterschrieben. Auf dem nächsten Elternabend rückte die Rektorin an und versuchte uns einzuschüchtern: Das ist ein Beschluß, und so muß es gemacht werden!

Ein Vater betonte noch einmal, daß wir wissen wollten, welche Interessen unser Vertreter vertritt. Darauf meinte die Rektorin: Was wollen Sie denn? Das ist doch bei den großen Wahlen auch nicht anders. Da wählen Sie doch auch jemand, von dem Sie zunächst nur glauben, daß er Ihre Interessen vertritt, darauf muß man eben vertrauen.

Die Eltern haben dann schließlich unter der Bedingung zwei Eltern gewählt, daß sie jederzeit wieder abgewählt werden können.

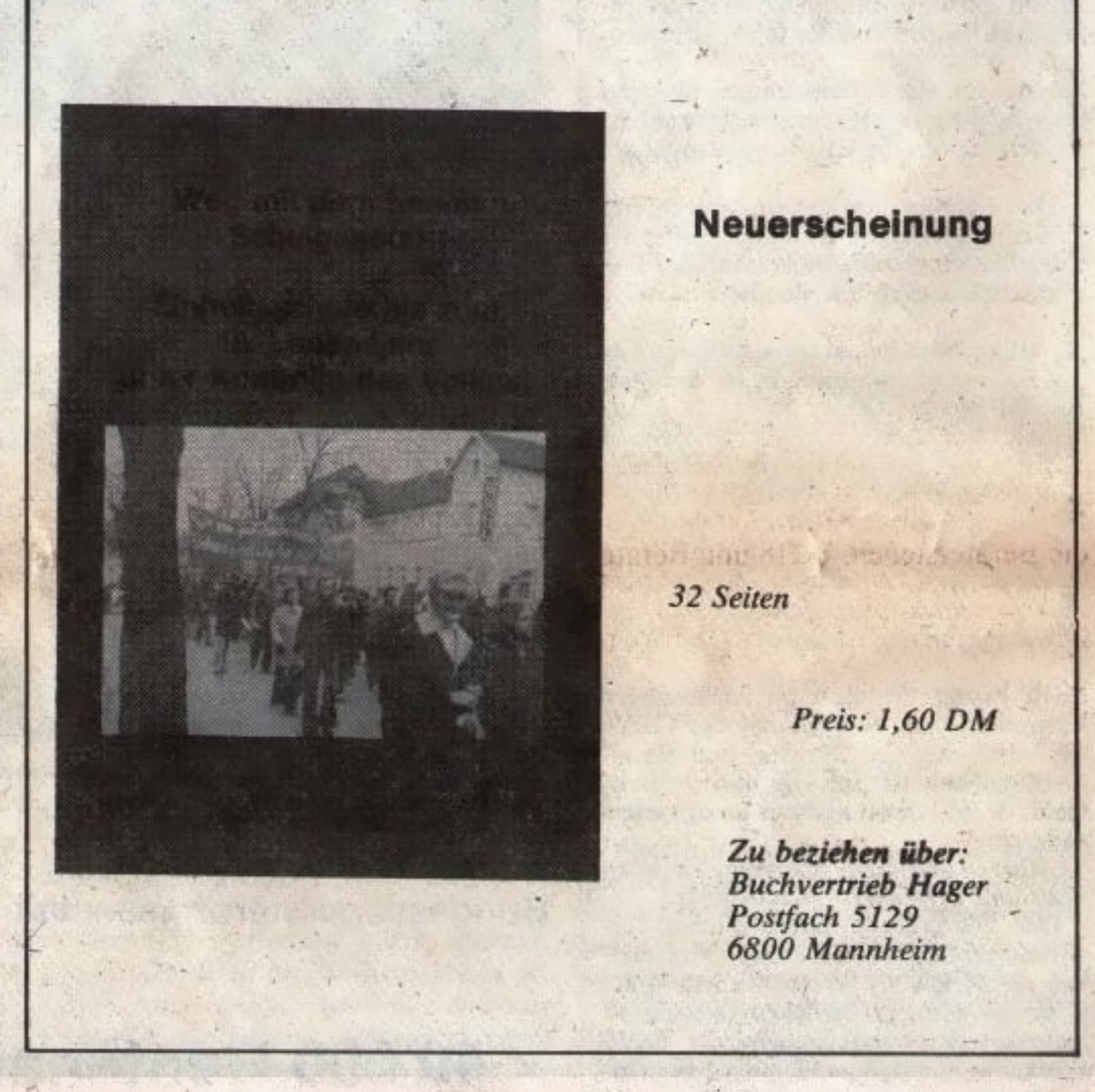
Wie wenig die Forderungen der Eltern bei der Schulaufsicht zählen, habe ich auf einer Elternbeiratssitzung erfahren. Dort fragte eine Mutter, warum keine Eltern bei der Auswahl der Bücher dabeiwären. Die Eltern haben ein großes Interesse zu erfahren, was in den Büchern drinsteht. Die Rektorin griff gleich ein: Da gibt es gar nichts zu entscheiden! Wir bekommen von der Stadt zwei Exemplare vorgelegt, aus denen wir dann aussuchen. Die Mutter ließ nicht locker: Die Begründung leuchtete ihr nicht ein, schließlich sei es wichtig, daß die Erfahrungen der Eltern auch bei der Anschaffung der Bücher berücksichtigt würden. Die Rektorin beharrte aber darauf, daß es hier nichts zu entscheiden gäbe.

Du siehst, meine Erfahrungen zeigen viel eher, welche Rechte wir eigentlich brauchten, anstatt welche Rechte wir tatsächlich besitzen. Das wurde mir auch bei folgendem deutlich: In einer Parallelklasse gibt es eine Lehrerin, die die Kinder tüchtig tyrannisiert. Ihr wichtigstes Erziehungsmittel besteht darin, die Rivalität unter den Kindern anzustacheln. So macht das durch Verteilen von Bildchen für die ‚braven' und ‚fleißigen' Schüler und durch haarige Strafarbeiten und schlechte Noten für die, die Schwierigkeiten haben. Systematisch versucht sie, in der Klasse eine Elite zu züchten: Wer brav ist, darf in der ersten Reihe in Pultnähe sitzen, die anderen werden, abgestuft je nach Wohlverhalten, auf die übrigen Bänke verteilt. Sogar Kinder, die schlecht sehen, landen in der letzten Reihe.

Alle Eltern sind mit der Lehrerin nicht einverstanden. Zunächst sind sie einzeln zu ihr hingelaufen. Das hat aber nichts gefruchtet. Schließlich haben wir auf der Elternbeiratssitzung eine Beschwerde verfaßt. Das war kurz vor den Ferien. Wenn das nichts hilft, müssen wir uns weitere Schritte überlegen. Dabei wird uns das neue Schulgesetz, das der Herr Wacker so anpreist, keine Hilfe sein! Das müssen wir uns schon selbst überlegen!

Bei den Eltern ist überhaupt ein großes Interesse an allen Schulfragen festzustellen. Das hat sich auch darin geäußert, daß die Eltern auf einem Elternabend gesagt haben, sie wollten gern einmal am Unterricht teilnehmen. Die Ablehnung der Lehrerin ist auf großes Unverständnis gestoßen. Die Eltern haben gemeint: Wir müssen doch wissen, wie der Unterricht geführt wird, was die die Kindern lehren und wie sie sich verhalten.

In diesem 1. Schuljahr ist mir klar geworden, welche Rechte die Eltern brauchen: sie brauchen das Recht, bei den Fragen der Unterrichtsinhalte, der Noten, der Lehrerzuteilung Beschlüsse zu fassen und durchzusetzen. Sie wollen nicht nur ‚beraten' und ‚Anregungen und Erfahrungen' austauschen, wie es im neuen Schulgesetz heißt. Diese Rechte gibt uns das neue Schulgesetz nicht. Die müssen wir aber fordern: Wir müssen uns zusammentun und sie uns nehmen!" – (Aus Ortsbeilage Mannheim)



Für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum in Gettorf (Schleswig-Holstein)

Eines Bürgermeisters vergeblicher Kampf gegen den Einfluß des Kommunismus

Gettorf ist eine Mittelpunktsgemeinde zwischen Kiel und Eckernförde. Die Jugendlichen Gettorfs haben davon noch nicht viel mitgekriegt. Für sie gibt es im Mittelpunkt der Gemeinde eine Flipperhalle, drumherum einige Kneipen. Freitags Diskothek. Schluß.

Die Jugendlichen überlegten, was zu tun sei. Sie beschlossen eine Initiative für ein Jugendzentrum zu gründen. Seit einem Dreivierteljahr arbeitet diese Initiative aktiv. Ein Mitglied der Sympathisantengruppe Eckernförde des KBW arbeitet in der Initiative mit.

Die Gemeinde merkte schnell, daß die Jugendlichen es ernst meinten. Sie erklärte sich bereit, zwei größere Baracken und Geld für den Umbau zur Verfügung zu stellen. Bald stellte sich jedoch heraus, was die Gemeinde mit ihrem Angebot bezweckte: Die selbständige Initiative der Jugendlichen sollte durch die Aufsicht der Gemeinde abgelöst werden. Der erste Coup sollte gelandet werden, als die Initiative eine Satzung beschloß. Die Vertreter der Gemeindebehörde in der Initiative, die Mitglieder der Jungen Union, machten einen Vorschlag, in dem sie die Jugendlichen auf die freiheitlich demokratische Grundordnung festlegen wollten. Die Mehrheit der Initiative pfiff darauf. Darauf Knall Nr. 1: Auszug der Jungen Union und eines SPD-Mannes, Gründung einer Gegeninitiative. Wilde Attacken der Zeitungen gegen den KBW. Unterschriftensammlung der Reaktion in Gettorf: „Sind Sie für ein kommunistisches Jugendzentrum?" 50 miese Unterschriften, mindestens die Hälfte davon von Geschäftsleuten, waren das Ergebnis.

Erklärung für das Grundgesetz erpreßt

Der KBW legte in der Initiative und in einem Flugblatt dar, daß notwendig die Festlegung auf die freiheitlich demokratische Grundordnung die Kastrierung des selbständigen Zusammenschlusses der Jugendlichen sei. Doch die Gemeinde erwies sich in dieser Situation als stärker. Bürgermeister Stegemann: „Entweder das Grundgesetz in die Satzung oder kein Geld!" Diese Erpressung führte zu einer Satzung, in der jetzt steht: „Die Initiative arbeitet auf der Basis des Grundgesetzes. (...) Niemand darf aus politischen Gründen ausgeschlossen werden."

Der Bürgermeister roch Morgenluft. Jovial schrieb er an alle Gettorfer Bürger einen Brief, in dem zur Gründung eines Fördervereins für das Jugendzentrums aufgerufen wurde. Die Kommunistengefahr sei jetzt beseitigt. Die Mitglieder der Initiative nutzten das Austragen des Briefes, indem sie mit den Gettorfer Bürgern über das Jugendzentrum diskutierten. Und siehe da: 90 Prozent der Gettorfer Bürger sprachen sich für ein Jugendzentrum aus. Gleichzeitig waren sie jedoch ziemlich sauer, daß sie jetzt für das Jugendzentrum in die Tasche greifen sollten.

Inzwischen verlor die Reaktion eine ihrer Gallionsfiguren: Die Vorsitzende der Jungen Union trat aus der Jungen Union aus und schloß sich der Initiative wieder an. Der KBW-Mann war auch immer noch dabei.

Der Bürgermeister merkte, daß ihm die Initiative wieder entglitt. Nach wie vor war die Selbstverwaltung oberstes Ziel der Initiative. Somit ließ er eine Stellungnahme in die Zeitungen setzen, er habe den Eindruck, „daß sich im Bereiche Gettorfs einige ganz aktive Kommunisten betätigen". (Durchaus korrekt, denn inzwischen wurden auf dem Marktplatz regelmäßig Stände gemacht und die KVZ verkauft.) Da er den Eindruck habe, daß die überwältigende Mehrheit der Bürger klar zum Ausdruck gebracht habe, daß sie kein Jugendzentrum unterstützen würden, in dem Kommunisten Zutritt haben, folgender Antrag in der Gemeindevertretung:

> „1. Die Gemeinde für Gettorf arbeitet nur mit einer Aktion Jugendzentrum zusammen, in der keine Kommunisten oder kommunistenfreundliche Jugendliche sein dürfen.
>
> 2. Es muß gewährleistet sein, daß Kommunisten oder kommunistenfreundlichen Jugendlichen der Zugang zum Jugendzentrum nicht gestattet wird."

Die Initiative reagierte darauf mit einer Mobilisierung zur Gemeinderatssitzung. Die Presse veröffentlichte eine Erklärung der Initiative.

Der KBW stellte in einem Flugblatt klar, worum es dem Bürgermeister mit dem Kommunistenverbot in Gettorf ging: „Die selbständige Bewegung der Arbeiterklasse unter Führung der Kommunistischen Partei zu zerschlagen, darum ging es der Regierung Adenauers 1956. Die Jugendlichen daran zu hindern, selbst über ihre Angelegenheiten zu entscheiden, die Kommunisten zu treffen, die die Jugendlichen entschieden unterstützen, darum geht es dem Bürgermeister Stegemann."

Eine gemeinsame Stellungnahme mit Jungsozialisten und Jungdemokraten kam nicht zustande. Die Jusos meinten, man müßte den Bürgermeister wieder aufs Grundgesetz zurückholen. Schließlich durften sie zusammen mit dem KBW nichts veröffentlichen, die Jungdemokraten konnten nicht.

Spaltung der Bewegung gescheitert

Bürgermeister Stegemann blieb es denn vorbehalten, auf der Gemeinderatssitzung mit einem Satz den Kern der gegenwärtigen Anstrengungen um die verstärkte Anwendung des KPD-Verbots zusammenzufassen. „Mein großes Vorbild ist Konrad Adenauer", sagte er. Dann jedoch das Eingeständnis: „Leider werde ich ihn nie erreichen." Exakt getroffen.

Die Initiative hatte vor der Sitzung beschlossen: Keine Einmischung von Bürgermeister Stegemann in die Angelegenheiten der Jugendzentrumsinitiative! 100 Menschen waren zum Gemeinderat erschienen, Zeitungen plus Fernsehen waren aufgefahren.

„In Gettorf haben Kommunisten keinen Platz!" – so Bürgermeister Stegemann. (Immerhin gab es mal 68 KPD-Wähler in Gettorf.) „Das Jugendzentrum darf kein Hort der Unanständigkeit sein", vervollständigte ein CDU-Ratsmann. „Man muß die Jugendlichen vor den Kommunisten schützen", so die SPD. Ratsmann Brix, Vorsitzender des Schulverbandes: „Man muß die Machtergreifung durch die Roten in Gettorf verhindern!" Die SPD war in argen Nöten. „Wir wollen keine Kommunistenherrschaft, wir haben es oft schwer, gerade in Schleswig-Holstein, uns von den Kommunisten zu distanzieren."

Die Jugendlichen stellten in der Debatte, die der Bürgermeister zulassen mußte, klar, daß sie sich in ihre Angelegenheiten nicht hereinreden lassen würden. Der Bürgermeister wurde verzweifelt. Es müßte doch noch Jugendliche in Gettorf geben, die willens sind, auf dem Boden des Grundgesetzes zu arbeiten. Und dies würde ja die Kommunisten verbieten. Die SPD wandte ein, daß der KBW ja schließlich erlaubt sei und an den Bundestagswahlen teilnehme. „Die Kommunisten gehören verboten", war die Antwort.

Daß die Anwendung des KPD-Verbots auf die Initiative eine Reaktion auf den Zusammenschluß der Jugendlichen in Gettorf ist, das stellte der KBW in seinem Beitrag klar.

Der Gemeinderat hat den Antrag von Stegemann beschlossen.

Die Fronten sind jetzt klar. Die Initiative hat das letzte Vertrauen auf den Gemeinderat verloren. Sie wird auf ihrem Kurs bleiben. In dieser Woche werden Informationsstände in Gettorf gemacht, die zu einer Vollversammlung aller Jugendlichen in Gettorf aufrufen. Der KBW wird am Tage vorher zu einer Veranstaltung in Gettorf einladen, auf der die jetzt erforderlichen Schritte vorgeschlagen werden sollen. – (i., Sympathisantengruppe Eckernförde)





Frankfurt. Am Samstag, dem 14.8., wollten die Faschisten von der NPD unter der Parole „15 Jahre Schand- und Mordmauer" Informationsstände, eine Kundgebung und eine Demonstration in Frankfurt durchführen. Das ist schiefgegangen. Überall, wo die Faschisten aufmarschierten, war der Protest in der Arbeiterklasse und unter den Volksmassen groß. Die 100 Faschisten blieben bei ihren Aktionen isoliert und mußten von einem massiven Polizeiaufgebot geschützt werden. Vor einer Rede der Bundestagskandidatin des KBW bildeten sich riesige Diskussionstrauben. Ein alter Arbeiter sagte: „Ich habe schon in den 20er Jahren gegen Ausbeutung gekämpft, ich habe gegen die Faschisten gekämpft. Heute ist es nötig, daß die Arbeiter wieder die Partei aufbauen, um die Regierung zu bekämpfen." – Der Kundgebungsbeitrag der Faschisten ging in den Sprechchören von mehr als hundert Menschen unter. Als Eier auf die Faschisten geworfen wurden, ging die Polizei brutal mit massivem Knüppeleinsatz vor. Dem Protest gegen die Faschisten konnten sie damit jedoch keinen Einhalt bieten. Die Faschisten brachen ihre Kundgebung ab, führten eilig unter Polizeischutz ihre Demonstration durch und verschwanden. Insgesamt konnten bei der Agitation 36 KVZ verkauft werden und 7 Unterschriften für die Kandidatur des KBW zu den Bundestagswahlen gesammelt werden.

Lagerung radioaktiver Abfälle beim Atomkraftwerk Biblis

Für Höchstprofite zu jedem Verbrechen bereit

Das größte Atomkraftwerk der Bundesrepublik in Biblis steht still. Risse im Kühlwasserbecken und lose Schrauben in einer Kühlwasserpumpe waren entdeckt worden. Bei einer so großen Anlage normal anfallende Reparaturen seien nötig, die ohnehin geplant waren, erklärte der Konzernsprecher der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke AG (RWE) im Fernsehen. Der Stahlwasserbehälter ist inzwischen geflickt worden, noch ist nicht entschieden, ob ein neuer Behälter gefertigt werden muß. Die RWE-Kapitalisten sind sich mit dem Technischen Überwachungsverein noch nicht einig geworden. Es wird nicht die sicherste Lösung verfügt; die „Sicherheit" wird vielmehr von den Monopolen und ihren Staatsorganen ausgehandelt nach „Kostengesichtspunkten".

Darum geht es auch bei einem weiteren Vorhaben der RWE-Kapitalisten. Sie wollen den radioaktiven Abfall, der in größeren Mengen anfällt, auf dem Gelände des Atomkraftwerks von Biblis selbst lagern, wo bisher nur eine Zwischenlagerung innerhalb der Reaktorkuppel in einem Kühlbecken stattfand. Das und die Gründe enthüllt die folgende Korrespondenz.

Um die nuklearen Kettenreaktionen in einem Atommeiler beherrschen zu können, sind Mittel notwendig, um die überschüssige Radioaktivität aufzufangen. Dazu werden unter anderem sogenannte Vergiftungselemente benutzt, chemische Verbindungen, die den Überschuß an Radioaktivität, die überschüssigen Neutronen binden. Die RWE-Kapitalisten bauen derzeit ein neues Atomkraftwerk in Mülheim Kärlich bei Koblenz. Lieferant für die Vergiftungselemente für dieses Werk ist die BBR (Babcock Brown Boveri) in Mannheim. Zuerst war vorgesehen, daß die BBR dafür den Stoff Ag–In–Cd liefern sollte. Diese Verbindung von Silber, Indium und Cadmium hat den Vorteil, daß sie zwar radioaktiv wird, die Radioaktivität aber relativ schnell abklingt. Wenn es also nach Gebrauch durch neues Material ersetzt wird, wirft es keine großen „Müllprobleme" auf. Diese Lösung wurde von BBR an die RWE verkauft mit dem Hinweis, daß dies ein großer Fortschritt sei und zur Erhöhung der Betriebssicherheit beitrage.

Nach einiger Zeit besann man sich beim Hersteller jedoch eines „Besseren", da inzwischen die Preise für diesen Stoff infolge der Rohstoffpreissteigerungen erheblich teurer wurden. Die BBR konnte zum alten Preis daran nicht mehr genug Profit machen, und das RWE war nicht bereit, einen höheren Preis zu zahlen.

Das „Bessere" wurde jetzt im „Bewährten" gesehen und dem RWE mit einem Preisnachlaß angeboten, nämlich die Verbindung B_4Cd (Bor Cadmium). Die BBR erklärte, dies sei die wirtschaftlichere Lösung, die Babcock würde es in ihren Reaktoren in den USA selbst anwenden. Der Vorteil dieses Elements liegt in seinem relativ niedrigen Preis, der Nachteil jedoch darin, daß die entstandene Radioaktivität nicht so schnell abklingt, sondern im Gegenteil dieser Stoff immer stärker radioaktiv wird. Es entsteht hochgefährlicher Atommüll.

Über Preise und Profite hatten sich Hersteller und der Käufer RWE bald für diese „bewährte Lösung" entschieden. Nur wohin mit dem Atommüll? Die staatlich geförderten Atommülldeponien in Salzbergwerken nehmen diesen Müll nicht an, weil seine Radioaktivität zu groß ist.

Da kam RWE auf die einfache Lösung, das Zeugs kurzerhand auf dem Kernkraftwerksgelände selbst zu lagern, es einfach in Beton einzuschließen, was nur ein paar Kubikmeter Zement kostet. Diese billige Lösung wollen die RWE-Kapitalisten jetzt mit dem TÜV „aushandeln". Dabei ist sowohl die Sicherheit der Einlagerung in Zement nicht erwiesen, denn Radioaktivität hält Jahrhunderte vor. Zweitens erhöht sich das Risiko bei Lagerung auf dem Gelände, weil bei einem Reaktorunfall eine wesentlich größere Gesamtmenge an radioaktivem Material in die Atmosphäre gelangen kann. Drittens wird die Zwischenlagerung in den Kühlbecken, die zur Abkühlung des Abfalls notwendig ist, wesentlich gefährlicher. – (d., Mannheim)

Aktion des Komitees gegen den § 218 in Hamburg

Eine Beraterstelle verliert ihr Gesicht

Hamburg. Eine der fünf in Hamburg eingerichteten Beraterstellen zur Durchsetzung des § 218 ist die Pro-Familia-Beraterstelle in Steilshoop.

Um ihre Funktion aufzuzeigen und sie als Stelle der Bespitzelung und Schikanierung der Volksmassen anzugreifen, gingen Donnerstag zwei Komiteemitglieder der Arbeitsgruppe Barmbek des Komitees gegen den § 218 zu dieser Beraterstelle.

Noch während vor der Tür die Stellwand aufgebaut wurde, griff uns eine Frau an. Als Befürworterin des § 218 erklärte sie sich für sachkundig („Ich kenne mich da aus!"): „Fernsehapparat, Urlaubsreisen nach Spanien" (Lüneburger Heide reicht ja nicht) sind die Gründe, deretwillen die meisten Frauen abtreiben. „Natürlich gibt es vielfältige, unterschiedliche *Einzelschicksale*", aber dafür gibt es dann ja die Beraterstellen. § 218 und Beraterstelle sei eine gute Sache. Sie hätte auch vier Kinder großgezogen, und jetzt hätte sie die Aufgabe, auch anderen Frauen (dazu) zu (ver)helfen. – Damit war klar: Sie war die Ärztin der Beraterstelle.

Dem Angriff auf die gesellschaftlichen Verhältnisse, die immer mehr Menschen zur Abtreibung zwingen und auf den § 218 als Mittel zur Unterdrückung und Bespitzelung wich sie aus und gab stattdessen ihren Beitrag zur Lösung dieses gesellschaftlichen Mißstandes. „In einzelnen Fällen, wenn es wirklich nicht anders geht, schicke ich die Frauen nach Holland." Also nach wie vor für die Arbeiterklasse und das Volk, denn für die Mehrheit geht es nicht anders, unwürdiges Bitten und Betteln. Ihre Unterdrückung muß der herrschenden Klasse gewährleistet bleiben.

Mit der Frage, ob sich denn auch mal eine reiche Frau in die Beraterstelle verirrt, wurde die „Beraterin" in die Enge getrieben. Statt einer Antwort wurde die feine Frau jetzt vollends hektisch. „Was Sie hier treiben, das ist Volksverhetzung." Wir sollten sofort verschwinden, sonst werde sie dies sofort veranlassen. Wir sind vor der Tür verschwunden – und wieder aufgetaucht in der Beraterstelle. Unsicher über unser Auftreten, übersah man uns zunächst. Ob wir denn nicht einen anderen Termin haben wollten, dann könnten wir uns nochmal in Ruhe mit der Ärztin unterhalten.

Nein, wir wollen gar nicht mit der Ärztin hinter verschlossener Tür sprechen, sondern mit den Frauen, die hier warten. Aber wenn die Ärztin will, kann sie dran teilnehmen.

Von der Ärztin sah man vorerst nichts wieder. Den wartenden Frauen und Männern erzählten wir von den Frechheiten der Ärztin. Schnell war eine lebhafte Diskussion im Gange, an der alle teilnahmen. „Getroffen werden immer die Armen." „Man muß schon ein dickes Fell haben, um alles über sich ergehen zu lassen." „Lug und Trug, diese Reform!" Kein Befürworter dieses Unterdrückungsparagraphen war unter ihnen. Auch die Männer griffen in die Diskussion mit ein. Für sie war es nicht mehr das Problem der Frauen, sondern ihr eigenes. Klar war allen: Weg gehört der § 218, solange die Verhältnisse die Menschen zur Abtreibung zwingen. Fast alle haben die vier Forderungen der Komitees gegen den § 218 unterschrieben. „Volksentscheid gegen § 218 ist eine richtige Sache, gemeinsam sind wir stark!" Immer stärker wurde das Interesse an der Arbeit der Komitees. Bedauernd stellten einige fest, von den Demonstrationen gegen den § 218 und der Arbeit der Komitees noch nichts gehört zu haben.

Plötzlich stand die Ärztin in der Tür. „Unterschriften!" einen Moment lang blieb ihr die Luft weg. „Sofort verschwinden Sie hier. Ich will helfen, und Sie hindern mich daran. Ich leg' sofort meine Arbeit nieder. Sie untergraben das Vertrauen, das diese Menschen in mich legen."

Das Vertrauen, welches die Anwesenden in die Beraterstellen legten, war vorher geklärt. Festgenagelt, daß sie hier eintritt für ein Strafgesetz und ihre Tätigkeiten Spitzeldienste für die herrschende Klasse sind, verlor die gute Frau vollends ihre Nerven. Griff ein Komitee-Mitglied an, riß an ihm herum, dann an der Unterschriftenliste und erkämpfte sich eine Hälfte dieser Liste.

„Jetzt werde ich andere Mittel anwenden. Ich krieg Sie hier schon raus!" und verschwand mit der halben Unterschriftenliste. Was sie erreicht hatte, war die Empörung aller Anwesenden. „Die holt wirklich die Polizei!" „Das ist unsere Demokratie. Wenn man Sachen durchschaut und den Mund aufmacht, dann kommen sie mit der Polizei." „Daß sie was von der Unterschriftenliste hat, das können wir uns nicht gefallen lassen. Wir habe alle gerade hier unterschrieben, daß der § 218 weg muß."

Vom Komitee wurde vorgeschlagen, daß wir darüber abstimmen, daß die Ärztin die Unterschriftenliste *sofort* herauszugeben hat, alle Anwesenden gegen den § 218 sind und die Forderungen unterstützen. Dem stimmten alle zu. Der Beschluß wurde der zwischendurch mal sichtbaren Sozialarbeiterin mitgeteilt.

Es dauerte keine Minute, da war die Unterschriftenliste wieder da. Nichts mehr von der zu Anfang bedrückenden Stimmung in dieser Beraterstelle. Kontaktadressen und Treffpunkte des Komitees wurden ausgetauscht. – (U., Hamburg)

Westberlin 13. August

Imperialistische Feierstunde der CDU wurde angegriffen

Benito Corghi, ein italienischer Arbeiter, ist an der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten von DDR-Grenzsoldaten erschossen worden. Die bürgerliche Presse, die sich sonst einen Dreck für das Leben der Arbeiter interessiert, kann sich nicht mehr einkriegen. Kreaturen, die sich sonst nur in Chefetagen der Konzerne, Rathausstuben, vornehmen Villen und an der Riviera herumtreiben, drängen auf einmal auf die Straße und behaupten, für Frieden, Freiheit und Menschlichkeit demonstrieren zu wollen. Den 13. August suchten sie sich dazu aus. Die Junge Union rief auf zur Sternfahrt nach Westberlin und zur Kundgebung am Reichstag. Es schlossen sich an die „Vereinigung der Opfer des Stalinismus", die „Aktionsgemeinschaft Vierte Partei", der „Arbeitskreis für freiheitliche Gesellschaftspolitik" und sonstiges reaktionäres Pack. Der westberliner CDU-Vorsitzende Peter Lorenz rief die Westberliner Bevölkerung auf, gemeinsam mit der CDU zu demonstrieren und damit der Welt zu zeigen, „daß die Berliner nicht bereit sind, sich mit Mauer und Morden abzufinden". Peter Lorenz wird, spätestens seit es der „Bewegung 2. Juni" mit seiner Entführung gelungen ist, ihn öffentlich zum Trottel zu machen, von niemandem mehr ernst genommen. Aber wenn die Bourgeois die Arbeiterklasse und das Volk aufrufen, mit ihnen gemeinsam für Freiheit zu demonstrieren, muß man das sehr ernst nehmen.

In Westberlin versuchten sie, den 13. August zum Anlaß zu nehmen, um den berechtigten Haß des Volkes auf die Mauer und das Regime in der DDR, die Ausbeutung und Unterdrückung des Volkes in der DDR bedeuten, auf ihre Mühlen zu lenken und den Boden zu bereiten für Einverleibung der DDR unter ihrer Herrschaft. Eine imperialistische Feierstunde und eine Vertrauenserklärung für die imperialistische Bourgeoisie Westdeutschlands und der USA wird mit dem Fackelzug der Jungen Union angestrebt. Ihr muß entgegengetreten werden. Die Ortsgruppe des KBW ruft per Flugblatt dazu auf: „Nieder mit den imperialistischen Heuchlern! Es lebe die proletarische Revolution!"

Die Polizei gut beschäftigt

Die Kundgebung des KBW auf dem Sammelplatz der Jungen Union eine halbe Stunde vor Abmarsch wird zunächst von der Polizei verboten, dann fünf Straßen weiter auf einer klitzekleinen, von Baubuden und Baugruben übersäten Kreuzung wieder bewilligt. Eingerahmt ist das Plätzchen, auf dem kaum 50 Leute Platz finden würden, von 13 Einsatzwagen der Polizei. Das sollen sie büßen. Wir schicken den Lautsprecherwaren mit einigen Genossen hin und verlesen den versammelten Bullen eineinhalb Stunden lang das Flugblatt des KBW. Immer wieder. Bis sie schließlich gequält fragen, ob wir nicht mal 50 Meter weiter fahren wollten. Die Leute würden das Flugblatt doch jetzt schon kennen. Die Anwohner amüsieren sich über die dämliche Rolle der Polizei, applaudieren dem Flugblatt und geben zum Teil ihre Adressen mit der Bitte, doch mal vorbeizukommen zwecks näherer Information.

Unterdessen sammeln sich auf dem Olivaer Platz etwa 2 000 bis 2 500 „Demonstranten". Aus Westdeutschland die meisten, sogar aus Österreich und der Schweiz. Relativ viele Oberschüler sind dabei. Etwa 400 bis 500 sind dem Aufruf des KBW gefolgt. Gruppe Rote Fahne und Gruppe Roter Morgen sind nicht zu sehen. Sie demonstrieren mit 800 im Wedding unter den Parolen „Weg mit der Mauer! Für eine freie Stadt in einem unabhängigen sozialistischen Deutschland!" „Für ein unabhängiges vereinigtes sozialistisches Deutschland!"

Mit Transparenten, Schildern, Sprechchören und scharfen Angriffen auf die Reaktionäre und ihre chauvinistischen Absichten mischen wir uns mitten unter den Zug, der sich dadurch eine Stunde lang vergeblich bemüht, sich aufzustellen. In den Debatten bewahrheitet sich, was wir in einem im Gewühle ergatterten „Kontakter-Leitfaden zur CDU-Mitgliederwerbung" auf Seite 18 als Anweisung fanden: „Vermeiden Sie im Kontakter-Gespräch gezielte politische Diskussionen. Keine Gegensätze provozieren! Lassen Sie politische Themen aufkommen, sind Sie im Gespräch meist der Unterlegene." Etliche konnten überzeugt werden in diesen Auseinandersetzungen, daß sie mit den imperialistischen Heuchlern von der CDU nicht mitdemonstrieren dürfen.

Die Polizei wurde durch unsere Taktik, uns mitten unter die Reaktionäre zu mischen, völlig verrückt. Als erstes unternimmt sie einen Ausfall gegen ein Transparent der CDU und zerreißt es. „Weg mit der Mauer!" steht drauf. Immer wieder versucht sie, uns aus dem Zug herauszuprügeln. Der einzige, der dabei wirklich wild verdroschen wird von ihr, ist ein Mitglied der Jungen Union. Die festgenommenen Genossen und Freunde werden alle wieder befreit. Etwa 15 „Arbeiterkämpfer" vom KB (Nord) stehen an der Seite und schauen zu. Sie halten unsere Aktion für „selbstmörderisch". Da machen sie nicht mit.

Der Angriff auf die Reaktionäre findet Unterstützung

Schließlich gelingt es dem Zug der CDU doch, mit Polizeieskorte loszumarschieren. Mit Polizei und brennenden Fackeln verteidigen sich die Reaktionäre gegen unsere Angriffe, die auch auf dem Kurfürstendamm, auf den sie dann marschieren, noch weiter erfolgen. Den ganzen Kurfürstendamm wird der Zug niedergeschrieen mit Sprechchören: „Nieder mit den imperialistischen Heuchlern von der CDU! Die Freiheit der CDU ist die Freiheit der Ausbeuter und des Polizeiknüppels! Nieder mit Imperialismus und Reaktion! Es lebe die proletarische Weltrevolution! Im Kampf gegen die Reaktion baut die Arbeiterklasse die Kommunistische Partei auf!"

Der Kurfürstendamm ist um diese Zeit noch sehr belebt. Wir finden breite Zustimmung. Der Fackelzug der CDU stößt auf Ablehnung. Die Flugblätter gehen sofort weg, KVZ und Broschüren werden verkauft. Ordnern der CDU wird zum Beispiel von einem älteren Passanten das Bein gestellt, als sie einen Genossen verfolgen, was die Verfolgung durch Sturz des ersten Ordners beendet. Als der Demonstrationszug in menschenleere Gegenden abschwenkt, zieht die Polizei blitzartig ihren ganzen Apparat zusammen, um uns zu zerschlagen.

Wir beschließen, die Demonstration allein in den Tiergarten ziehen zu lassen, und drehen noch schneller als die Polizei wieder ab zurück zur nächsten belebten Kreuzung des Kurfürstendamms. Dort halten wir vor etwa 600 Menschen die Abschlußkundgebung. Unter anderem wird gesagt: „Zur imperialistischen Feierstunde der CDU sind die Arbeiter, sind die Volksmassen von Westberlin nicht erschienen. Die Feierstunde ist der CDU empfindlich gestört worden. Doch es genügt nicht, die Reaktion zu stören. Die Arbeiter müssen das Volk im Kampf gegen die Reaktion zusammenschließen und ihre Klassenpartei, die Kommunistische Partei, wieder aufbauen, damit sie den Kampf gegen die Reaktion auch gewinnen, den Unterdrückungsapparat der herrschenden Klasse zerschlagen und eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung aufbauen können."

Während die Reaktionäre auf dem riesigen Reichstagsplatz verloren in einer Ecke unter ihren Fackeln stehen und ihre Kundgebung abhalten – ein Reaktionär bedauert: „Vor zehn Jahren auf den Berliner Freiheitskundgebungen zum Beispiel jeden 1. Mai war das noch ganz anders" – diskutieren am Kurfürstendamm bis nach Mitternacht noch Trauben von Menschen über die Notwendigkeit, sich im Kampf gegen die Reaktion zusammenzuschließen und den Sozialismus zu erkämpfen. – (d., Westberlin)

KB Nord-Studenten Hamburg:

Anbiederung an den bürgerlichen Staat

Hamburg. Unter dem Motto „Westdeutsche Polizisten schützen die Faschisten – Kampf der Faschisierung des Staatsapparates" hatte der SSB (Studentenorganisation des KB/Nord) am 14.8. in der Universität eine Veranstaltung durchgeführt. Gezeigt wurden dabei Filme, wo Polizisten Menschen verprügeln, wie am Mönckebrunnen. Unterstützt durch Berichte Betroffener, hat der SSB diese Polizeiüberfälle auf der Veranstaltung bejammert. Gezeigt wurde auch eine Filmszene an den Landungsbrücken, wo der Block des KBW der Polizei unter der Losung „Vorwärts mit der proletarischen Weltrevolution" erfolgreich entgegentrat (siehe KVZ Nr. 32, Seite 11). Bezeichnend: Beim SSB hat diese Losung Gelächter ausgelöst. Waren anfänglich rund 200 Studenten zu der Veranstaltung erschienen, so war die Veranstaltung nach den Jammertiraden des SSB abgebröckelt und gegen Ende waren nur noch 60 da.

In den Tagen vor den geplanten Kundgebungen der Faschisten hatte die SSG (Studentenorganisation des KBW) an der Universität die Studenten dazu aufgerufen, die Kundgebung des Vorsitzenden der NPD, Mußgnug, an den Landungsbrücken zu verhindern und gegen die Zurschaustellung des westdeutschen Imperialismus aufzutreten. Am Montag darauf haben wir durch Bilder und Wandzeitungen über den Erfolg dieser Aktion berichtet und sind damit auf viel Interesse und Freude bei den Studenten gestoßen.

Während der SSB (Studentenorganisation des KB/Nord) am Montag ein Flugblatt verteilt hat, in dem er von einer Niederlage der Hamburger Arbeiterbewegung sprach, und sich ansonsten nicht hat sehen lassen, haben am Montag und Dienstag 22 Kommilitonen den Kampf der Arbeiterklasse für die proletarische Revolution durch ihre Unterschrift unter die Kandidaturlisten des KBW zu den Bundestagswahlen unterstützt.

Am Freitag, den 14.8.76, versuchte der SSB seine bürgerlichen Vorstellungen doch noch an den Mann zu bringen. Dies geschah in der dreist-verschämten Manier eines ertappten Betrügers. „Die Bilanz", so hieß es in dem Flugblatt zu der Veranstaltung: „30 Verletzte" – wir haben doch noch was zu bieten, wurde damit gesagt.

Wie die Rechtfertigung der bürgerlichen Linie geschehen sollte, deutete sich in dem Flugblatt schon an.

„*Hieraus* (aus den Ereignissen am Samstag) *ergibt sich für jeden Demokraten die Aufgabe, gegen das Vorgehen der Polizei zu protestieren und den Kampf gegen die zunehmende Einführung von Polizeistaatsmethoden aufzunehmen. Insbesondere gilt es die für diesen Einsatz Verantwortlichen aufzudecken und zur Verantwortung zu ziehen und die Festgenommenen gegen weitere Repressionen der Staatsorgane zu schützen.*" Das ist alles. Daß diese Leute über die Losung „Vorwärts mit der proletarischen Weltrevolution" lachen, ist überhaupt nicht verwunderlich.

Die im Flugblatt niedergelegte Strategie wurde dann auf der Veranstaltung näher begründet: Militanz der Volksmassen, so hieß es, führe zum gegenwärtigen Augenblick zwangsläufig in die Niederlage – das hätte man gesehen. Nicht militant dürfe man sein, sondern die Volksmassen muß man aufklären.

Die bürgerliche Linie des KB/Nord und seiner Studentenorganisation SSB, die am Mönckebrunnen dazu geführt hat, daß sich die Massen nicht erfolgreich gegen den bürgerlichen Staat und die Faschisten durchsetzen konnten, wird also auf die Unfähigkeit der Massen geschoben. Der Vorwurf, daß die Forderung des Verbots der Faschistenkundgebung und aller Ersatzveranstaltungen durch den Hamburger Senat die Versöhnung der Massen mit dem bürgerlichen Staat bedeutet, wird entrüstet zurückgewiesen. Diese Forderung sei an den Staat gestellt worden, um ihn zu entlarven. Und entlarvt hätte er sich ja schließlich, denn er sei brutal gegen die Massen vorgegangen. Die Linie des KB/Nord besteht also darin, die Massen auf Vertrauen zum bürgerlichen Staat festzulegen, sie niederknüppeln zu lassen und hernach zu sagen, Militanz führt zur Niederlage, die Massen der Unfähigkeit zu bezichtigen, um sie dann aufzuklären.

Eine feine Strategie ist das. Diese Linie wurde auf der Veranstaltung von der SSG entschieden bekämpft. Berichtet wurde der Erfolg der Massenbewegung gegen die Faschisten und den bürgerlichen Staat und über die gegenwärtig glänzende Bedingungen für das Voranschreiten der proletarischen Weltrevolution und für den Aufbau der Kommunistischen Partei.

Daß der KB/Nord mit dem Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie, mit der proletarischen Revolution nichts im Sinn hat, sondern nur einige besonders brutale Auswüchse derselben als unerwünscht empfindet, hat sich gezeigt. Angesichts der „30 Verletzten" wollen sie sichergestellt haben, daß dies nicht noch einmal passiert. Dazu wählen sie die Methode der Anbiederung.

Nachdem sich der „Arbeiterkampf" bis zur letzten Woche nicht zum Kampf gegen das KPD-Verbot geäußert hat, sind nun in der jetzigen Ausgabe 22 Zeilen auf der Seite 1 dazu erschienen, also eine Woche vor dem 18. August. Dort liest man: „*Auch wenn derzeit die Bourgeoisie die Existenz kommunistischer bzw. sich auf den Marxismus-Leninismus berufender Organisationen duldet, könnte das KPD-Verbot oder seine späteren Erweiterungen jederzeit wieder zur Anwendung kommen.*" Die Bourgeoisie duldet also die revolutionären Organisationen. Angesichts der Tatsache, daß die Stände der Revolutionäre, die auf der Straße die Interessen der Arbeiterklasse vertreten, von der Polizei angegriffen werden, angesichts der Tatsache, daß die Bourgeoisie versucht, die Führer der revolutionären Organisationen für dauernd ins Gefängnis zu werfen, angesichts der Tatsache, daß Demonstrationen, die die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes gegen den bürgerlichen Staat behaupten, angegriffen werden, angesichts der Tatsache, daß versucht wird, den Arbeitern das Streikrecht zu nehmen und der öffentliche Dienst von Revolutionären gesäubert wird, angesichts der Versuche der Bourgeoisie, das KPD-Verbot umfassend gegen die Arbeiterklasse und das Volk anzuwenden, davon zu reden, daß die Bourgeoisie die revolutionären Organisationen duldet, kann nur eins bedeuten: Schlagt nicht gegen uns, da trefft ihr die Falschen. Gleichzeitig wird damit die Reaktion der Bourgeoisie gegen die Volksmassen für gut geheißen, um die eigene Haut zu retten. Das ist Opportunismus reinsten Wassers, der notwendig ins Lager der Reaktion führen muß. – (SSG Hamburg)



Smith, der Häuptling des rhodesischen Siedlerregimes, wird gehängt Westberlin. Überall, wo dieser Galgen aufgestellt wurde, hat er große Aufmerksamkeit erregt. An den Galgen wird die Marionette Smith gehängt. Der Mechanismus ist so, daß, je mehr Solidaritätsspenden auf die Ladefläche des LKW gelangen, um so höher Smith aufgeknüpft wird.

Kommunikationstheorie:

Reaktionäre Wissenschaft in fortschrittlichem Gewand

Aachen. Der Lehrstuhl Linguistik und Sprachdidaktik an der Pädagogischen Hochschule gilt bei vielen Studenten als fortschrittlich: Kleingruppenarbeit, Einführungsprojekte, „Mitbestimmung", „emanzipatorische Ansätze", immer kommunikationsbereit: So stellen sich die Herren Kommunikationswissenschaftler an diesem Lehrstuhl den Studenten dar.

Alles ist ein Problem der Kommunikationswissenschaft, erklären sie, und „unsere Demokratie" biete tausend Möglichkeiten, wäre jeder nur immer kommunikationsbereit. Was hinter dieser „fortschrittlichen" Wissenschaft steckt, wird deutlich anhand eines neuen Buches der Linguistikprofessoren Boettcher, Sitta, Thymister und Otto, über welches der Professor Sitta im vergangenen Semester ein Seminar an der Pädagogischen Hochschule durchführte.

Zunächst wurde er allerdings mit schnöden materiellen Tatsachen konfrontiert. 18 Mark kostet dieses Buch, an welchem jeder der Autoren pro verkauftem Exemplar 20 Pfennig verdient. „Nicht bedacht" freilich hatte der Professor Sitta die Tatsache, daß die Studenten von ihrem niedrigen BAFöG sich solch teure Bücher schwer leisten können, und gleich in der ersten Sitzung stellte sich heraus, daß 12 Studenten das Buch nicht kaufen konnten. Daraufhin sah er sich gezwungen, 10 Exemplare für die Seminarbibliothek zu bestellen, was ihn wohl nichts kostet, ihm aber Autorenhonorar bringt. Wofür streicht er dieses Autorenhonorar ein?

Geschrieben ist das Buch für Lehrer, Eltern und Studenten mit der Aufforderung, mit „*althergebrachten Vorstellungen über Unterricht*" zu brechen, und offenbar soll so dem „Fortschritt" der Weg geebnet werden.

Brechen soll man mit der so „althergebrachten" wie unbezweifelbaren Tatsache, daß die Schule eine Zwangsanstalt des Staates für die Jugend des Volkes ist. Vielmehr, so die Autoren, sie ist ein „Freiraum".

Nun schlagen dieser Behauptung freilich alle Erfahrungen der Eltern, Lehrer und Schüler mit der Schule ins Gesicht. Gibt es doch tausend Richtlinien, Verordnungen, Erlasse, Disziplinierungsmethoden, die diese Zwangsanstalt deutlich von einem „Freiraum" unterscheiden.

Zwar gebe es diese Richtlinien, stellen die Autoren fest, aber die seien von den Ministerien gar nicht so einschränkend – also gängelnd und unterdrückerisch – gemeint, sie seien vielmehr zu dem Zweck erstellt worden, die Lehrer zu „theoretischer Reflexion" anzuhalten, zum Nachdenken darüber, wie dieser „Freiraum" zu gestalten sei.

Zu offensichtlich steht aber die Wirklichkeit an den Schulen im geraden Gegensatz zu diesem Professorengeschwätz. Der Notenterror, Konkurrenz- und Leistungsdruck an den Schulen ist unübersehbar und kann auch von den „fortschrittlichen" Professoren nicht geleugnet werden, wollen sie nicht von vornherein als Lügner dastehen. Also erklären sie dies folgendermaßen: Nicht die Erlasse seien „rigide", sondern nur die „Deutungen" von ihnen, und die Lehrer würden die Erlasse, statt der Aufforderung zur „theoretischen Reflexion" über den Freiraum zu folgen, eben „rigide" deuten, was wohl heißen muß, sie als ein Zwangskorsett auslegen.

Notenterror, Konkurrenz- und Leistungsdruck an den Schulen herrscht also nicht, weil der bürgerliche Staat die Jugend des Volkes im Schulwesen für die Ausbeutung durch die Kapitalistenklasse abrichten will, wozu er sich der Lehrer bedienen muß, sondern weil die Lehrer und wohl auch Eltern die staatlichen Schulerlasse, Richtlinien und Gesetze „rigide" deuten, weil sie eine „angstbesetzte" Einstellung gegenüber Erlassen, Behörden und Schulleitungen haben.

Für die Herren Kommunikationswissenschaftler stellt sich daraufhin, das Problem zu erklären, warum die Lehrer häufig zu solchen „Deutungen" neigen, und sie antworten darauf: Das komme von der „persönlichen Sozialisation", vom Lebensstil, von der Art und Weise, zu der man sich „persönlich entschlossen" hat, auf Probleme zu reagieren. Es gebe also nicht die Realität der staatlichen Schulgewalt, und geleugnet wird auch der reale Zweck, welche die Kapitalistenklasse über ihren Staat mit dem Schulwesen verfolgt, sondern „es gibt nur Deutungen über die Realität". (Sitta) Daraus ziehen diese „fortschrittlichen" Wissenschaftler dann den Schluß, daß es an den Lehrern und Eltern und nicht am bürgerlichen Staat liegt, wenn die Schulen ganz offensichtlich reinste Zwangsanstalten sind, die die Entfaltung der Fähigkeiten der Jugend verhindern.

Da ist offensichtlich, daß es mit „Fortschrittlichkeit" hier nichts auf sich hat, daß es sich hierbei lediglich um eine Theorie handelt zwecks Verdrehung der objektiven Realität im staatlichen Schulwesen, um den bürgerlichen Staat reinzuwaschen, indem die Unterdrückung im Schulwesen zu einer persönlichen Charaktereigenschaft der Lehrer erklärt wird. „*Das liegt daran, daß man in sich den Unterdrücker nicht abstellen kann*", hat der Professor Sitta einmal erklärt, der, wie wir eingangs sahen, im übrigen eine durchaus eindeutige Vorstellung von der Realität hat, die für ihn darin besteht, daß er für jedes Exemplar dieses reaktionären Theorieaufgusses 20 Pfennig Autorenhonorar erhält.

Nachdem der bürgerliche Staat so aus der Schußlinie heraus und Lehrer und Eltern dafür hineingezogen worden sind, kann der „Fortschritt" der Autoren jetzt Triumphe feiern. Denn entsprechend ihrer Theorie hängt es vom Lehrer ab, die Schüler den Unterricht mitgestalten zu lassen, was Planung, Durchführung und auch Benotung betrifft. Ebenso hänge es vom Lehrer ab, Gruppenunterricht zu machen, den Auftrag der Schule zu erfüllen, der in der „*Förderung aller Schüler*" besteht.

Was sagt nun der Professor Sitta, wenn er in seinem Seminar mit den wirklichen Verhältnissen konfrontiert wird, die nur eine Deutung der Realität zulassen, die, daß das bürgerliche Schulwesen ganz dem Interesse der Kapitalistenklasse untergeordnet ist: Erlasse, die die Lehrer zu schärferer Notengebung zwingen, Kontrolle der Lehrer durch den Schulrat, Richtlinien für den Unterrichtsinhalt, Verwarnungen in der Personalakte, Zwangsversetzungen, politische Disziplinierungen und Entlassungen; wenn er konfrontiert wird mit der Tatsache, daß der Staat die Lehrer als Polizisten im Schulunterricht einsetzen will zwecks Einpauken der bürgerlichen Weltanschauung in die Schülerköpfe.

Retten kann er sich dann nur noch mit Behauptungen und Appellen, und wenn er mit einer unbezweifelbaren Tatsache konfrontiert wird, streitet er sie einfach ab.

Von den Studenten wurde gefragt, wie er sich denn die Berufsverbote erklären könne, z.B. den Fall, daß der Lehrer A. Sparla hier in Aachen wegen Unterstützung eines Streiks im Unterricht Berufsverbot bekommen hat, wo er doch behaupte, daß alles so demokratisch sei? Dazu meinte Sitta bloß, er könne es nicht glauben, dies sei rechtlich gar nicht möglich.

Deutlich wird hier: Diese „fortschrittlichen" Wissenschaftler sind in Wirklichkeit reaktionär, versuchen Illusionen über die Verhältnisse an den Schulen zu verbreiten, damit kein Widerstand aufkommt, und die „Schuld" an den Verhältnissen an den Schulen haben nicht die Kapitalistenklasse und ihr Staat, sondern die Lehrer und Eltern, welche dadurch vom Kampf gegen die staatliche Schulgewalt abgehalten werden sollen. Professor Sitta auf die Frage eines Studenten, ob das Lernziel, „Vorbereitung auf die spätere Lebenssituation der Schüler", Anpassung an oder Überwindung dieser „Lebenssituation" bedeute: „*Ich wehre mich eigentlich gegen diese Frage. Als Lehrer müssen Sie die Anpassungsfähigkeit ermöglichen, sonst werden Sie von niemandem ernst genommen!*"

Mit „niemandem" meint er freilich die Kapitalisten und ihren Staat, denn als Verteidiger dieser Ausbeuterordnung ist er auf deren Anerkennung angewiesen, dieser Anerkennung verdankt er sein dickes Professorengehalt, seinen Forschungsauftrag von der VW-Stiftung und seine Stellung als Kommunikationswissenschaftler.

Um es sich mit dieser „Anerkennung" nicht zu verscherzen, verbietet er z.B. in seinen Seminaren das Verlesen von Resolutionen. Da ist plötzlich seine Kommunikationsbereitschaft am Ende. Seltsam, wo Herr Sitta doch so gerne von „Lernprozessen" redet, die er durchmachen wolle, und wo, jedenfalls nach seinen Schriften, nur durch „ständige Kommunikationsprozesse aller gesellschaftlichen Gruppen' und durch „kritische Hinterfragung gesellschaftlicher Normen" die Gesellschaft verändert werden kann! Was mögen das wohl für Kommunikationsprozesse sein? Sicher solche wie das Zustandekommen ministerieller Erlasse in Studienreformkommissionen und Ordnungsausschüssen oder wenn er mit seinem Verleger das Honorar aushandelt, das ihm dieses Machwerk einbringen soll. – (Nach: Kommunistische Hochschulzeitung der Kommunistischen Hochschulinitiative Aachen)

Drohung mit Gerichtsvollzieher

Konstanz. Im Juni 1976 verabschiedete das Kultusministerium Baden-Württemberg einen Erlaß, mit dessen Hilfe als Ersatzgelder getarnte Studiengebühren an den Universitäten erhoben werden sollen. In Konstanz ist die Universität mittlerweile intensiv bemüht, diese Ersatzgelder für das letzte Semester einzutreiben. Zum einen behält sie die Übungsscheine, wenn die Gelder für das Seminarmaterial nicht bezahlt werden, zum anderen droht sie jetzt unmittelbar mit dem Gerichtsvollzieher, falls die Ersatzgelder für die Praktika nicht binnen 10 Tagen bezahlt werden. Bei den Naturwissenschaftlern belaufen sich die Ersatzgebühren für das letzte Semester schon auf Beträge zwischen 170 und 200 DM. Nach dem Erlaß vom Juni 1976 können von den Studenten häufig aber auch noch höhere Beträge erhoben werden. Ebenfalls werden im nächsten Semester noch die Skriptengebühren steigen, da diese jetzt kostendeckend erhoben werden. Angesichts sinkender BAFöG-Sätze im Wintersemester, für Studenten aus Familien mit bis zu drei Kindern, infolge der höheren Anrechnung des Lohnes, der nominal gestiegen, real aber gesunken ist, kann man leicht ermessen, in welche materielle Zwangslage die Studenten durch diese Ersatzgelder getrieben werden.

Der sowjetische Admiral Bondarenko

Kriegsvorbereitungen im Namen der Völkerverständigung

Im Kampf um die Weltherrschaft der beiden Supermächte, in welchem die Vorherrschaft auf den Weltmeeren einen wichtigen Bestandteil bildet, hat die sozialimperialistische Sowjetunion in den letzten 10 Jahren ihre Seekriegsflotte enorm ausgebaut, was in einer Verdopplung der Tonnage ihrer Flotte in diesem Zeitraum zum Ausdruck kommt und in der Einführung neuer Waffensysteme wie Hubschrauber- und Flugzeugträger.

In einem Interview, erschienen in der Zeitschrift „Freundschaft“ vom 24.6.76, einem Organ der bürgerlichen Klasse in der DDR, hat der stellvertretende Oberkommandierende der sozialimperialistischen Seekriegsflotte, Bondarenko, einiges über den Zweck und den Charakter dieser Flottenrüstungspolitik herausgelassen, was sich zu dokumentieren lohnt.

Einleitend bemerkt er: „Um das heutige Niveau zu erreichen, hat die sowjetische Seekriegsflotte große Wandlungen erfahren. Sie wurde kurz nach der Oktoberrevolution 1917 zum Schutz des welt-ersten sozialistischen Staates geschaffen, und diese ihre Bedeutung hat sie auch in unseren Tagen nicht eingebüßt.“

Die „großen Wandlungen“ der sowjetischen Flotte bestehen darin, daß sie vom Instrument zum Schutz eines sozialistischen Staates zum Instrument einer imperialistischen Supermacht im Kampf um die Weltvorherrschaft wurde: „Die Sowjetunion baute eine moderne Flotte und schickte sie auf Hochsee zur Sicherung der Staatsinteressen für den zuverlässigen Schutz aller Länder der sozialistischen Staatsgemeinschaft vor Überfällen aus allen Richtungen des Weltmeeres. Mächtige Energieanlagen, Raketen, Kernwaffen und elektronische Funkmittel verliehen der Flotte neue Qualitäten. Sie ist eine Hochseeflotte mit Raketen und Kernwaffen, Unterseebooten und Luftwaffe, die fähig ist, **jegliche Aufgaben** zu erfüllen.“

Wir machen an dieser Stelle darauf aufmerksam, daß bestenfalls eine imperialistische Seekriegsflotte „jegliche Aufgaben zu erfüllen“ hat, worunter insbesondere die Aufgabe der imperialistischen Aggression gegenüber Küstenstaaten gehört, die Aufgabe der Beherrschung der Seestraßen und Weltmeere. Dagegen kommt der Flotte eines sozialistischen Staates die Aufgabe der Verteidigung der Gewässer des eigenen Landes zu, also keinesfalls „jegliche Aufgabe“.

Daß mit den Worten des Admiral Bondarenko unverhüllt die Imperialistenseele einer Supermacht spricht, welche es mit Stolz erfüllt, daß sie der anderen Supermacht auch auf den Weltmeeren ebenbürtig ist, leugnet der Admiral Bondarenko nicht: „Die Schiffe der Seekriegsflotten kreuzen das Weltmeer in allen Richtungen aufgrund des anerkannten Prinzips der Bewegungsfreiheit in den Neutralgewässern.“

Worin besteht denn dieses „anerkannte Prinzip der Bewegungsfreiheit in den Neutralgewässern“, aufgrund dessen die sowjetische Flotte auf allen Weltmeeren aufkreuzt? Seitens der Imperialisten ist dies bekanntlich das Prinzip, mit dem sie den Ländern vor allem der Dritten Welt das Recht auf Ausdehnung und Schutz ihrer Küstengewässer streitig machen und die ungehinderte Durchfahrt ihrer Kriegsschiffe durch alle Meeresengen fordern.

Als auf der 3. UNO-Seerechts-Konferenz im Sommer 1974 einige Entwicklungsländer den Vorschlag unterbreiteten, daß bezüglich internationaler Seestraßen, welche gleichzeitig Territorialgewässer sind, die Anliegerstaaten das Recht haben sollten, Beschränkungen für die Durchfahrt von Kriegsschiffen aufzuerlegen, erklärte die Sowjetunion, dies könne „gefährliche internationale Konflikte“ bewirken. (KVZ 25/75) Unter dem „Prinzip der Neutralität“ der Meere versteht sie also das Recht der Imperialisten, ihre Flotten immer und überall und ohne alle Einschränkungen auf den Weltmeeren und durch Meerengen kreuzen zu lassen.

Daß eine solche imperialistische Flotte eine Bedrohung für alle Küstenstaaten ist und die Kriegsgefahr verschärft, ist unübersehbar. So erklärte der Admiral Bondarenko: „Die Fernfahrten sind eine ausgezeichnete Schule für die Kampfausbildung der sowjetischen Matrosen. Auf lange Zeit von ihren Stützpunkten getrennt, geraten die Besatzungen der Schiffe und Unterseeboote auf dem Ozean nicht selten in solche Situationen, da von ihnen momentane Reaktion, Selbstbeherrschung und Entschlossenheit, bisweilen auch Wagemut gefordert wird. All das macht die Seeleute widerstandsfähig zur Erfüllung der Kampfaufgaben, bei beliebigem Wetter unter beliebigen Klimaverhältnissen bereit.“

Wir können uns lebhaft vorstellen, welche „Situationen“ der Admiral Bondarenko meint: etwa das Eindringen von U-Booten in fremde Küstengewässer, etwa das widerrechtliche Passieren von Meerengen etc. Das macht hinreichend deutlich, daß, während die Sozialimperialisten von Entspannung reden, sie tatsächlich Krieg vorbereiten und Konflikte anzetteln.

Die Flotte der Supermacht Sowjetunion ist der Zahl der Kriegsschiffe nach der Flotte der anderen Supermacht überlegen. Freilich hat sie damit noch nicht die strategische Schlagkraft, über welche die US-Flotte verfügt, welche u.a. auf einem weltweiten Stützpunktsystem beruht. Die Sozialimperialisten haben deswegen in den letzten Jahren verstärkt versucht, Stützpunkt-Bunker und Anlegerechte in ausländischen Häfen zu erhalten, um so die Kampfkraft ihrer Flotte zu erhöhen. Zu diesem Zweck haben sie allerlei Erpressungsmanöver und Einmischungsversuche gegenüber anderen Staaten unternommen, was der Admiral Bondarenko jetzt „Völkerverständigung“ nennt: „Mit dem Erscheinen der Seekriegsflotte der UdSSR auf dem Weltmeer laufen sowjetische Kriegsschiffe immer häufiger ausländische Häfen an.

Allein im letzten Jahr waren sie in 82 Häfen von 50 verschiedenen Ländern. An Land gingen Tausende Matrosen, Obermeister und Offiziere. Die sowjetischen Matrosen einer Sonderrettungsexpedition halfen der Republik Bangladesh den Meeresgrund des Hafen Chittagong zu baggern. (...) Solche Hilfeerweisung an ausländische Staaten sowie zahlreiche Freundschaftsbesuche und geschäftliches Anlaufen ausländischer Häfen durch sowjetische Schiffe sind ein großer Beitrag zur Verbesserung der gegenseitigen Verständigung zwischen Staaten und Völkern zur Festigung des internationalen Ansehens der Sowjetunion.“

Ist das nicht reinste imperialistische Räuberlogik? Daß die Flotte der Sowjetunion auf allen Weltmeeren Flagge zeigt, das Recht beansprucht, in allen Meerengen zu patrouillieren, sich in die inneren Angelegenheiten der Völker einmischt und Stützpunktrechte fordert, das sei „Völkerverständigung“ und diene dem „internationalen Ansehen der Sowjetunion“. Es verhält sich mit diesem „Ansehen“ ganz wie mit dem eines Räubers, der, um bei seinem Opfer Ansehen zu genießen, eine Pistole vorweisen muß. – (e.r.)

Entlassung außer Kraft

Neue Entlassung in Vorbereitung

Stetten. Wie in der KVZ Nr. 30 berichtet, wurde die Vollstreckung der Entlasung des Panzerschützen Kaiser vom Mai dieses Jahres nach einem Urteil des Verwaltungsgerichts Freiburg aufgehoben. Mit seiner Entlassung am Tag der Wahl zum Vertrauensmann der Kompanie des Panzergrenadierbataillons 293, wollten die Offiziere verhindern, daß das Amt des Vertrauensmannes zum Kampf gegen Entrechtung und Unterdrückung genutzt wird. Nach der Schlappe mit der Entlassung hat die Bundeswehr nun einen neuen Weg eingeschlagen:

1. Der Soldat wurde innerhalb des Bataillons versetzt. Die Offiziere wollen verhindern, daß er sein Amt als Vertrauensmann antreten kann. Die Mannschaften der 2./293, die bis zum 22.8. auf Urlaub geschickt worden sind, werden sich dagegen zur Wehr setzen, wie sie sich bereits gegen die Entlassung Kaisers gewehrt hatten.

2. Das Truppendienstgericht Ulm verhängte in Abwesenheit Kaisers einen dreitägigen Disziplinararrest gegen ihn. Begründet wurden die 3 Tage Bau mit dem Tragen der Uniform als Angeklagter bei einem Prozeß gegen § 218-Gegner und dem Schreiben eines Leserbriefes im Herbst letzten Jahres. Letzte Woche mußte der Stettener Soldat den Arrest in der Pfullendorfer Kaserne absitzen. Danach wurde der Soldat für 14 Tage auf Urlaub geschickt. Der Zweck des Manövers liegt auf der Hand. Aufgrund der Arreststrafe soll die Absetzung als Vertrauensmann betrieben werden.

3. Schließlich wird die erneute Entlassung des Soldaten vorbereitet. 5 Tage nach seiner Wiedereinstellung wurde der Panzerschütze von der 10. Panzerdivision in Sigmaringen verhört. Ein Oberregierungsrat bemühte sich mehrere Stunden im Verhör, um belastendes Material über Kaiser zusammenzutragen.

Gegenstand des Verhörs war eine Veranstaltung der „Kommunistischen Gruppe“ Albstedt in einem Jugendzentrum in der Nähe der Kaserne Stetten. Dort hatte Kaiser vor rund 50 Teilnehmern über seine Entlassung berichtet und in Beiträgen den imperialistischen Charakter der Bundeswehr aufgezeigt. Oberleutnant Draeger, ein – wie sich später herausstellte – Offizier, der von dem Divisionsstab in Sigmaringen zur Überwachung der Veranstaltung und Bespitzelung der Teilnehmer geschickt worden war, hat nun seinen umfangreichen Spitzelbericht vorgelegt. Die Division plant die neuerliche Entlassung des von den Mannschaften der 2./293 zu ihrem Vertrauensmann gewählten Soldaten durchzusetzen. – (Soldaten- und Reservistenkomitee Freiburg)



Jährliche Ausgaben für die Militärseelsorge
(Ansatz der Regierung im Bundeshaushalt)
in Millionen DM

„2 Prozent früher entlassen und ein Bataillon Tote“

Diese Enthüllung machten unser Kasernenkommandand Oberst Schmitt und ein Sozialarbeiter während eines Unterrichtes. Durch Selbstmorde, Unfälle während der Heimfahrt oder Unfälle beim Dienst kommen jährlich über 1000 Soldaten ums Leben (etwa ein Bataillon). Zwei Prozent aller Soldaten, also etwa 10000, werden früher entlassen, weil sie Selbstmordversuche unternommen haben oder weil sie während des Dienstes zu „Krüppeln“ gemacht wurden. Diese Verschleißrate in der imperialistischen Bundeswehr regt die Offiziere nicht besonders auf, weil es im Moment genug Nachschub an Menschenmaterial gibt.

Die Ursache für die vielen Selbstmorde als auch für die Unfälle auf der Heimfahrt ist die völlige Trennung der Bundeswehr von der Bevölkerung. In unserer Kompanie haben wir maximal siebeneinhalb Stunden Freizeit in der Woche. Weit über die Hälfte der Soldaten wohnt mehr als 100 Kilometer vom Standort entfernt. Heimfahrten bis zu sechs Stunden sind nicht selten. Auf der anderen Seite hat ein Soldat, der nur sieben Minuten nach Ausgangsschluß kam, die Freizeit für eine Woche gestrichen bekommen.

In der letzten Woche hat bei uns ein Soldat einen Selbstmordversuch unternommen, weil er drei Wochen hintereinander in der Kaserne bleiben sollte. Bei der Parole hat Hauptmann Seuberlich daraufhin erklärt, es gäbe doch andere Möglichkeiten, seine Probleme zu lösen. „Wenn Sie nicht mehr weiter wissen, dann kommen Sie doch zu mir!“

Diesem Ruf werden sicher nicht viele Soldaten folgen. Im Ggenteil, es haben sich einige Soldaten zusammengetan und gemeinsam zu den Vertrauensmännerwahlen ein Programm aufgestellt, in dem unter anderem einer weiteren Verschärfung des Wochenendausganges entgegengetreten wurde, die der Hauptmann vor drei Wochen angekündigt hatte. Tatsächlich konnte er diesen verschärften Wochenendausgang bisher nicht durchführen. Die Soldaten, die sich auf das Programm gestellt hatten, wurden gewählt. Nicht das Gespräch mit dem Hauptmann oder der Selbstmord, aber der Zusammenschluß der Soldaten wird den Kampf der Soldaten um ihre Rechte voranbringen. Diese Erkenntnis verbreitet sich unter den Soldaten.

Pfaffen und Offiziere – eine nach wie vor gute Ehe

Bis einschließlich zum Zweiten Weltkrieg war es in den Armeen aller Unterdrückergesellschaften üblich, daß Pfaffen das Kriegswerkzeug und die Soldaten mit göttlichem Segen bedachten und so den verbrecherischen Raubzügen der herrschenden Klassen den Heiligenschein besorgten. Deutlicher konnte die Darstellung der Pfaffen als Helfershelfer räuberischer Interessen nicht sein. „Heute gibt sich die Kirche für solch schändliches Tun ja nicht mehr her“, hört man manch einen sagen. Freilich, göttlicher Segen über Leopards und Phantoms würde bei allzu vielen Übelkeit hervorrufen, solcherart Treiben hat seinen Zweck verloren, denn es verschafft nichts und niemandem einen rechtfertigenden Heiligenschein. Keineswegs sind deshalb jedoch die Pfaffen von der Seite der Unterdrücker und Räuber gewichen. Ein „feineres“ Geschäft betreiben sie heute, genannt „Militärseelsorge“. Daß dieses Geschäft nicht weniger lumpig ist als das vormalige Segnen von Waffen und Soldaten, läßt sich deutlich an den folgenden zwei Beispielen aus Koblenz zeigen:

Nach den ersten beiden Wochen Grundausbildung als Panzergrenadiere hatten wir das erste Mal „lebenskundlichen Unterricht“ (Religion). Zwei feische junge Pfarrer wurden uns vorgestellt. Zwei freundliche junge Zivilisten im Freizeithemd und ohne Befehlston und mit der erklärten Absicht, sich um unsere Belange zu kümmern. Beide forderten uns auf, unsere Sorgen zu schildern. Ein Ventil war da, der gesamte Haß wurde abgelassen, die Kameraden hörten gar nicht mehr auf, sich zu beschweren. Das Mißtrauen einiger Kameraden diesen Pfaffen gegenüber erwies sich schon am nächsten Tag als berechtigt: Auf der Kompaniebelehrung wies uns der Kompaniechef mit allem Nachdruck darauf hin, daß die Pfarrer keine Beschwerdeinstanz seien. Er habe sich mit den beiden Herren unterhalten, wie jedes Quartal, und sie hätten ihm – wie ihnen aufgetragen – über die Stimmung unter den Rekruten berichtet. Der Kompaniechef selbst machte uns klar, was diese freundlichen Herren sind: Ventile, um Haß abzulassen, und Spitzel von Gottes und der Offiziere Gnaden.

Dies ist die eine Seite, die andere Seite läßt sich darstellen am Militärbischof, der kürzlich den Standort Koblenz besuchte. Dieser feine Herr hatte nach dem Standortgottesdienst einen Querschnitt durchs Offizierskorps und Mannschaftsvertrauensmänner zum Frühstück eingeladen. In eitler Eintracht mit allem, was viel Silber und Gold auf den Schulterklappen hat, sprach der Herr Bischof deutliche Sprache: „Soldat sein heißt nicht einfach, eine Zeitlang seine Pflicht erfüllen, sondern heißt mit Leib und Seele die Freiheit des deutschen Volkes und der Völker der Welt zu verteidigen, heißt zusammen mit den Verantwortlichen in der Bundeswehr und den verbündeten Staaten den Frieden in der Welt sichern.“

Selbige Worte sind uns aus dem Munde von Bourgeois-Politikern und Offizieren wohlbekannt, als Pfaffensprüche kennt man sie jedoch noch nicht allenthalben. –

(a., Panzergrenadier, Koblenz)

Die revisionistische Partei in Ungarn:

Eine Organisation zur Niederhaltung und Bespitzelung der Arbeiterklasse

In der Nummer 160/1976 vom 8. Juli des Zentralorgans der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP), „Népszabadság“, ist ein Artikel erschienen, in dem die beispielhafte Arbeit der Parteivertrauensleute der Lenin Hüttenwerke in Diósgyôr – einer ungarischen Industriestadt – gelobt wird. Womit haben diese Mitglieder der USAP das Lob des Zentralorgans verdient?

Der eine Vertrauensmann berichtet: „Worüber wird am meisten gesprochen? Natürlich über die Preiserhöhungen (30 % für Fleisch und Fleischwaren ab 1.7.). (...) Natürlich gibt es überall aufmüpfige Schreihälse, auch bei uns. Mit diesen Leuten müssen wir reden. ... Wir müssen ihnen erklären, daß nur das verteilt werden kann, was erarbeitet wurde. Sie verstehen nicht, daß die Familie keine fremde Obrigkeit ist, sondern da gehört er selber dazu. Die Familie, also der Staat, wir verstehen uns doch? Der Staat, das sind wir selbst. Ich sage nie, sie haben die Preise erhöht, sondern daß wir gezwungen waren, sie zu erhöhen.“

Der andere Vertrauensmann ergänzt: „Die Staatskasse ist nicht unerschöpfbar, das muß man nüchtern und diszipliniert zur Kenntnis nehmen. (...) In solchen Fällen frage ich mich und auch die anderen: Wenn du der Minister wärst, würde dir dann was Gescheiteres einfallen? Also, man muß Vertrauen zu unserer Politik, zu unserer Partei haben.“

Kapitalistische Krise in den Ländern Osteuropas

Jedem westdeutschen Kollegen wird die Argumentation der ungarischen Parteifunktionäre vertraut vorkommen: Wir müssen den Gürtel enger schnallen, heißt es jetzt in allen kapitalistischen Ländern in Ost und West.

Die kapitalistische Krise hat auch die Länder Osteuropas erfaßt. Verschärft wird das noch durch die Ausplünderung durch den Sozialimperialismus. Die polnischen Arbeiter haben mit Kampfmaßnahmen darauf geantwortet, daß die polnische Bourgeoisie die Krise der Wirtschaft und die Folgen der maßlosen Bereicherung der sozialimperialistischen Sowjetunion und der polnischen Bourgeoisie selbst auf ihren Rücken abwälzen will.

In Ungarn ist es noch nicht so weit. Aber, wie man weiß, muß die Partei alles daransetzen, um die Unzufriedenen zu beschwichtigen. Auf der einen Seite verbreiten die Parteifunktionäre die Theorie „Wir sitzen alle in einem Boot“, „Es ist unser Staat“, „Wir sind alle eine große Familie“, wobei sie sich unverschämt auf die Diktatur des Proletariats berufen; sie behaupten, dieser Staat übe die Diktatur des Proletariats aus. Auf der anderen Seite versuchen sie als Sprachrohr und Durchsetzungsinstrument der Bourgeoisie und der Sozialimperialisten die Steigerung der Arbeitshetze in den Betrieben durchzusetzen.

So berichtet der dritte Vertrauensmann: „Jeder soll anständig arbeiten – es geht um die Arbeitsdisziplin. (...) Die Mitglieder der Parteigruppe sind den Disziplinlosigkeiten gegenüber nicht nachsichtig, sie ermahnen ihre Kollegen, wenn es notwendig ist, als Freunde und Genossen. (...) Manchmal wird die technologische Disziplin verletzt, was Qualitätsverschlechterungen zur Folge hat.“ (Es wird Ausschuß produziert; S.)

Der vierte Vertrauensmann ergänzt: „Die Arbeitsdisziplin hängt mit der Lage auf dem Arbeitsmarkt und der Belegschaftsstärke zusammen. Der Arbeitskräftemangel, wie wir es auch betrachten mögen, lockert die Arbeitsdisziplin. Eine Veränderung in der Anschauungsweise wäre notwendig. (...) Der Arbeitskräftemangel paßt niemandem, trotzdem gibt es Leute, die daraus einen Nutzen ziehen, sie meinen jetzt ist Konjunktur, jetzt dürfen sie alles und wenn wir ihnen was sagen, dann sind sie beleidigt und kündigen. (...) Was wir verständlich machen müssen, ist, daß nur aus der Arbeit der Fortschritt entspringt. (...)“

Die USAP hat jeden Widerspruch verboten

Die verhältnismäßige Stärkung der Position der Arbeiter zu Zeiten von Arbeitskräftemangel – das ist, was die ungarischen und sozialimperialistischen Bourgeoisie schmerzt. Schon hat vor einigen Monaten das Zentralorgan „Népszabadság“ alarmierende Berichte gebracht, wonach die ungarischen Arbeiter – vor allem die jungen Arbeiter – nicht mehr bereit wären, grenzenlos Überstunden zu schieben, wie das vor einiger Zeit noch der Fall war. Diese Büttel der Bourgeoisie wollen nun die Arbeiter dazu bringen, ihre Macht nicht zu nutzen und sich für die Kapitalisten zu arbeiten. Mit dem Argument: „Nur Arbeit bringt den Fortschritt“ werden diese Gauner auch nicht weit kommen, denn die ungarische Arbeiterklasse sieht: die Machthaber in den Betrieben, in der Partei und im Staat arbeiten nicht, trotzdem haben sie Fortschritte gemacht, sie haben sich unmäßig bereichert, Villen gebaut, teure westliche Autos gekauft. Die Arbeiter dagegen schuften und trotzdem haben sie keinerlei vergleichbare „Fortschritte“ zu verzeichnen. Im Gegenteil, nun sollen sie dem erneuten Lohnabbau durch staatliche Preiserhöhungen zustimmen.

Die Sozialimperialisten und die ungarische Bourgeoisie besitzen mit der USAP ein strikt organisiertes Heer von Spitzeln und Agitatoren, die die Köpfe der Arbeiter vernebeln, ihre Bewegungen niederhalten sollen (750000 Mitglieder bei 10 Millionen Einwohnern). Den christlichen Orden des Mittelalters gleich, sichern sie die Macht der herrschenden Klasse vor allem auf ideologischem Gebiet und kümmern sich um die „Sicherheit“ des Staates.

Damit sich in dieser Partei kein Widerspruch gegen diese schändliche Rolle erhebt, hat die Parteiführung mit dem neuen Parteistatut im vergangenen Jahr erstens jeden Widerspruch gegen ihre Politik innerhalb der Partei verboten, zweitens Ausschlußverfahren erleichtert und Aufnahmen erschwert.

Die Arbeiterklasse wird die USAP mit dem Staat zusammen zerschlagen müssen. – (s.)

Osteuropäische Länder müssen Gasleitungen in der Sowjetunion bauen

Sozialimperialisten am Schalthebel

Ein gutes Beispiel für die Ausplünderung der Comecon-Länder durch die Sowjetunion ist der Bau der Orenburger Gasleitung. 1974 ist der Vertrag für den Bau in Sofia zwischen der Sowjetunion, Bulgarien, der Tschechoslowakei, Polen, Rumänien, der DDR und Ungarn abgeschlossen worden. Vereinbart wurde, daß diese Länder am Bau der Gasleitung teilnehmen und dafür Gaslieferungen von der UdSSR erhalten.

Die Länge der Rohrleitung beträgt 3000 km, sie reicht vom Ural bis zur westlichen Grenze der Sowjetunion, also liegt die Leitung ausschließlich auf russischem Boden. Die vertragschließenden Ländern sollen diesmal „nicht nur mit finanziellen Mitteln, sondern auch durch unmittelbare Bauleistungen“ am Bau beteiligen. (Zitiert nach Pressekonferenz von J. Adám, Staatssekretär im Ministerium für Schwerindustrie, Népszabadság vom 6.7.76)

Die Sowjetunion übernimmt die Erschließung der Gasfelder und der Strecke der Leitung, stellt außerdem alle Pläne für den Bau. Ranschaffen sollen dann die anderen Länder. Rumänien soll z.B. Maschinen aus dem Westen importieren, d.h. nichts anderes, als daß Rumänien mit westlichen Devisen für die sowjetischen Gaslieferungen bezahlen soll, und zwar hier und heute, wobei sich die Gaslieferungen auf 20 Jahre erstrecken, ab 1979!

Die Strecke wird unter den anderen Teilnehmern gleichmäßig aufgeteilt. Ungarn baut am westlichsten Abschnitt 3 Kompressorenstationen im Bereich Huszt, Bogorodtschani und Gusjatjin, hierzu auch noch die kommunalen und Wohngebäude. Einige Arbeiten an der Leitung werden von der Sowjetunion ausgeführt, dafür liefert Ungarn Ikarusz-Busse, Maschinen und zum Bau benötigte Materialien an die Sowjetunion. Ein wahrhaft merkwürdiger Vertrag! Dafür, daß die Sowjetunion auf ihrem eigenen Gebiet eine Gasleitung baut, liefert Ungarn hochwertige Industriegüter, für die es irgendwann einmal Gaslieferungen erhält. (Ebenfalls ab 1979 für die nächsten 20 Jahre.) Inzwischen arbeiten 1800 ungarische Fachkräfte am Bau in der UdSSR, zu einem Zeitpunkt, wo in Ungarn Arbeitskräftemangel herrscht und die ungarische Bauindustrie völlig darniederliegt. Der Bau von Wohnhäusern kommt kaum voran, Investitionsbauten stehen halbfertig in der Gegend herum, weil sie nicht zu Ende gebaut werden können.

Die Ausplünderung durch die Sozialimperialismus ist einer der Hauptgründe für die andauernden Preissteigerungen in den osteuropäischen Ländern. Hier läßt sich die Sowjetunion von den Comecon-Ländern eine hochwertige Gasleitung bauen, die ihr gehört und sofort bezahlt und rangeschafft werden muß. Dafür zahlt sie dann in 25 Jahren mit Gaslieferungen, wodurch die Abhängigkeit dieser Länder von der Sowjetunion zusätzlich erhöht wird. Denn von ihrer Treue zur Sowjetunion hängt ab, ob sie für ihre jetzigen Investitionen überhaupt was zurückbekommen. Mit dem Bau solcher zentralen Leitungen setzt sich die Sowjetunion an den Schalthebel der Energieversorgung der osteuropäischen Länder und nutzt diese Tatsache zur weiteren Ausplünderung und Entrechtung dieser Länder.

Breite Streikbewegung in den USA

Gegenüber den verschärften Rationalisierungsmaßnahmen der US-Kapitalisten hat die amerikanische Arbeiterbewegung mit einer breiten Streikwelle geantwortet. Der bedeutendste Streik, der der Kohlebergarbeiter, begann am 20. Juli in West Virginia. Mittlerweile ist bereits über die Hälfte der US-Kohlebergarbeiter in den Streik getreten. Ein von den Kohlekapitalisten erwirkter Gerichtsbeschluß, der den Streik für ungesetzlich erklärte, und die Verhaftung mehrerer Bergarbeiter, beantworteten die Bergarbeiter mit einer Ausbreitung des Streiks auf die Gebiete West Virginia, Illinois, Pennsylvenia und Ohio. Der Streik richtet sich gegen die steigende Arbeitshetze. Die Streikenden fordern weiterhin eine Untersuchung der Beziehungen zwischen den Kohlekapitalisten und den Richtern, die den Streik für illegal erklärt haben. Am 12. Juli traten 40000 Arbeiter von Westinghouse in den Streik mit der Forderung nach einem neuen Tarifvertrag. Der Streik endete nach mehreren Wochen mit einem Erfolg der Westinghouse-Arbeiter. Bereits seit drei Monaten streiken die in der Vereinigten Gummiarbeiter Gewerkschaft organisierten 60000 Gummiarbeiter, um 45 % für die nächsten drei Jahre fordern. Bei Bethlehem Steel erzwangen die Arbeiter durch einen zweitägigen Streik die Wiedereinstellung eines entlassenen gewerkschaftlichen Vertrauensmannes. Für Lohnerhöhungen, bessere Sicherheitsbedingungen und mehr Urlaub traten die Arbeiter der Copeland Manufacturing Co. in Ohio in den Streik. Als die Polizei daraufhin mit Gewalt die Streikkette zerschlug und 35 Arbeiter festnahm, versammelten sich 2000 Arbeiter und Angestellte vor dem Gefängnis und lieferten der Polizei eine harte Schlacht. – (Nach: Guardian, 11.8.76)

Polen: Dem Volk wird der Zucker rationiert

Die polnische Regierung hat die Rationierung von Zucker beschlossen. Jeder Einwohner erhält nur noch zwei Kilo Zucker monatlich, eine Maßnahme, welche die neue Bourgeoisie mit ihren Sondereinkaufsmöglichkeiten nicht trifft. Es ist ein neuer Schritt im Klassenkampf gegen das polnische Proletariat, nachdem die Bourgeoisie mit den versuchten Erhöhungen der Lebensmittelpreise im Juni eine Niederlage erlitten hat. Der regierende Ausschuß der neuen Bourgeoisie in Polen betrachtet die Maßnahme als Test, wie weit er gehen kann: „Auch die Rationierung von Fleisch wird erwogen“, teilte der stellvertretende Ministerpräsident Pyka vor Journalisten mit. (Nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.8.76)

Westdeutsche und amerikanische Finanzbourgeoisie plazieren ihre Leute:

Soares-Regierung in Portugal gegen Rechte der Arbeiter

In Portugal ist unter Führung von Mario Soares nach sechs provisorischen Regierungen seit dem 25.4.74 die erste konstitutionelle Regierung angetreten. Die PS ist dazu keine Koalition eingegangen. Als stärkste Parlamentsfraktion (35 %) bildet sie die Regierung mit einigen „unabhängigen“ Militärs allein.

Die Parlamentsdebatte über das Regierungsprogramm endete in der Nacht zum vergangenen Donnerstag ohne Abstimmung. Die Oppositionsparteien hatten keinen Antrag gestellt. Damit ist die Zustimmung zu dieser Regierung sowohl von seiten des CDS, der Partei der Großgrundbesitzer und Industriellen erfolgt, wie auch von seiten der portugiesischen Revisionisten. Der UDP, die mit einem Sitz im Parlament vertreten ist, wurde zuvor von allen anderen Parteien der Fraktionsstatus durch Abstimmung verweigert, so daß die UDP nicht das Recht hatte, einen Ablehnungsantrag zu stellen.

Druck und Erpressung durch die portugiesische Bourgeoisie und die Imperialisten

Während die CDS ihr Wohlwollen für die PS-Regierung äußert, wirft sie gleichzeitig öffentlich die Frage auf, ob „diese Regierung die erste definitive oder die siebte provisorische sein wird“. Im übrigen droht sie mit einem Entzug des Wohlwollens, „wenn die Regierung die ökonomische und soziale Krise nicht löse“.

Der portugiesische Industriellenverband CIP, treuer Knecht der Imperialisten, hat durch seinen Vorsitzenden Vasco de Melo erklären lassen: „Die Regierung der PS hat unser Vertrauen.“ Dies Vertrauen ist nicht bedingungslos. Es paart sich mit Druck und Erpressung. Bei der Erpressung ist die CIP nur Erfüllungsgehilfe. Die eigentlichen Erpresser sitzen außerhalb. Die Verbindungen zwischen CIP und den Finanzkapitalisten in Washington, Bonn, London und Zürich sind gut. Vasco de Melo riet den Kapitalisten im Ausland Anfang Juni auf einer Rundreise nach England, Westdeutschland, der Schweiz und den USA, so lange nicht in Portugal zu investieren, bis die Lage stabilisiert sei; die ausländischen Regierungen sollten der Regierung in Lissabon die Notwendigkeit einer „pragmatischen und realistischen“ wirtschaftlichen Marschroute deutlich machen. Dies war der Wink der CIP an die VI. Regierung, die von der PS dominiert war.

Die VI. Regierung stieß im Juni tatsächlich auf Schwierigkeiten, neue Kredite aufzunehmen. Selbst das sonst so begehrte Gold (schon ein Drittel der Goldreserven Portugals sind an das Ausland verpfändet) lockte keinen Pfennig hervor. Die portugiesische Zentralbank geriet „in Panik“, schreibt der „Expresso“, und die Regierung beschloß ein massives Sparprogramm.

Anfang Juli erhöhte der PS-Minister Zenha die direkten Steuern, vor allem die Lohnsteuer. Dies wurde damit gerechtfertigt, daß das zu Jahresbeginn kalkulierte Haushaltsdefizit von 3,45 Milliarden DM schon nach sechs Monaten um 790 Millionen DM überschritten war.

Schließlich erschien am 10. Juli das Gesetzes-Dekret 530/76: Jede Firma, die ausweist, daß sie wegen disziplinloser Arbeiter keine Gewinne mehr machen könne, kann nach diesem Dekret die Arbeitswoche bis zu drei Tagen kürzen bei entsprechender Lohnkürzung.

Weiter erlaubt dieses Dekret der Regierung, im Namen der „Erholung der nationalen Wirtschaft“, die Einfrierung der Tarifverträge für solche Firmen zu verfügen. Keine drei Tage bestand dieses Dekret, da zeigte sich, daß dies den ausländischen Investoren schmeckte. Die Firma Grundig, die bei 2300 Arbeitern in den Jahren 1967 bis 1972 allein 30 Millionen DM an ausgewiesenen Profiten aus den portugiesischen Arbeitern herausholte, ließ verlauten, sie müsse die Produktion in Portugal schließen. Die Regierung wandte sofort das neue Dekret an, und die Firma Grundig ist bis März 1977 von der Erfüllung des neuen Tarifvertrages über Lohnerhöhungen und soziale Verbesserungen befreit. Eine Reihe ausländischer Firmen, wie zum Beispiel „Dan Heldmann“ aus den Niederlanden, scheint dem Beispiel „Grundigs“ folgen zu wollen. „Agfa-Gevaert“ hat ebenfalls mit Schließung der Produktion in Portugal gedroht.

Dies ist die „Politik des nationalen Aufbaus“, wie sie von der VI. Regierung verfolgt wurde. Die jetzige Regierung will diese Politik fortführen, dies vor allem in zwei Punkten.

Erstens erbt sie von ihrer Vorgängerin ein Gesetzesdekret über die „Arbeiterkontrolle“, das nur noch zu überarbeiten und zu verabschieden ist. Damit sollen Betriebsräte eingeführt werden, die wie in der BRD auf das „Betriebswohl“ verpflichtet und den Interessen des Kapitals untergeordnet werden sollen.

Gegen dieses Projekt gibt es breite Proteste unter den Belegschaften vieler Betriebe und im gesamten öffentlichen Dienst. Der Protest bezieht sich erstens auf die Tatsache, daß ausländische Firmen grundsätzlich außerhalb des Anwendungsbereiches von „Arbeiterkontrolle“ liegen. Zweitens führt das Gesetz aus, daß die „Arbeiterkontrolle“ „nicht den normalen Gang des Betriebs hindern oder verzögern darf und nicht der Tätigkeit der Betriebsführungsorgane oder der jeweiligen vorgesetzten Verantwortlichen in den Weg kommen darf“.

Beseitigung der Errungenschaften seit dem 25. April im Namen des Sozialismus

Der neue Arbeitsminister Marcelo Curto hat auf der gleichen Linie jetzt geäußert, daß die Arbeiterkontrolle „in einer Phase des Übergangs zum Sozialismus, wie man sie jetzt in Portugal durchlebt, nicht als Mittel zur Förderung des Klassenkampfs verstanden werden darf“ (Expresso, 30. Juli). Im Gegenteil: Die Arbeiterkommissionen „müssen mit dem Staat bei der Reorganisierung der Produktion zusammenarbeiten“.

Zweitens: Einer der PS-Führung nahestehende Persönlichkeit, so berichtet der „Expresso“, habe herausgelassen, daß für die jetzige Regierung die Revision des Streikrechts eine der vorrangigsten Aufgaben sei, damit vorhersehbare politische Krisen, die durch unkontrollierte Streikbewegungen ausgelöst würden, verhindert werden können. Der neue Arbeitsminister stellt sich die Kontrolle so vor, daß in Zukunft nur die Gewerkschaft Arbeitsniederlegungen genehmigen kann. Als weitere Sicherung soll ein Schiedsgericht geschaffen werden, das drittelparitätisch aus Unternehmen, Staat und Gewerkschaften zusammengesetzt ist und auf Anruf einer Seite Konflikte „schlichten“ kann.

Auch in diesem Gesetz sollen die Arbeiterkommissionen in ihren Rechten (Ausrufung von Streiks!) eingeschränkt werden. Die PS ist bei der Unterstützung seitens der revisionistischen Gewerkschaftsführer dabei ziemlich sicher.

Die PS-Führung sucht den Kompromiß mit den rechten Parteien, vor allem der CDS. Unverhohlen sagt die CDS-Zeitung „O Tempo“, wer diesem Kompromiß im Weg steht: „Die Linke der PS muß begreifen, daß die portugiesische Gesellschaft noch nicht reif ist, ihren radikalen Programmen Folge zu leisten.“ Als Soares die Regierungsmannschaft vorstellt, stellt „O Tempo“ erfreut fest, „daß der rechte Flügel der PS die vollständige Vorherrschaft in der Partei erlangt hat“.

Die CDS hat einen wichtigen Gewährsmann in der Regierung: Firmino Miguel, ist zwar nicht Mitglied der CDS, er nennt sich „unabhängiger Offizier“. Er ist in der ersten Provisorischen Regierung Verteidigungsminister gewesen und hat damals den Kolonialkrieg weitergeführt. Er trat zurück, als die erste Provisorische Regierung gestürzt wurde. Heute ist er wieder Verteidigungsminister, ein Mann Spinolas. Es ist ein Mann der US-Imperialisten an der richtigen Stelle.

Die Politik dieser Regierung geht davon aus, daß „die Revolution“ abgeschlossen ist. Entsprechend hat Mario Soares versichert, daß keine Verstaatlichungen mehr vorgenommen werden, daß der Profit garantiert bleibt, daß die Preiskontrollen fallen, daß private Investitionen gefördert werden. – (kkw)

Interview mit Edgar Tekere, Mitglied des ZK der ZANU

„Der Feind sollte begreifen, daß wir um den militärischen Sieg kämpfen“

Ich bin aus Mozambique hierher nach Europa gekommen. Dort arbeite ich unter unseren Streitkräften zusammen mit Genossen Mugabe, der der Führer der ZANU ist, nachdem der frühere Präsident Sithole ausgefallen ist.

Es ist das erste Mal, daß ich nach Europa komme, und auch das erste Mal, daß ich so lange Zeit weg bin. Nach Europa kam ich auf Einladung des KBW. Unsere Delegation ist hier, um dem KBW zu helfen, uns zu helfen. Wir befinden uns auf einer Rundreise im Rahmen einer Kampagne zur Unterstützung unserer Streitkräfte, die der KBW organisiert. Der KBW ist schon lange Zeit unser Freund, und er hat stets besonderes Interesse gezeigt an unseren Erfordernissen im Kampf zur Befreiung Zimbabwes. Die gegenwärtige Rundreise dient der Bereitstellung von Lastwagen für uns, die wir für unsere Operationen brauchen. Die Genossen vom KBW sind alte Freunde, sie denken wie wir. Sie haben eine klare Vorstellung von unserer Sache, und zu einem sehr großen Grad ist unsere Sache im südlichen Afrika identisch mit ihrer in Westdeutschland. Es ist beides Klassenkampf, ein Kampf, dessen Kern der Kampf gegen den Kapitalismus ist.

1974 hat der KBW bereits eine Rundreise zur Unterstützung durch sieben Landrover für uns organisiert und danach weitere Kleider, Radios, Schreibmaschinen usw. Die Freundschaft des KBW ist für uns sehr bedeutsam und schlägt sich in konkreter Unterstützung auch materiell nieder. Wir freuen uns sehr, daß wir hier sein können, um ihm zu helfen, uns zu helfen.

Vor kurzem wurde berichtet, daß die Befreiungsstreitkräfte militärische Anlagen in der Stadt Umtali mit Raketen und Granaten angegriffen haben. Die Rassisten mußten sich aus den Vororten zurückziehen.

Die Operation wurde nach meiner Ankunft in Europa durchgeführt. Sie ist nichts Neues. Einfach ein kleiner Beweis dafür, daß wir den Krieg verschärfen und daß wir auch zunehmend die verschiedensten Kampfmethoden einsetzen. Der Angriff auf Umtali, hat der Feind behauptet, sei mit Hilfe der FRELIMO erfolgt. Sie sagten, daß der Angriff so „fachmännisch“ organisiert gewesen sei, daß fremde Kräfte darin verwickelt gewesen sein müßten. Vielleicht wollen sie damit unterstellen, daß die Russen oder Cubaner verwikkelt waren. Das ist aber alles Blödsinn. Wir haben stets unseren Standpunkt mit großer Klarheit vertreten und wurden nie müde, ihn zu verbreiten: Die Zimbabwer werden ihre eigenen Befreier sein. Wir werden niemandem erlauben, fremdes Blut auf dem Boden Zimbabwes im Kampf auf unserer Seite zu vergießen. Wir lehnen das vollständig ab. Der Feind sollte sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß er es nur mit Zimbabwern zu tun hat, und wenn er feststellt, daß wir entwickeltere Kampfformen einsetzen, sollte er die Tatsache besser begreifen lernen, daß wir um den militärischen Sieg kämpfen.

Bedeutet der Angriff, daß im Befreiungskrieg eine weiter entwickelte Phase begonnen hat, wo ihr die Zentren des Siedlerregimes, die Städte, angreift?

Man sollte den Angriff einfach als eine Form des Kampfes neben vielfältigen anderen Formen sehen, in denen wir den Krieg führen. Es dreht sich nicht darum, eine neue Phase einzuleiten. Es hat eine Reihe von Bombenexplosionen in den Städten gegeben, und wenn die Siedler anfangen, weitere Angriffe auf größere Städte zu erwarten, so kann das sein, aber niemand braucht überrascht zu sein, wenn nichts dergleichen passiert. Wir schlagen zu, wo und wie wir es für richtig halten, und zu dem Zeitpunkt, den wir für den günstigsten halten. Vielleicht werden wir weiter diese Methoden an, vielleicht überhaupt nicht in nächster Zeit.

Es gab Berichte in der bürgerlichen Presse, daß jetzt auch von Sambia aus Operationen in Zimbabwe durchgeführt werden.

Ich meine, daß diese Berichte daher kommen, daß Präsident Kaunda von Sambia vor kurzem erklärt hat, daß er tatsächlich eine neue Front entlang der Sambesi-Grenze eröffnet habe, und betonte, das sei wahr. Nach solchen öffentlichen Reden scheinen die Leute geneigt sein, zu glauben, daß er das auch wirklich machte, weil entlang der Sambesi-Grenze es zu einigen Auseinandersetzungen kam. Was ich dazu nur sagen kann – und das ganz entschieden – daß keinerlei Befreiungsstreitkräfte vom Boden Sambias aus operieren.

Wie wird der Befreiungskrieg geführt? Baut ihr befreite Gebiete auf, die verteidigt und ausgedehnt werden, führt ihr die Operationen von Mozambique aus durch?

Wir führen keine Operationen nach der Taktik „Zuschlagen in Zimbabwe und aus Zimbabwe flüchten“ durch. Der Feind versucht dieses Bild zu schaffen, um zu leugnen, daß wir einen Volkskrieg führen. Wir kämpfen auf dem Boden Zimbabwes. Nach ihrer Ausbildung kehren unsere Kämpfer nach Zimbabwe zurück, um dort zu bleiben und auf dem Boden Zimbabwes zu kämpfen. Wir sind ständig auf dem Boden Zimbabwes. Wir verstärken die Zahl der Befreiungskämpfer beständig, die heimkehren und dort bleiben.

Die übliche Vorstellung von befreiten Gebieten allerdings trifft für Zimbabwe nicht zu, dieses Konzept ist derzeit nicht durchführbar. Wir kämpfen nicht nach dieser Weise, wo ein bestimmtes Gebiet befreit und eine Grenzlinie verteidigt wird. Wir operieren im Schutz unseres Volkes. Die Gebiete mit der größten Bevölkerungsdichte sind die, wo wir uns befinden. Wir operieren nicht in den Wildreservaten, weil wir dort nichts zu tun haben, es gibt dort auch keinen Schutz für uns. Unser Volk, die Massen von Zimbabwe sind unser Schutz, unser Dschungel. Wir fühlen uns unter ihnen sehr wohl. Es gibt keinen Grund, nach einem Angriff auf den Feind davonzulaufen, weil die Massen Zimbabwes den Krieg unterstützen. Das ganze Volk ist im Kampf, weil es diejenigen deckt und unterstützt, die letztendlich die Waffen tragen und auslösen. So befindet sich also eine ständig steigende Zahl Befreiungssoldaten im täglichen Kampf. Von Rückzug nach Mozambique kann keine Rede sein. Wenn die





Auf der Veranstaltung des KBW in Mannheim verabschiedete sich die Delegation der ZANU von der Arbeiterklasse und dem Volk in Westdeutschland. Die 600 Teilnehmer an der Veranstaltung, darunter der Sekretär des ZK des KBW, trugen der Delegation ihre revolutionären Grüße an das kämpfende Volk von Zimbabwe auf. Es wurden über 17 000 DM für den bewaffneten Befreiungskampf und die vier Lastwagen gesammelt. An den Veranstaltungen während der Rundreise haben mehr als 10 000 Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten teilgenommen.

Leute in den Lagern einmal ausgebildet werden, dann kehren sie heim, um ihre Aufgabe zu erfüllen, dort zu bleiben und den bewaffneten Kampf zu führen.

Unsere Befreiungskämpfer werden auch nicht notwendigerweise in Mozambique ausgebildet. Auch in Zimbabwe werden sie ausgebildet. Ausbildungslager allerdings befinden sich außerhalb. Seit der Bildung der ZANU, also eine sehr lange Zeit schon, haben wir die Menschen in Zimbabwe unermüdlich politisiert. Wir haben Gruppen in Zimbabwe, die überhaupt nie das Land verlassen, weil es ihre Aufgabe ist, das Volk fortgesetzt zu politisieren.

Zusammen mit ihrem Kommandeur planen die Gruppen dann, wann sie wo zuschlagen werden, in welcher Weise, wo, wie und wann der politische Apparat mit einer bewaffneten Operation verbunden werden muß, wie dem Volk der Zweck der Operation, seine Unterstützungsaufgabe erklärt werden muß, wie es sicherstellen muß, daß die Befreiungskämpfer nicht aufgedeckt werden.

Das Volk hat eine sehr klare Vorstellung davon, daß das erste unmittelbare Ziel die Machtergreifung ist durch den militärischen Sieg, daß alle Anstrengungen dem militärischen Sieg dienen. Zweitens aber hat es auch eine klare Vorstellung davon, für was für ein Zimbabwe sie kämpfen. Das Volk weiß, daß wir, die ZANU, für die Beseitigung eines kapitalistischen Systems kämpfen und eines Systems, das rassistisch ist. Das Volk weiß, daß wir an dessen Stelle ein sozialistisches System, ein nicht-rassistisches sozialistisches Zimbabwe setzen werden. Zum Beispiel leidet unser Volk heute ungeheuer unter der Landknappheit, die durch den Landraub der Siedler verursacht ist. In einem freien Zimbabwe wird es kein Privateigentum an Land geben. Der Staat wird das Land für das Volk kontrollieren.

Welche Vorbereitungen werden von euch ergriffen in der kollektiven Landbewirtschaftung?

Die Landwirtschaft ist die Hauptsache; die Befreiungskämpfer und die sie begleitenden politischen Kommissare, die in den Lagern in Mozambique auch ausführlich in kooperativer Landbewirtschaftung ausgebildet werden, geben ihr Wissen in Zimbabwe weiter an das Volk.

Es gehört zum politischen Schulungsprogramm, Kader und über sie die Massen in Zimbabwe zu befähigen, entsprechend dem neuen Produktionssystem sich zu organisieren. Aber leider sind die praktischen Möglichkeiten heute über die Diskussion hinaus gering.

Unserem Volk müssen wir fortwährend erklären, worum der Kampf geht. Wir bauen im ganzen Land Zellen auf, so daß sich die Kämpfer, die im Ausland ausgebildet werden, und die Massen, die in Zimbabwe politisiert wurden, verbinden. Die Kämpfer, die die Gewehre tragen, werden angeleitet durch politische Kommissare, und andere politische Kommissare folgen ihnen nach, um sicherzustellen, daß der Politisierungsprozeß fortschreitet. Wir können es uns nicht leisten, von unseren Menschen mißverstanden zu werden, und wir können auch bei unserem Volk nicht das geringste Unverständnis darin, worum es im Kampf ganz konkret geht, bestehen lassen. Und ich meine, daß der Verlauf des Krieges beweist, daß wir unsere Aufgabe befriedigend gelöst haben. Wenn der Krieg voranschreitet, so, weil wir erfolgreich unser Volk aufgeklärt haben und die Zimbabwer politisiert sind. Sie verstehen, worum es sich in diesem Krieg dreht und was seine Ziele sind, und unterstützen die Methode der Kriegsführung und sein Ziel.

Dadurch ist es auch möglich, daß die Kämpfer, die nach ihrer Ausbildung nach Zimbabwe heimkehren, von uns nur Marschverpflegung und etwas Geld für Zigaretten mitbekommen, das Minimum, bis sie im Land ihren Kontakt hergestellt haben. Wenn sie ankommen, nehmen sie mit dem politischen Führungskader des Gebietes den Kontakt auf, normalerweise der Leiter der ZANU-Sektion. Sie verteilt die Befreiungskämpfer auf die verschiedenen Dörfer ihres Gebietes und sorgt dafür, daß sie verdeckt und keiner Gefahr ausgesetzt werden.

Die Kriegssituation bewirkt, daß die Menschen in Zimbabwe von einem Ort zum anderen getrieben werden, oft flüchten müssen. Einige flüchten dann sogar nach Mozambique, wo die erste Unterweisung, die sie in der Regel erhalten, die in kooperativer Landbewirtschaftung ist.

Ein anderes Gebiet, wo die Befreiungskämpfer stark mitarbeiten, ist die medizinische Versorgung. Der Feind hat in vielen Gebieten, aus denen er sich zurückziehen bzw. seine festen Stützpunkte aufgeben mußte, z.B. alle Medikamente beseitigt – sie würden bloß den Terroristen in die Hände fallen, wie er es ausdrückt. Die Gesundheitsversorgung wurde von ihm vollständig zerstört, um das Volk unter Druck zu setzen. So benutzt er das direkt als Kriegstaktik, und tatsächlich trifft das unsere Menschen schwer und stellt uns vor eine schwierige Aufgabe, weil wir selbst so gut wie keine Medikamente zur Verfügung haben.

Genosse Tekere, eure Delegation hat nunmehr zu Menschen auf 14 Veranstaltungen in Westdeutschland und Westberlin gesprochen. Welcher Beitrag konnte dadurch für euren Kampf geleistet werden?

Ich bin auf Einladung des KBW nach Westdeutschland gekommen und habe zum ersten Mal meinen Fuß auf europäischen Boden gesetzt. Der KBW hilft uns, uns selber zu helfen. Die Veranstaltungen finden im Rahmen einer Kampagne statt, bei der es um die Beschaffung von LKWs für die Unterstützung unserer Arbeit in den Lagern in Mozambique geht. Das ist nicht das erste Mal, daß der KBW uns unterstützt, die Genossen sind langbewährte Freunde, sie haben in der Vergangenheit ähnliche Programme organisiert. Die überwältigende, begeisterte Aufnahme, die wir gefunden haben, hat mich überrascht.

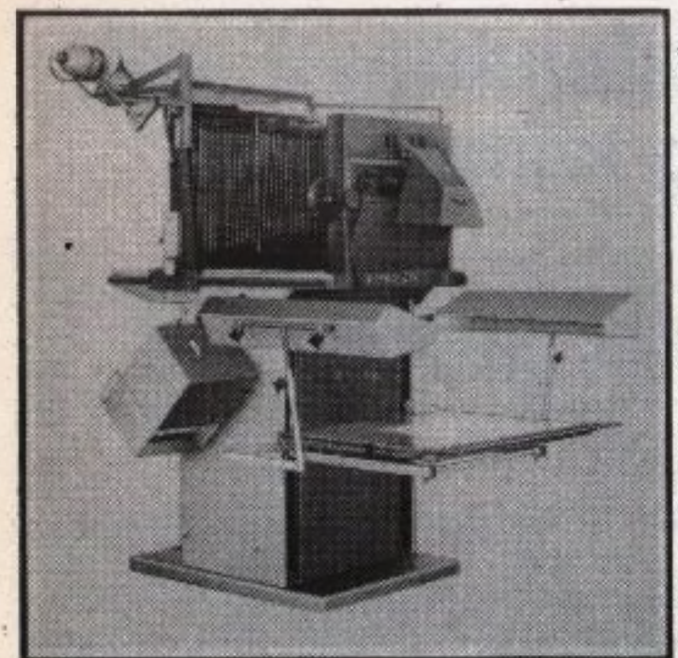
Wir sind darüber überrascht, daß im weit entfernten Europa sehr gute Kenntnisse vorhanden sind über unsere Sache, überall wurden wir dadurch begeistert empfangen. Eine erstaunliche Arbeit war zur Vorbereitung geleistet worden, überall überraschte uns die ZANU-Fahne, überall fanden wir viel Literatur, die über unseren Kampf informierte. Und das hauptsächlich vermittels des KBW, der es nach den ersten Kontakten mit uns vor einigen Jahren auf sich nahm, ehrlich und ernsthaft die Menschen in Westdeutschland zu informieren und zu erziehen. Er hat eine ausgezeichnete Arbeit geleistet. Zum Beispiel hatte in Bremen ein Koch einen Lastwagen gebacken zur Versteigerung. Er brachte über 300 DM zur Unterstützung des Befreiungskampfes. Wir hatten zuerst gedacht, er würde uns als Geschenk übergeben zum Essen, aber die Versteigerung zeigte, wie gut unsere Sache verstanden wird. Das ist nur ein Beispiel, wie vielfältig die Initiativen zur Mobilisierung von Unterstützung unseres Kampfes waren. Ich fand das sehr aufschlußreich, und jetzt erwarte ich noch ein großes Album und eine Dokumentation, die darstellt, wie die Rundreise verlaufen ist und welche Mittel dafür eingesetzt wurden, die begeisternden Veranstaltungen und die vielfältigen Initiativen, die ZANU-Fahne an den Wänden usw. zeigt, um diese Alben in den Lagern unseren Menschen zu zeigen und ihnen vor Augen zu führen, welche breite Unterstützung wir finden.



Veranstaltung mit der Delegation der ZANU

Kassel. 220 Menschen waren zur Veranstaltung mit der ZANU-Delegation gekommen. Rex Chiwara und Edgar Tekere berichteten über die Entwicklung des Befreiungskampfes von Zimbabwe und der Verankerung der ZANU unter den Massen, die sich trotz aller „Entspannungs“- und Spaltungsmanöver der Imperialisten und deren Handlanger nicht von der Linie: „Wir sind unsere eigenen Befreier“ und vom Volkskrieg abbringen lassen. Unter anderem wurde eine Grußadresse vorgetragen, die drei Soldaten aus Sontra geschrieben hatten: „Die Imperialisten haben im südlichen Afrika schon mit einer bewaffneten Intervention gedroht. Wir werden uns niemals gegen fremde Völker und die Arbeiterklasse einsetzen lassen und alles dafür tun, daß die anderen Soldaten das auch tun“, hieß es in ihrer Grußadresse. Sie fand großen Beifall, genau wie die Spenden der Soldaten, die trotz des geringen Wehrsoldes 25 DM betrugen.

Einen zusammenfassenden Bericht über die eben zu Ende gegangene Veranstaltungsreihe mit der ZANU-Delegation in 14 Städten Westdeutschlands bringt die Kommunistische Volkszeitung in ihrer nächsten Nummer.



Reprokamera zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Oman

An Spenden zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Oman sind bis zum 30.7.1976 DM 82 543,10 eingegangen. Für die oben abgebildete Reprokamera mit Zubehör wurden einschließlich Universalkopiergerät, Verpackung, Versandpapiere und -versicherung und Mehrwertsteuer 42 900 DM ausgegeben. Die Kamera ist inzwischen im Hamburger Hafen verschifft worden. Die Kosten für den Transport müssen von dem Restbetrag noch gezahlt werden.

Spendenkonto Oman
Commerzbank Mannheim,
Kto.Nr.: 328589



Kämpfer der Befreiungsstreitkräfte des Volkes von Oman. Bei einem Angriff mit Raketen und Mörsern Ende Juli auf die Stellungen der iranischen Armee im Südosten Omans wurden zahlreiche Soldaten außer Gefecht gesetzt, Waffen, Gerät und Stellungen zerstört. Das Volk von Oman führt den nationalen Befreiungskampf unter Führung der Volksfront für die Befreiungs Omans (PFLO) gegen die Truppen des britischen Imperialismus und des persischen Expansionismus, die das Land am Ausgang des Arabisch-persischen Golfs besetzt halten, und gegen das Sultan-Regime in Maskat.

Große Siege im Kampf gegen das Erdbeben

10 000 Bergarbeiter kamen aus den Gruben unversehrt zurück

Aus dem Tangschan-Gebiet sind in Hülle und Fülle ermutigende Berichte eingetroffen: Über 10 000 Bergarbeiter von Kailuan konnten in den Gruben der Gefahr entrinnen und wohlbehalten nach oben zurückkehren. Die Grube Nr. 3 des Machiakou-Bergwerks hat die Arbeit wieder aufgenommen und mit der Kohleförderung begonnen. Die Eisenbahnstrecke Peking-Schanhaikuan, die von dem Erdbeben beschädigt worden war, wurde schnell repariert und mit großem Triumph für den Verkehr wieder freigegeben. Und die „Tangschan Arbeiterzeitung" erscheint wieder. Das ist ein großer Sieg im Kampf gegen die Folgen des Erdbebens. Das ist eine großartige Ermutigung und ein mächtiger Antrieb für die Volksmassen in dem Unglücksgebiet und für die Volksmassen in ganz China, deren Herzen vereint schlagen mit denen ihrer Klassenbrüder im Unglücksgebiet.

Es ist ein Wunder. Nach dem schweren Erdbeben, von dem das Tangschan-Fengnan-Gebiet getroffen wurde, behaupteten einige Ausländer, mit Kailuan sei es zu Ende, die Bergarbeiter in den Gruben seien tot und Kohle könnte keine mehr gefördert werden. Die heldenhaften Bergarbeiter von Kailuan, die Eisenbahnarbeiter und die Kommandanten und Kämpfer der Volksbefreiungsarmee haben mit Daten in Schaubildern bewiesen, daß solche Behauptungen aus der Luft gegriffen sind. Nach einem so schweren Erdbeben kehrte die überwältigende Mehrheit der unter Tage arbeitenden Bergarbeiter in Sicherheit zurück, nach der kurzen Zeit von zehn Tagen wurde wieder Kohle gefördert, und die Eisenbahnlinie wurde schnell wieder dem Verkehr freigegeben – so etwas ist ganz und gar unmöglich im alten China oder im kapitalistischen System, das war überhaupt selten in der Geschichte des Kampfs der Menschen gegen Erdbeben. Unser großer Führer, Vorsitzender Mao, hat hervorgehoben: „Von allen Dingen in der Welt sind die Menschen das wertvollste. Solange es Menschen gibt, kann unter der Führung der Kommunistischen Partei jede Art von Wunder vollbracht werden." Das Erdbeben kann Häuser zum Einsturz bringen, Einrichtungen beschädigen oder Schienen in Stücke reißen, aber es kann niemals den revolutionären Geist und die unbezwingbare Moral der Arbeiterklasse erschüttern. Unter der Führung des Vorsitzenden Mao und des Zentralkomitees der Partei, gewappnet mit der proletarischen revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao, können unsere Arbeiterklasse, unser Volk und unsere Volksbefreiungsarmee ihre mächtige Begeisterung für den Sozialismus entfachen, jede Schwierigkeit und Gefahr bewältigen und ein Wunder nach dem anderen vollbringen. Sie verdienen die Bezeichnung: eine heldenhafte Arbeiterklasse, ein heldenhaftes Volk und eine heldenhafte Volksbefreiungsarmee.

Die Kailuan-Bergarbeiter und die Eisenbahnarbeiter und ebenso die anderen Industriearbeiter gehören zu der industriellen Armee, die der Vorsitzende Mao als eine „Armee von besonders guten Kämpfern" begrüßte. Unter der Führung der Partei leisten sie heute hervorragende Beiträge, indem sie den Klassenkampf als Hauptkettenglied nehmen, die Kritik an Teng Hsiao-ping vertiefen, den Grundsatz des Selbstvertrauens anwenden, die Revolution anpacken und die Produktion vorwärts bringen. Ihre heldenhaften Leistungen haben ein leuchtendes Beispiel gesetzt für den Kampf gegen die Folgen des Erdbebens und die Durchführung der Unterstützungsarbeit. Genossen an allen Fronten im Land sollen von dieser Tatkraft lernen und sie fortsetzen, sie sollen die Klassenbrüder in den vom Erdbeben betroffenen Gebieten unterstützen und gute Arbeit leisten in der sozialistischen Revolution und beim sozialistischen Aufbau, indem sie noch glänzendere Siege erringen im Anpacken der Revolution und Vorwärtsbringen der Produktion. Gestählt in der Großen Proletarischen Kulturrevolution und in der Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius und siegreich vorwärtsschreitend im Kampf zur Kritik an Teng Hsiao-ping und gegen den Wind von rechts, der auf die Revision richtiger Urteile abzielt, hat das chinesische Volk das hohe Streben, das Vertrauen und die Fähigkeit zu siegen über die schweren Folgen des Erdbebens und ein neues und schöneres Bild zu zeichnen, indem es sich auf seine eigenen Kräfte stützt. – („Ein Wunder", Kommentar der „Volkszeitung" vom 9. August, nach: Hsinhua, 9. August)

Gipfelkonferenz der Blockfreien

Die Gipfelkonferenz der Blockfreien, an der 85 Staaten der Dritten Welt teilnehmen, hat am Montag dieser Woche in Colombo, der Hauptstadt Sri Lankas, begonnen. Zur Beratung stehen zwei Entschließungsanträge, die in der Woche zuvor von den Außenministern der teilnehmenden Staaten vorbereitet worden waren. In dem politischen Entschließungsentwurf wird u.a. der Imperialismus verurteilt und der Rassismus, besonders das zionistische, südafrikanische und rhodesische Siedlerregime. Weiter wird der Abzug aller fremden Flotten und Militäreinheiten aus dem Indischen Ozean und Südostasien gefordert sowie die Wiedervereinigung Koreas und der Rückzug Israels aus allen besetzten Gebieten. Der Kampf Panamas um die Errichtung seiner vollen Souveränität wird unterstützt und auch die Forderung Kubas nach Abzug der US-Truppen aus dem Stützpunkt Guantanamo. Der Entschließungsentwurf zu wirtschaftlichen Fragen stellt den Kampf der Länder der Dritten Welt um eine neue Weltwirtschaftsordnung in den Mittelpunkt. Das sei die Hauptaufgabe in den noch verbleibenden Jahren des 20. Jahrhunderts. Als Schritt auf diesem Weg wird die Gründung von Rohstoffkartellen für alle aus den Ländern der Dritten Welt an die Imperialisten gehenden Rohstoffe gefordert. Auf der Tagesordnung steht die Streichung aller Schulden der Entwicklungsländer gegenüber den Imperialisten, eine Forderung, die zum ersten Mal im Mai auf der Welthandelskonferenz in Nairobi erhoben worden war. Die Gründung einer Handelsbank der Dritten Welt soll dem gemeinsamen Handels- und Warenaustausch dienen und der gegenseitigen Unterstützung. Festgestellt wurde, „kein einziges internationales Problem sei länger ohne die Mitbeteiligung der Blockfreien zu lösen".

Deshalb wurde das gemeinsame Koordinierungsbüro von 17 auf 25 Mitgliedsländer erhöht. In der Debatte wandten sich die Außenminister der Blockfreien scharf gegen das Vetorecht im UNO-Sicherheitsrat, das ein Instrument der beiden Supermächte im Streben nach der Welthegemonie sei.

Thailand: 39 Flugzeuge abgeschossen

39 Flugzeuge haben die „Streitkräfte des Thai-Volkes" innerhalb eines Jahres abgeschossen. Weiter haben die Befreiungskämpfer 2 000 Soldaten des halbfeudalen Regimes in Bangkok außer Gefecht gesetzt, 14 ihrer Stellungen eingenommen und 436 Waffen erbeutet. Das geht aus einem Militärkommuniqué der Befreiungskämpfer hervor, über das die bürgerliche Presse berichtete.

Argentinien: Mit Kreditsperre und Druck von innen haben die Imperialisten den Putsch betrieben

Anfang August hat der „Internationale Währungsfonds" (IWF) Argentinien einen Kredit über rund 300 Millionen US-Dollar gewährt. Er wurde ausdrücklich erteilt „zur Unterstützung des 1976 von der argentinischen Regierung in Kraft gesetzten Finanzierungsprogramms". Es ist der größte Kredit, den der IWF bisher einem lateinamerikanischen Land eingeräumt hat.

Argentinien ist auf dieses Geld angewiesen. Am 31.3. hatte das Land insgesamt 8,95 Milliarden Dollar Schulden bei den Imperialisten. Davon muß es bis Ende des Jahres 3,52 Milliarden Dollar zurückzahlen. Es kann diesen Betrag, der weit mehr als der gesamte Exporterlös des letzten Jahres ausmacht, nicht mit seinen Exporten finanzieren und muß deshalb um neue Kredite betteln, um die alten zu bezahlen.

1975 mußte Argentinien für seine Einfuhr fast eine Milliarde Dollar mehr bezahlen, als es für seine Ausfuhr erhielt. Seine Ausfuhrpreise sind um 2 % gestiegen, die Einfuhrpreise, die es zahlen mußte aber um über 8 %. So wird es nicht nur im Handel betrogen, sondern muß auch noch mehr Kredite für noch mehr Zinsen aufnehmen.

Diese Lage haben die Imperialisten Ende letzten Jahres benutzt, um das Land unter Druck zu setzen und schließlich den Militärputsch unter General Videla Ende März zu betreiben. Im September konnte sich Argentinien unter harten Auflagen gerade noch u.a. vom IWF einen Kredit erbetteln.

Ab Oktober hatte die Eximbank der USA argentinische Kreditanträge nicht mehr behandelt, im Februar hat der IWF, in dem die Supermacht USA und die westlichen Imperialisten die Stimmenmehrheit haben, ein dringliches Kreditersuchen abgelehnt. Durch Klassifizierung des Landes als „finanzielles Risiko" wurde eine Kreditsperre verhängt. Und gleichzeitig setzten die imperialistischen Monopole, die die Industrie des Landes beherrschen, die Regierung von innen unter Druck. Die Ölkonzerne, denen eine teilweise Nationalisierung drohte, zogen 370 für ihre Anlagen ausgebildete Fachleute ab und legten damit die Produktion lahm. Die ausländischen Automobilkonzerne – angeführt von Ford und General Motors – drosselten die Produktion, führten Kurzarbeit ein und entließen massenweise bis vor kurzem Arbeiter.

Den Imperialisten ging es bei ihren Erpressungsmanövern darum, einige Nationalisierungen und von den Arbeitern erkämpfte Freiheiten, Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen rückgängig zu machen. Dies durchzusetzen haben sie die jetzigen Kreditverhandlungen benutzt, und es ist ihnen zum großen Teil vorerst auch gelungen. Anfang Juni beschloß die neue Militärregierung, die Oktober 1974 begonnenen Nationalisierungen rückgängig zu machen. Davon waren u.a. betroffen Siemens, Standard Electric (ITT), Esso, Shell und eine Gemeinschaftsbank der Chase Manhattan und der Dresdner Bank. Laut „Pressemeldungen in den USA" pries der argentinische Wirtschaftsminister das neue Gesetz „als eines der liberalsten Auslandsinvestitionsgesetze der Welt". Es garantiert volle Profit- und Kapitalrückführung.

Doch den Imperialisten war das noch nicht genug. Die Automobilmonopole drohten mit Massenentlassungen, wenn die Steuern nicht gesenkt und die Exporte subventioniert würden. So wurde Ende Juli noch ein Investitionsförderungsgesetz als „Anreiz für ausländisches Kapital" beschlossen und finanziert durch eine Politik der „Inflationsbekämpfung mit Kaufkraftabschöpfung und punktueller Arbeitslosigkeit". Die Studienkommission des IWF zeigte sich „von diesem neuen Wirtschaftsprogramm beeindruckt".

Die BRD hat nach Argentinien bis Ende 1975 für 592 Millionen DM Kapital exportiert. Als Lieferland steht sie nach den USA an zweiter Stelle, im Export Argentiniens an dritter Stelle. Sie bezieht fast ausschließlich pflanzliche und tierische Nahrungsmittel und liefert Maschinen. Zwischen dem 5. und 10. Juli war Staatssekretär Moersch in Argentinien, um u.a. „deutsches Know-how bei der Nutzung der reichen argentinischen Fischbestände einzusetzen".

Am 13. Juli mußte der Wirtschaftsminister Argentiniens nach Berichterstattung bei der US-Regierung den westdeutschen Wirtschaftsminister Friderichs in Bonn „über Inhalt und Zielsetzung eines neuen Programms zur Gesundung der argentinischen Wirtschaft unterrichten." Nach Verhandlungen mit Bundesbankpräsident Klasen und Vertretern der Großbanken mußte der Minister zusichern, daß die Niederlassung von Siemens in Argentinien weiter ihr Geschäft betreiben dürfe. Trotz dieser Zusicherungen waren die Verhandlungen des westdeutschen Bankenkonsortiums unter Führung der Deutschen Bank bis Ende Juli noch zu keinem Abschluß gekommen. Es geht um einen Kredit von mindestens 75 Millionen Dollar, 500 Millionen Dollar sollen die USA gewähren. Der IWF hat nun das Signal für die Freigabe der Kredite gegeben. Schon jetzt haben die Imperialisten die Ausbeutung des Landes gewaltig gesteigert. Im ersten Halbjahr 1976 ist der Fleischexport Argentiniens dem Dollar-Wert nach um 93 % gestiegen, die Menge aber ist um 143 % gestiegen. Die Imperialisten holen sich mehr als die doppelte Menge Fleisch, und sie holen sie zu einem um über 20 % gedrückten Preis.

Da will die Sowjetunion natürlich nicht untätig sein. Ihr Botschafter in Argentinien, Diukarew, erklärte Ende Juni, die argentinischen Lieferungen in die UdSSR könnten sich bis Jahresende verdreifachen. Für Getreide, Fleisch und Leder liefert die UdSSR Maschinen. Bereits jetzt bestünden Liefervereinbarungen von seiten der Sowjetunion über 200 Millionen Dollar. Die Finanzierung dieser Lieferungen erfolgt über Kredite an Argentinien zu 4,5 % Jahreszins, womit die Sozialimperialisten nochmals rund 100 Millionen Dollar Zinsen in zehn Jahren einstreichen.

Bezahlen müssen die imperialistische Ausbeutung die argentinischen Volksmassen. So ist im vergangenen Halbjahr die Produktion von Bekleidung um 35 % gesunken. Die erste Maßnahme der Militärregierung war ein Streikverbot gewesen. Allerdings hat es nur ein paar Tage gehalten. Schon Anfang Mai sind die Arbeiter bei der Niederlassung von Renault in Streik getreten. – (fb)

(Angaben und Zitate nach „Nachrichten für Außenhandel", Mai-August 1976)

Kampuchea – ein großer Garten mit Früchten zu jeder Jahreszeit

Parallel zur großen Bewegung unter den Volksmassen zur Entwicklung und Intensivierung des Reisanbaus ist eine zweite Bewegung entstanden, die auf den Anbau von Hauptnahrungsmitteln wie Mais, Maniok, Kartoffeln, grüne Bohnen, Bananen und Sesam und verschiedenen anderen Gemüsearten gerichtet ist. Das Ziel ist, soviel verschiedene Pflanzen anzubauen, wie es Bodenbeschaffenheit und das Wasser gestatten. Die Kooperativen, die Familien, selbst Kinder und alte Menschen legen gruppenweise oder auch allein Kulturen jeglicher Arten auf jedem Stück Land in den Flußniederungen oder entlang der Kanäle und Straßen an, das nicht unter Wasser steht. Gemäß der Position, unabhängig und souverän zu sein und den eigenen Bedürfnissen zu genügen, wurden so reichhaltige Gärten in den Stützpunkten, den Fabriken, den Verwaltungszentren und Ministerien und bei den Einheiten geschaffen, die den Einwohnern, der Revolutionären Armee, den Kämpfern und Kämpferinnen und den revolutionären Kadern eine dauerhafte Versorgung sichern.

Alle Bedingungen, Bodenbeschaffenheit, Wasser, Saatgut und Erfahrungen werden zusammengefaßt, um den Anbau jeglicher Art von Früchten zu entwickeln. Unser Volk geht voran, um dabei so viel wie möglich zu leisten und Kampuchea in einen großen Garten zu verwandeln, in dem die Früchte einer jeden Jahreszeit gedeihen. (Aus: Nachrichten vom Demokratischen Kampuchea, Nr. 3/1976)

Fortgesetzte Provokationen der sowjetischen Sozialimperialisten an der chinesischen Grenze

Nieder mit den neuen Zaren!



Seit Generationen haben chinesische Fischer im Wusuli-Fluß gefischt. Die chinesischen Grenzschutzeinheiten haben dort ständig patrouilliert.

Harbin. Die Volksmassen der Provinz Heilungkiang im fernen chinesischen Nordosten kennen sehr genau den sozialimperialistischen Charakter der Sowjetunion. Die nördliche Grenze von Heilungkiang mit der Sowjetunion
Grenze von Heilungkiang mit der Sowjetunion
verläuft entlang des Helung-Flusses (Amur) und des Ussuri, und ununterbrochen muß sich die Bevölkerung an der Grenze gegen Übergriffe von seiten der Sowjetunion verteidigen.

Die sowjetischen Revisionisten, die sich in inneren und äußeren Schwierigkeiten befinden, dringen an dieser Grenze in chinesisches Territorium ein und verüben dort bewaffnete Provokationen. Sie tun dies mit dem Ziel, in der Welt chinafeindliche Gefühle zu schüren und um die täglich wachsende Unzufriedenheit und den täglich wachsenden Widerstand des sowjetischen Volkes gegen das faschistische Regime in der UdSSR abzulenken. Aber, so äußerte sich Li Hsüe-liang, stellvertretender Leiter der Außenabteilung des Revolutionskomitees von Heilungkiang, in einem Gespräch mit dem Korrespondenten der KVZ:

„Wir folgen der Devise, daß wir nicht angreifen, wenn wir nicht angegriffen werden; wer uns angreift, hat aber unbedingt mit unserem Gegenangriff zu rechnen. Die Sowjetunion mußte dabei schwere Schläge einstecken, und wir haben in dem Kampf an der Grenze einen Sieg nach dem anderen errungen."

Marx, Engels und Lenin gegen den zaristisch-russischen Imperialismus in China

Obwohl zwischen China und der Sowjetunion eine Grenzfrage besteht, gab es an der chinesisch-sowjetischen Grenze keine Auseinandersetzungen, als die Sowjetunion von Lenin und Stalin geführt wurde und noch ein sozialistisches Land war. Der zaristisch-russische Imperialismus hatte sich durch den ungleichen „Chinesisch-Russischen Vertrag von Aigun" (1858) und den ungleichen „Chinesisch-Russischen Vertrag von Peking" (1860) ein Territorium von mehr als einer Million Quadratkilometern im nordöstlichen China angeeignet – das entspricht einem Gebiet zweimal so groß wie Frankreich.

Marx, Engels und Lenin wandten sich aufs schärfste gegen die Aggressionsverbrechen des zaristischen Rußland. In einem Kommentar über den Vertrag von Aigun, den der zaristisch-russische Imperialismus China aufgezwungen hatte, sagte Marx im Jahre 1858, daß „er (John Bull) Rußland durch seinen zweiten Opiumkrieg zu dem kostbaren Landstrich zwischen dem Tatar-Golf und dem Baikal-See verholfen hat, einem Gebiet, das Rußland von jeher glühend begehrt und dessen es sich seit den Zeiten Alexej Michailowitschs bis zu Nikolaus immer zu bemächtigen versucht hatte." (Marx, Der chinesisch-britische Vertrag, Marx-Engels-Werke, Band 12, Seite 584)

Engels über den Aigun-Vertrag: „Als sich England endlich entschlossen hatte, den Krieg nach Peking vorzutragen, und Frankreich sich ihm anschloß, in der Hoffnung, etwas für sich herauszuschlagen", beraubte Rußland „China eines Gebietes, so groß wie Frankreich und Deutschland zusammengenommen, und eines Stromes von der Länge der Donau", und: „Nicht zufrieden damit, hat es erreicht, daß eine russisch-chinesische Kommission zur Festlegung der Grenzen gebildet worden ist. Nun, wir alle wissen, was solch eine Kommission in den Händen Rußlands ist. Wir haben solche Kommissionen an den asiatischen Grenzen der Türkei arbeiten sehen, wo sie mehr als zwanzig Jahre lang von diesem Land Stück für Stück abgeschnitten hatten ..." (Engels, Die Erfolge Rußlands im Fernen Osten, Marx-Engels-Werke, Band 12, Seite 621)

Wie Engels vorausgesehen hatte, schnitt der zaristische Imperialismus von 1858 an „Stück für Stück" von China ab.

Mehr als einmal verurteilte Lenin Rußlands Aggression gegen China. So stellte er fest, daß „die europäischen Regierungen (und die russische ist dabei so ziemlich eine der ersten) mit der Aufteilung Chinas bereits begonnen haben. Aber sie haben mit der Aufteilung nicht offen begonnen, sondern heimlich, wie Diebe. Sie sind darangegangen, China auszurauben, wie man einen Leichnam ausraubt, und als dieser vermeintliche Tote Widerstand zu leisten versuchte, fielen sie wie wilde Tiere über ihn her, indem sie ganze Dörfer niederbrannten, wehrlose Einwohner, Frauen und Kinder im Amur ertränkten, niederschossen und auf die Bajonette spießten." (Lenin, Der China-Krieg, zit. in: Nieder mit den neuen Zaren, Peking 1969)

Die Aktionen der heutigen revisionistischen Herrscher der Sowjetunion an der Grenze zeigen, daß sie neue Zaren und Sozialimperialisten sind. Sie schrecken vor keinem brutalen Verbrechen und vor keinem imperialistischen Trick zurück, um sich fremdes Territorium anzueignen.

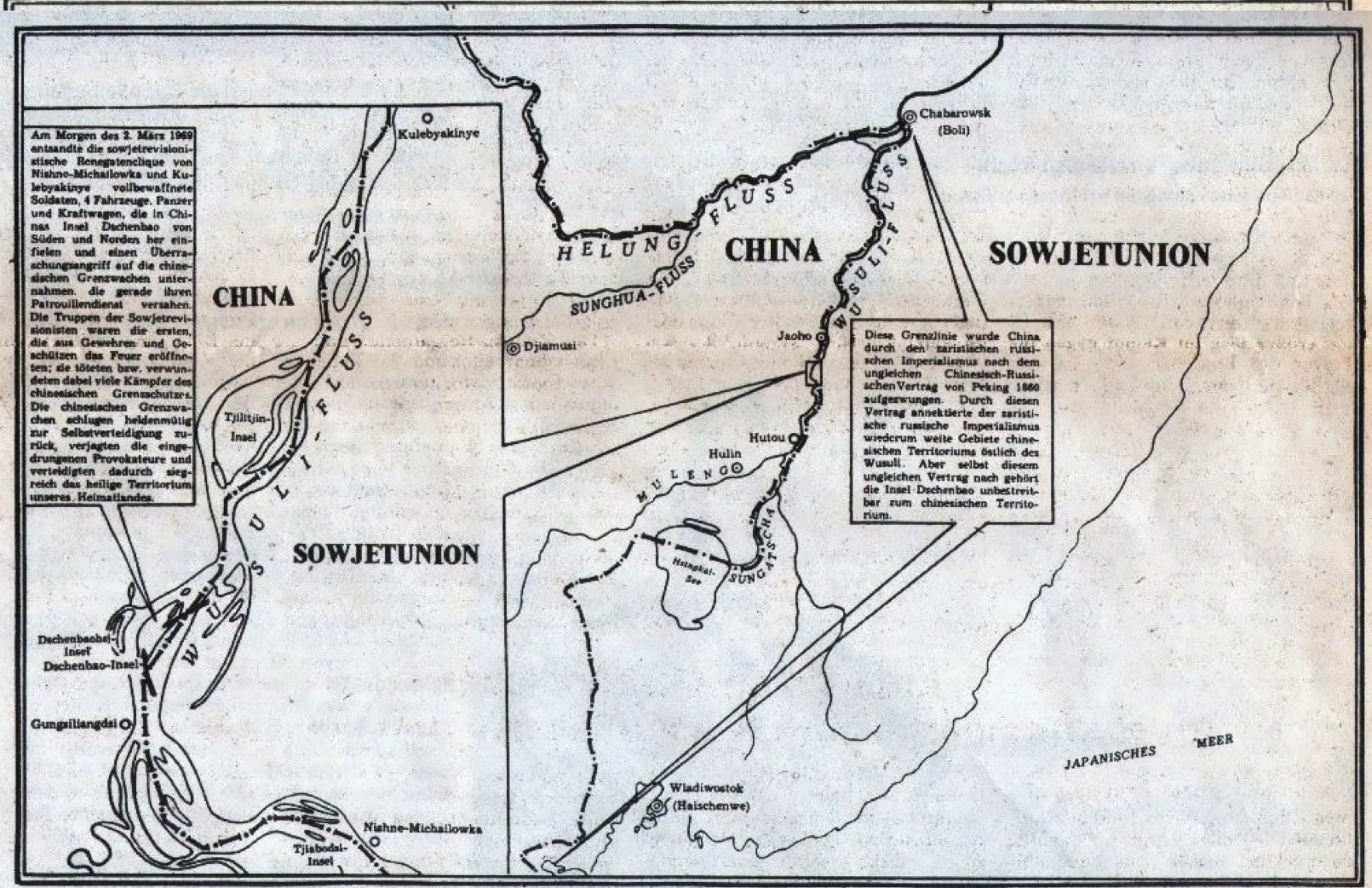
Der Verantwortliche vom Revolutionskomitee Heilungkiangs beantwortete die Fragen der Korrespondenten zur Situation der Auseinandersetzungen mit der Sowjetunion an der Grenze, indem er vier Punkte hervorhob:

Sie mußten ihr Unrecht zugeben

„I. Die territorialen Ansprüche der Sowjetunion hängen ab vom Wesen des Sozialimperialismus. Sein Wesen ist Aggression und Expansion. Beispielsweise überschritt die Sowjetunion auf der Höhe Nr. 623,8 die Grenzlinie und legte eine neue Grenze mit elektrischem Stacheldraht an, teilweise 585 m in Chinas Territorium. Diese Höhe gehört zum Niemandsland.

Über diese Frage hat unsere Grenzstation achtmal mit der sowjetischen Seite sprechen wollen. Die sowjetischen Revisionisten leugneten zuerst die Tatsache der Grenzübertretung, mußten schließlich aber durch unsere überzeugenden Darlegungen und unseren Kampf uns zustimmen. Obwohl sie ihre Fehler zugegeben haben, haben sie den Stacheldraht bis jetzt noch nicht beseitigt. Das ereignete sich im westlichen Teil unserer Grenze.

Im östlichen Teil z.B. haben sie auf der Höhe Nr. 605 die Grenze 17 km nach China hinein verschoben. Im November 1960 errichteten sie in dem Gebiet ein Haus. Im Oktober 1962 erweiterten sie den Bau. Im Oktober 1968 zogen sie davor 460 m elektrischen Stacheldraht. Im März 1969 bauten sie dort einen Bunker und militärische Stellungen. Unsere Grenzeinheit hat gegen diese Aggressionsakte mehrmals die Sowjetunion aufgefordert, diese Grenze zu beseitigen. Die Sowjetunion mußte ihr Unrecht anerkennen und die Grenze zurückverlegen. Dennoch patrouillierten sowjetische Soldaten weiterhin auf dem widerrechtlich von ihnen angelegten Patrouillenweg.



Sowjetrevisionisten brechen die Verträge

In den Verträgen von Aigun und Peking war festgelegt worden, daß der Helung und der Ussuri einen Abschnitt der Grenze zwischen China und Rußland bilden. Nach dem Völkerrecht soll bei schiffbaren Grenzflüssen die Mittellinie der Hauptfahrrinne die Grenzlinie darstellen, die das Eigentumsrecht an etwaigen Inseln bestimmt. Aber die sowjetischen Revisionisten veränderten die Karte: „Auf dem Helung und dem Ussuri gibt es fast 800 Inseln auf der chinesischen Seite. Die Sowjetunion behauptet jedoch, über 600 davon würden ihr gehören." (Li Hsüe-liang)

Obwohl die Verträge von Aigun und Peking ungleiche Verträge waren, die China vom russischen Imperialismus aufgezwungen worden waren, als sich die Macht nicht in den Händen der Völker Chinas und Rußlands befand, „respektiert die chinesische Seite die geschichtlichen Tatschen. Denn wir haben den Wunsch, die revolutionäre Freundschaft zwischen dem chinesischen und dem sowjetischen Volk zu stärken. Wir sind bereit, diese Verträge als Grundlage zur Beilegung aller Grenzfragen zu nehmen. Die Sowjetunion jedoch untergräbt fortgesetzt die Verträge."

Mit welchen Mitteln geht die revisionistische Renegatenclique vor? „Sie schickten Flugzeuge, Kanonenboote, Panzer und Soldaten, um in unsere Gewässer, unseren Luftraum und in unser Land einzudringen, Zerstörung anzurichten und unser Territorium zu besetzen. Sie griffen chinesische Bauern und Fischer an, nahmen sie gefangen, schlugen und mordeten sie, übten Brandstiftung, und sie stören unsere Volkswirtschaft, unsere Landwirtschaft und unseren Fischfang."

In dem Gebiet gibt es eine Eisenbahnlinie zwischen China und der Sowjetunion. Regelmäßig übertreten die Sowjets die Grenze 360 m weit unter dem Vorwand der Reparaturkontrolle.

Das sind Beispiele für Übertretungen der Grenze auf dem Land. Wie sieht es an der Wassergrenze aus?

schen China und der Sowjetunion. Regelmäßig übertreten die Sowjets die Grenze 360 m weit unter dem Vorwand der Reparaturkontrolle.

Das sind Beispiele für Übertretungen der Grenze auf dem Land. Wie sieht es an der Wassergrenze aus?

Die Grenzlinie zwischen zwei Ländern in schiffbaren Flüssen ist völkerrechtlich die Mittellinie der Hauptfahrrinne. Es gibt in den Flüssen auf unserer Seite 770 Inseln. Die Sowjetunion hat davon über 600 an sich gerissen und sich nicht um die Mittellinie gekümmert. Die Fläche der über 600 Inseln ist etwa 1000 Quadratkilometer.

Die größte Inselgruppe (Name: Heichadse) im Helung umfaßt 93 kleine Inseln. Deren Gesamtfläche beträgt 300 Quadratkilometer. Diese 93 Inseln liegen auf chinesischer Seite.

Diese Inseln, auf denen Ackerbau, Fischfang und Handel betrieben wurde, standen schon vor 1900 unter der Kontrolle des (chinesischen; Verf.) Kreises Fuyan. Jetzt sind diese Inseln von den Sowjetrevisionisten besetzt. Sie haben dort eine Grenzstation errichtet, sieben Bunker, vier Wachtürme und vier weitere Gebäude. Gegenwärtig ist ein zusätzliches Haus im Bau. Wir haben dort Tanks und anderes entdeckt.

II. Seit 1960 dringen von sowjetischer Seite aus Flugzeuge in unseren Luftraum ein zur Provoka-

Fortsetzung Seite 16

Sowjetische Kanonenboote betreiben seit dem Machtantritt der neuen Bourgeoisie immer dreistere Provokationen. In voller Fahrt fahren sowjetische Kanonenboote gegen chinesische Fischerboote an. Die chinesischen Fischer setzen sich zur Wehr. Mehrfach zwangen sie die Kanonenboote der Sozialimperialisten zum Abdrehen.

Fortgesetzte Provokationen der sowjetischen Sozialimperialisten an der chinesischen Grenze

Nieder mit den neuen Zaren!

Fortsetzung von Seite 15

tion. Sowjetische Schiffe umfahren die Inseln von unserer Seite aus. Das sind eindeutige und bewußt vorgenommene Grenzverletzungen. Wir haben darüber detaillierte Statistiken, wie oft sowjetische Flugzeuge in unseren Luftraum eingedrungen sind und sowjetische Schiffe in unseren Gewässern fuhren. Trotz dieser Aggressionen wollen wir die Grenzfragen durch Verhandlungen beseitigen und wollen mit unseren Argumenten überzeugen.

III. Die Sowjetunion will auf dem Helung und dem Ussuri die Vorherrschaft haben. Daher sind die Auseinandersetzungen dort sehr scharf.

a) Die Sowjetrevisionisten bestreiten China das Recht auf Schiffahrt an unseren Stellen. Beispielsweise blockieren sie unsere Schiffe, die vom Helung zum Ussuri wollen oder umgekehrt. Der kleine Kanal, der vor dem Zusammenfluß der beiden Flüsse die Flüsse bereits miteinander verbindet, führt nur während zwei Monaten im Jahr genügend Wasser für die Schiffahrt. Die Benutzung der Fahrrinne auf dem Zusammenfluß ist also für die chinesische Schiffahrt notwendig. So stören sie den Verlauf unserer Volkswirtschaft, indem sie unsere Schiffe mit Kriegsschiffen blokkieren.

Unser kleines Schiff Nr. 601 ging einmal fünf Kilometer durch die Blockade. Daraufhin griffen fünf sowjetische Kriegsschiffe unser Schiff an. Die Sowjets haben alles, was sich auf dem Schiff befand, gestohlen, auch die Waren. Sie verletzten 16 Besatzungsmitglieder, fünf davon schwer. 24 Stunden hielten sie unser Schiff fest. Unsere Seeleute kämpften heroisch gegen diesen Akt der Piraterie und zeigten, daß das chinesische Volk unter der Anleitung der Maotsetungideen unbesiegbar ist.

Die Kommunikation mit den Sowjetrevisionisten über diese Fragen ist gegenwärtig abgeschnitten.

b) Symbolisch haben wir 54 der von den sowjetischen Revisionisten widerrechtlich besetzten Inseln mit Gewalt zurückgeholt. Auf diese Weise haben wir der Arroganz der Sozialimperialisten Schläge versetzt.

Die Bevölkerung verteidigt sich

c) Die Sowjetrevisionisten behindern auf unseren Inseln an der Grenze die landwirtschaftliche Arbeit, den Fischfang, unsere Patrouille und unser Verkehrswesen. Seit 1960 hat die Aggression auf diesem Gebiet immer mehr zugenommen. Unsere Bauern wurden gestoßen, mit Stöcken geschlagen und mußten sich gegen Gewehrfeuer verteidigen.

Die sowjetischen Soldaten schlagen grundlos chinesische Bauern auf den Feldern. Unsere Leute schlagen zurück. So ist es passiert, daß bei einem Angriff der brutale Sowjetoffizier in den Fluß geworfen wurde.

Seit jeher wird auf den Inseln Fischfang betrieben. Den Chinesen ist in den alten Verträgen das Recht auf Fischfang zugesichert. Die Russen haben nicht das Recht, den Fischfang zu stören, und früher gab es auch keine derartigen Störungen. Aber seit 1960, besonders seit 1964, haben die Sowjetrevisionisten oft die Vertragsbestimmungen verletzt. Regelmäßig, wenn unsere Fischer auf Fang ausfahren, konzentrieren die Sozialimperialisten 70 bis 100 Schiffe, um unseren Fang zu stören. Und sie schicken Hubschrauber und Kriegsschiffe. Ihre Schiffe fahren willkürlich auf dem Fluß herum und behindern so den Fischfang. Sie fahren gegen unsere Fischerboote und zerstören mit ihren Ankern mutwillig die Fangnetze. Auch schießen sie gezielt.

Wir haben Statistiken darüber, wieviele Fischer sie gefangen und verletzt haben, wieviele chinesische Boote von ihnen zerstört wurden, wieviele Netze sie zerrissen oder gestohlen haben.

Mit eigenen Augen habe ich gesehen, wie unsere Fischer sich verteidigen und weiterarbeiten.

Die Fischer haben zur Abwehr mit Haken gegen die sowjetischen Schiffe gestoßen. Die Sowjetrevisionisten hatten Plastikschiffe, an denen Löcher entstehen können, und mußten sich zurückziehen. Auch sind chinesische Fischer auf sowjetische Kriegsschiffe geentert und haben dort mit Äxten usw. die Anlagen zerschlagen.

IV. Vor 1967 richteten sich die sowjetischen Aktionen hauptsächlich unmittelbar gegen die Grenzbevölkerung, nach 1967 gegen unsere Grenzwachen. Sie störten unsere Patrouillen, stahlen Munition, Waffen und Ausrüstungen und schossen auf unsere Wachen.

Mit Panzern und Truppen gingen sie 1969 gegen die chinesische Insel Dschenbao vor. Unsere Grenztruppen wehrten die Aggressoren ab, brachten ihnen eine Niederlage bei und verteidigen die Insel."



Am 2. März 1968 ließen die Sozialimperialisten die Insel Dschenbao überfallen, die seit jeher der Gerichtsbarkeit Chinas untersteht, und eröffneten das Feuer. Die sowjetischen Grenztruppen wurden durch das Verteidigungsfeuer der chinesischen Grenzwachen zurückgeschlagen und flohen Hals über Kopf. Ein abgeschossener sowjetischer Panzer beweist: Wer China angreift, wird kein gutes Ende nehmen.

Mehr Provokationen seit Beginn 1976

Kossygin war 1969 gezwungen, in Peking mit Ministerpräsident Tschou En-lai einen provisorischen Vertrag über die Aufrechterhaltung des Status quo an der Grenze abzuschließen. Aber die Sowjets halten die Bestimmungen dieses Vertrages nicht ein. Wie Genosse Li Hsüe-liang sagte, wurden von den Sowjetrevisionisten zwischen dem Treffen 1969 bis Ende 1975 insgesamt 3200 Störungen an der Heilungkiang-Grenze begangen. „Seit Beginn 1976 schicken sie in noch größerer Zahl Kriegsschiffe und Flugzeuge zu Provokationszwecken."

Einen schwerwiegenden Zwischenfall führten die Sowjetrevisionisten am 1. Juni dieses Jahres herbei. Im Ussuri bei der Insel Datungdao stellte sich das sowjetische Kanonenboot 548 quer, um chinesische Boote aufzuhalten. Zur Unterstützung kamen die sowjetischen Kriegsschiffe 550 und 549. Dies geschah in chinesischem Gewässer. „Die Sowjets setzten sich in Kriegsposition. Ihre bewaffnete Drohung war eine grenzenlose Provokation."

Aus dem Bericht des Genossen geht hervor, wie sehr den reaktionären Führern der Sowjetunion der Aufbau des Sozialismus in China verhaßt ist und wie groß ihre Wut darüber ist, daß in China die Kommunistische Partei und die Arbeiterklasse mit eiserner Hand den Revisionismus niederhalten. China läßt sich von ihren militärischen Provokationen nicht einschüchtern, deshalb werden die Angriffe der Sozialimperialisten an der Grenze Heilungkiangs in diesen Monaten immer wilder. Das chinesische Volk ist jedoch ideologisch, militärisch und wirtschaftlich auf Angriffe jeglicher Art gut vorbereitet, und die Sowjetführer werden mit ihren Aggressionsanschlägen weiter Niederlagen erleiden. Auch in der internationalen Propaganda haben sie keinen Erfolg. Denn die Völker lassen sich nicht täuschen: Eindeutig begeht die Sowjetunion am Ussuri und am Helung eine gewaltsame Grenzverletzung nach der anderen. Sie ist der Angreifer, China verteidigt sein Territorium. Sie ist nicht bereit, die Grenzfragen auf dem Verhandlungsweg beizulegen. Das sind die Vorgehensweisen von Imperialisten. Die Aktionen der sowjetischen Revisionisten entlarven sie immer wieder als Sozialimperialisten. Ihre Provokationen an der Grenze zeugen allein von der inneren Schwäche der sowjetischen Renegatenclique. „Wie die Geschichte der Menschheit zeigt", sagt Genosse Mao Tsetung, „führten stets die hart vor ihrem Untergang stehenden reaktionären Kräfte einen letzten Verzweiflungskampf gegen die revolutionären Kräfte." – (Uwe Kräuter, Harbin, Heilungkiang)



Zum Marschall der Sowjetunion ließ sich L. Breschnew, der oberste der neuen Zaren, ernennen und anschließend samt einem halben Zentner Orden in Öl malen. Ein krasserer Gegensatz als der zwischen dem Lenin-Porträt und dem aufgedonnerten Bonzenkönig ist schwer vorstellbar.